

# Schleswig-Holsteinischer Landtag

14. Wahlperiode

## Plenarprotokoll 14/48

### 48. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 21. Januar 1998

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten Detlef Haase

#### Zur Geschäftsordnung .....3

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/1213

Thomas Stritzl (CDU)  
Holger Astrup (SPD)  
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Anke Spoorendonk (SSW)  
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)  
Meinhard Füllner (CDU)

Beschluß: Ablehnung

#### Fragestunde .....6

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)  
Heide Simonis, Ministerpräsidentin

#### Gemeinsame Beratung .....7

#### a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 1998 (Haushaltsbegleitgesetz 1998)

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/850

Bericht und Beschlußempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 14/1195

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/1214

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/1223

Änderungsantrag der Fraktion F.D.P.  
Drucksache 14/1215

Antrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/1220

Änderungsanträge der Fraktion der SPD  
Drucksachen 14/1217 bis 14/1219

**b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Investitionsbankgesetzes und des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/942

Bericht und Beschlußempfehlung des Finanzausschusses  
Drucksache 14/1196

**c) Einwilligung in die Verwertung von Grundstücksrechten in der Haseldorfer Marsch**

Antrag des Ministers für Finanzen und Energie Drucksache 14/1169

**d) Einwilligung in die Veräußerung der landeseigenen bebauten Liegenschaft in Kiel, Beselerallee 41/Adolfstraße 48**

Antrag des Ministers für Finanzen und Energie Drucksache 14/1202

Lothar Hay (SPD), Berichterstatter  
Martin Kayenburg (CDU)  
Ute Erdsiek-Rave (SPD)  
Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)  
Anke Spoorendonk (SSW)  
Heide Simonis, Ministerpräsidentin  
Thomas Stritzl (CDU)  
Günter Neugebauer (SPD)  
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

**Beschlüsse:**

1. Verabschiedung der Gesetzentwürfe Drucksachen 14/850 und 14/942
2. Annahme des Antrages Drucksache 14/1169
3. Überweisung des Antrages Drucksache 14/1202 an den Finanzausschuß

\* \* \* \*

**Regierungsbank:**

**Heide Simonis**, Ministerpräsidentin

**Gerd Walter**, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

**Gisela Böhrk**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

**Dr. Ekkehard Wienholtz**, Innenminister

**Angelika Birk**, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

**Claus Möller**, Minister für Finanzen und Energie

**Peer Steinbrück**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

**Hans Wiesen**, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

**Heide Moser**, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

**Rainer Steenblock**, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

\* \* \* \*

**Beginn: 10:03 Uhr**

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 19. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlußfähig.

Erkrankt ist die Frau Abgeordnete Dr. Winking-Nikolay. Ich wünsche ihr im Namen des gesamten Hauses gute Genesung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben. - Am 12. Dezember 1997 verstarb der ehemalige Abgeordnete, Herr Detlef Haase, im 74. Lebensjahr. Herr Haase gehörte dem Schleswig-Holsteinischen Landtag von 1954 bis 1961 als Mitglied der Fraktion der SPD an. Der Schleswig-Holsteinische

Landtag gedenkt seines verstorbenen Kollegen in Dankbarkeit. - Sie haben sich von den Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Ich habe Ihnen eine Aufstellung über die im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermitteln. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 19, 20 und 24 ist eine Aussprache nicht vorgesehen. Zur gemeinsamen Beratung sind die Tagesordnungspunkte 2, 3, 7 und 10 - Haushaltsbegleitgesetz 1998, Änderung des Investitionsbankgesetzes und des Sparkassengesetzes, Verwertung und Veräußerung von Grundstücken - sowie die Tagesordnungspunkte 6 und 12 - Forstpolitik und eigenständige Forstabteilung - vorgesehen. Von der Tagesordnung soll der Punkt 18 abgesetzt werden.

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratungen der 19. Tagung.

Die Fraktionen haben mir außerdem mitgeteilt, daß der Tagesordnungspunkt 20 - Gemeinsame Rahmenplanung „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ - ohne Aussprache behandelt werden soll. Statt dessen soll an dieser Stelle der Tagesordnungspunkt 19 - Nicht-Impfpolitik der Europäischen Union - aufgerufen werden. Als Redezeiten sind hierfür insgesamt 35 Minuten vorgesehen.

Die Fraktion der CDU hat einen Antrag zur Geschäftsordnung eingebracht. Sie beantragt, den Haushalt nicht in dieser Tagung abschließend zu behandeln und eine dritte Lesung in der nächsten Tagung vorzusehen. Der Antrag liegt Ihnen als Drucksache 14/1213 vor.

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Herr Abgeordneter Stritzl.

(Unruhe)

**Thomas Stritzl [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Landtagsfraktion legt Ihnen mit der Drucksache 14/1213 einen Entschließungsantrag zur Geschäftsordnung mit der Bitte vor, den Haushalt in der vorliegenden Form nicht - wie von der Regierung

und den Mehrheitsfraktionen gewünscht - zu verabschieden.

Hintergrund ist folgender: Der Haushaltsvollzug, Herr Minister, für das Jahr 1997 hat - wenn ich das einmal sagen darf - in einem aus Ihrer Sicht bedauerlich großen Umfang die vorangegangene Kritik der Fraktionen von CDU und auch der F.D.P. an dem Haushaltsgebaren bestätigt. Wir haben leider festzustellen, daß die arbeitsplatzsichernden Investitionen in Höhe von unter 10 % auf einem historischen Tiefststand sind. Das hat es im Lande Schleswig-Holstein noch nie gegeben, daß die Schulden auf einem Rekordniveau sind - -

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter, wir sind nicht in der Sachdebatte. Kommen Sie bitte zur Debatte im Rahmen der Geschäftsordnung zurück.

**Thomas Stritzl [CDU]:**

Ich muß den Antrag aber in der Sache begründen, Herr Präsident!

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Nein, Sie haben eben inhaltlich argumentiert.

**Thomas Stritzl [CDU]:**

Herr Präsident, dann mache ich es kurz.

(Zurufe von der SPD: Ja! - Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ja, wenn Sie meinen, daß es dem Thema angemessen ist. Arbeitsplatzsichernde Investitionen auf dem Tiefststand! Schulden auf dem Höchststand! Trotzdem 100 Millionen DM Defizit 1997 - Defizit im dritten Jahr in Folge, Herr Minister! Wir befürchten und wissen, daß der jetzige Haushalt in seiner Struktur genau dieses verhängnisvolle Werk fortsetzen wird.

(Unruhe)

Wir wollen keine Defizithaushalte. Wir wollen arbeitsplatzsichernde Investitionen,

(Glocke des Präsidenten)

und wir brauchen einen Rückgang der Nettoneuverschuldung. Wir werden deshalb hierzu

einen Entschließungsantrag vorlegen. Er ist gestern dem Landtag zugeleitet worden. Wir bieten Ihnen ausdrücklich an, auf der Basis dieses Entschließungsantrages, der Ihnen in den Grundstrukturen bereits seit dem 18. November 1997 bekannt ist, mit Ihnen gemeinsam einen neuen Haushaltsplan zu entwickeln, und wären auch bereit, notwendige Härten mitzutragen. Im Interesse des Landes macht Ihnen die Opposition dieses Angebot. Nehmen Sie das Angebot der ausgestreckten Hand an!

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil Sie es nicht geschafft haben, einen Änderungsantrag zu stellen!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Astrup.

**Holger Astrup [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! § 28 der Geschäftsordnung dieses Landtages gewährt die Möglichkeit, eine dritte Lesung durchzuführen, wenn die Mehrheit des Hauses dies beschließt.

Wir werden diesem Antrag der Fraktion der CDU nicht zustimmen und hoffen, für diesen Antrag eine Mehrheit zu bekommen.

(Zuruf von der SPD: Bravo!)

Denn, Herr Kollege Stritzl, die Erfahrung der Vergangenheit, die Haushaltsberatungen im Finanzausschuß und die Erfahrung, die wir daraus gezogen haben, bieten keinerlei Anlaß für die Hoffnung, daß sich die Zurückhaltung der Fraktion der CDU bei der Bearbeitung der rund 8.000 Haushaltstitel in Zukunft ändern wird.

Bei Ihnen haben wir den Eindruck - und das ist mein Satz neben der Geschäftsordnung -, daß in der Fraktion der CDU zum Thema „Haushalt“ durchaus Hand in Hand gearbeitet wird: Was die eine Hand nicht schafft, läßt die andere liegen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Aus diesem Grunde werden wir diesem Antrag nicht zustimmen können.

Die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein haben das Recht, daß sie im Januar einen Haushalt verabschiedet bekommen. Wir hätten dies, wie Sie wissen, gern schon im Dezember gemacht. Aber das ging aus inhaltlichen Gründen nicht. Im Januar kommt es zur Verabschiedung.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren, wir haben in der Geschäftsordnungsdebatte das Pro und das Kontra gehört.

Es gibt noch einen weiteren Geschäftsordnungsbeitrag. Wenn es unbedingt erforderlich ist, gebe ich Ihnen, Frau Abgeordnete Heinold, dazu das Wort. Verstehen Sie meine geschäftsleitende Bemerkung bitte so, daß wir es bei Geschäftsordnungsdebatten eigentlich bei einmaligem Pro und Kontra bewenden lassen.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident, ich schätze Sie sehr. Aber ich möchte gern für meine Fraktion begründen können, warum ich diesen Antrag ablehne.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Ich hoffe, daß dazu auch Herr Kubicki noch ein paar deutliche Worte findet.

Wir haben ausführlich darüber diskutiert, ob und wann wir diesen Haushalt verabschieden werden. Es ist uns sehr, sehr schwergefallen, die Verabschiedung in den Januar zu verschieben. Wir haben im Finanzausschuß die Diskussion darüber geführt, daß es gerade für die Zuschußempfänger ein ziemlicher Härtestest ist, von Monat zu Monat getröstet zu werden, und daß man vor allem bedenken muß, daß diesen Personen real Zuschüsse verlorengehen. In dem Moment, in dem nicht entschieden ist, kann nichts ausgezahlt werden.

Herr Stritzl, der Entschließungsantrag, den Sie angekündigt haben, liegt mir noch nicht vor. Ich weiß gar nicht, wann Sie den vervielfältigt und verteilt haben. Sie hatten ihn vor ein paar Wochen im Finanzausschuß angekündigt. Ich hoffte, ihn zu haben, um mich damit beschäftigen zu können. Da ich ihn nicht habe, kann ich die Politik natürlich nur pauschal verurteilen. In einer Pressemitteilung haben Sie die

Grundzüge schon dargestellt; darauf werden wir in unseren Haushaltsreden eingehen müssen.

Ich finde es ein bißchen peinlich, was Sie machen. Ich kann mir Ihr Verhalten dadurch erklären, daß wir in diesem Jahr Wahlkampf haben, daß es einen Bundestagswahlkampf gibt. Entsprechend werden unsere Redebeiträge nachher auch bundespolitisch ablaufen.

Ich scheue mich nicht davor, im Wahlkampf 1998 auf dieser Ebene mit Ihnen die Diskussion zu führen; denn dabei schneiden wir deutlich besser ab. Daher möchte ich die Diskussion schon heute führen.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Ich möchte für den SSW begründen, warum auch wir diesen Antrag ablehnen.

Wenn man ein Gesprächsangebot macht und dies in einer Pressemitteilung am 18. November ankündigt, und zwar mit einer Überschrift, daß man ein Gesprächsangebot zu einem Pleitehaushalt machen wolle - vielleicht könnte man auch das einmal problematisieren -, in der letzten Finanzausschußsitzung mit abstimmt, dabei aber mit keinem Wort sagt, worum es in dem Entschließungsantrag eventuell gehen könnte, kann man das nicht ernst nehmen.

Daher werden auch wir den Antrag ablehnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Frau Kollegin Heinold, Sie haben gesehen, daß ich nach Luft und Worten gerungen habe, um die Stellungnahme meiner Fraktion zu dem Antrag der CDU-Fraktion hier heute abzugeben. Da das Land Schleswig-Holstein in vielen Punkten vorn liegt und kreativ ist, ist auch diese Form der Haushaltsberatungen, die die Unionsfraktion jetzt als

kreative Form, als neue Form gewählt hat, durchaus bedenkenswert. Frau Kollegin Heinold, Sie werden Verständnis dafür haben, daß wir in der Stunde der Not des Landes Schleswig-Holstein und der Haushaltsberatungen uns an die Seite der Union stellen, damit sie nicht allein bleibt. Wir werden also dem Antrag der Union zustimmen.

(Lachen bei der SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Füllner.

**Meinhard Füllner [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gestehe gern zu, daß es etwas mißlich ist, daß unser Entschließungsantrag hier heute nicht vorliegt. Ich teile hier mit: Wir haben den Antrag gestern während der Fraktionssitzung um 16:00 Uhr der Landtagsverwaltung zugeleitet. Er hat die Drucksachenummer 14/1214 bekommen. Es liegt nicht an uns, daß Ihnen die Drucksache jetzt nicht vorliegt. Das will ich der Ordnung halber sagen.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich lasse über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Damit ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt.

Zur Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Kayenburg das Wort.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem Herr Füllner erklärt hat, warum dieser Antrag nicht vorliegt, und dies von der CDU-Fraktion nicht zu vertreten ist, beantrage ich hiermit Sitzungsunterbrechung.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich hoffe, daß eine Klärung möglich ist. Daher unterbreche ich jetzt die Sitzung für zehn Minuten.

(Unterbrechung: 10:16 bis 10:26 Uhr)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Die Sitzung ist wiedereröffnet.

Ich möchte zur Klärung des Sachverhaltes beitragen, was den Verbleib der Drucksache 14/1214 betrifft. Ich kann zur Zeit sagen, daß die Drucksache 14/1214 gestern um 16:30 Uhr bei der Landtagsverwaltung eingegangen ist und bislang aus drucktechnischen Gründen noch nicht verteilt werden konnte. Ich hoffe, daß das so schnell wie möglich geschieht.

(Unruhe)

Ich glaube, es war wichtig, das hier anzumerken.

Meine Damen und Herren, wir werden nach der Fragestunde mit den Haushaltsberatungen beginnen. Vorgesehen ist, nach dem Bericht des Vorsitzenden des Finanzausschusses zwei Beratungsrunden durchzuführen. Angesichts der angemeldeten Redezeiten ist davon auszugehen, daß die Abstimmung über den Haushalt noch heute nachmittag erfolgen kann.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir werden unter Einschluß einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18:00 Uhr tagen. - Widerspruch höre ich nicht; dann werden wir so verfahren.

Auf der Tribüne begrüße ich Besucherinnen und Besucher, zum einen Studentinnen und Studenten der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und zum anderen Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Wellingdorf und des Ernst-Barlach-Gymnasiums in Kiel. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Bevor ich nun den Tagesordnungspunkt 1 aufrufe, möchte ich noch bekanntgeben, daß Frau Abgeordnete Ursula Kähler heute Geburtstag hat. - Herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(Beifall)

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 1 auf:

## Fragestunde

Das Wort hat die Fragestellerin, Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

**Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ist es zutreffend, daß die Landesregierung beabsichtigt, die Position der Staatssekretärin im Umweltministerium neu zu besetzen?

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile zur Beantwortung der Frau Ministerpräsidentin das Wort.

**Heide Simonis, Ministerpräsidentin:**

Herr Präsident! Frau Kollegin Happach-Kasan! Meine Damen und Herren! Die Antwort ist einfach, sie lautet: Nein! Die Landesregierung beabsichtigt nicht, die Stelle der Staatssekretärin im Umweltministerium neu zu besetzen.

Ich muß Ihnen aber sagen - weil ich hier die Gelegenheit habe -, daß ich doch ein wenig gegrübelt habe, wie so eine Frage zustande kommen kann. Allmählich muß man sich ernsthaft Gedanken über die Informationsquellen der Opposition machen.

(Thorsten Geißler [CDU]: Aha, es hat Überlegungen gegeben!)

Erst war es ein „Wiener Würstchen“, das Sie uns für Tafelspitz verkaufen wollten, und jetzt hat sich die F.D.P. offenbar einen Berliner Bären aufbinden lassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Ganze ist nur mit einer Art Stille Post zu erklären. Wahrscheinlich hat der erste Journalist zum zweiten Journalisten gesagt: „Junge, Junge, Junge, bei der A 20 hat's ja ganz schön gekracht!“ - Darauf der zweite Journalist zum dritten: „Nun ist die A 20 wohl über den Berg gebracht.“ - Darauf der dritte Journalist zum vierten: „Die Berg hat über den Streit um die A 20 laut gelacht.“ - Der vierte Journalist erzählt dem fünften: „Ich glaube, die haben 'was mit der Berg gemacht.“

(Heiterkeit bei der SPD)

Darauf der fünfte Journalist zu einer Vertrauten in der F.D.P.-Fraktion: „Die Berg hat sich verkracht.“ - Und schließlich scheint ganz klar: „Die Berg verliert die Macht.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren: Nehmt euch in acht!

(Beifall und Heiterkeit bei SPD und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort zu einer ersten Zusatzfrage hat Frau Abgeordnete Happach-Kasan.

(Heiterkeit)

**Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:**

Die Gelegenheit, Witze zu erzählen, wie sie die Frau Ministerpräsidentin so ausgiebig in Anspruch genommen hat, werde ich nicht ausnutzen.

Steht zu erwarten, daß der saarländische Forstbeamte Bode in absehbarer Zeit von der Landesregierung in den Landesdienst eingestellt werden wird?

**Heide Simonis, Ministerpräsidentin:**

Frau Abgeordnete Happach-Kasan, das sind bodenlose Spekulationen.

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort zu weiteren Zusatzfragen wird nicht gewünscht. - Damit beende ich die Fragestunde.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Drucksache 14/1214 wird gerade verteilt. - Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 2, 3, 7 und 10 auf:

**Gemeinsame Beratung**

**a) Zweite Lesung des Entwurfs eines  
Haushaltsbegleitgesetzes 1998  
(Haushaltsbegleitgesetz 1998)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/850

Bericht und Beschlußempfehlung des  
Finanzausschusses  
Drucksache 14/1195

**b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur  
Änderung des Investitionsbankgesetzes und des  
Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-  
Holstein**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/942

Bericht und Beschlußempfehlung des  
Finanzausschusses  
Drucksache 14/1196

**c) Einwilligung in die Verwertung von  
Grundstücksrechten in der Haseldorfer Marsch**

Antrag des Ministers für Finanzen und Energie  
Drucksache 14/1169

**d) Einwilligung in die Veräußerung der  
landeseigenen bebauten Liegenschaft in Kiel,  
Beselerallee 41/Adolfstraße 48**

Antrag des Ministers für Finanzen und Energie  
Drucksache 14/1202

Zur Berichterstattung erteile ich das Wort dem Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Hay.

**Lothar Hay [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihnen vortragen, was der Finanzausschuß in vielen Sitzungen mit dem **Haushaltsentwurf 1998** gemacht hat, und bitte um Nachsicht, wenn meine Rede etwas trocken ist. Aber ich rede nicht in der Funktion eines finanzpolitischen Sprechers, sondern als Vorsitzender der Finanzausschusses.

Der Finanzausschuß hat den ihm durch Beschluß des Landtages am 24. September des letzten Jahres überwiesenen Gesetzentwurf in 17 - zum Teil ganztägigen - Sitzungen, zuletzt am 15. Januar 1998, beraten. An den Beratungen der Einzelpläne waren - wie in der Vergangenheit - die jeweils zuständigen Fachausschüsse beteiligt. Der Einzelplan 07 - Frau

Volquartz, der Einzelplan des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur - wurde - ebenfalls wie in der Vergangenheit - in zwei gemeinsamen Sitzungen des Fachausschusses und des Finanzausschusses intensiv beraten.

Daß im Vergleich zum Vorjahr noch eine Steigerung der Intensität der Beschäftigung mit dem Haushaltsentwurf erreicht wurde, hat seinen Grund sicherlich auch in der geplanten Übertragung der Landesliegenschaften an die Investitionsbank. Das hat uns in fast jeder Sitzung beschäftigt.

Zusätzlich zu dem Haushaltsentwurf und dem Thema „Landesliegenschaften“ mußten in den Sitzungen des Finanzausschusses zwei Nachschiebelisten beraten werden. Dies mag auch ein Ausdruck für die sich im Vergleich zum Vorjahr noch weiter verschlechternde Situation der öffentlichen Finanzen sein.

Während ich im letzten Jahr ausführte, daß die Beratungen im Finanzausschuß durch einen unerschütterlichen Willen zur Schicksalsbewältigung gekennzeichnet waren, muß ich für die Beratungen zum Haushalt 1998 hinzufügen, daß durch das Thema „Landesliegenschaften“ auch der Wille, sich in juristische Sachverhalte einzuarbeiten, erforderlich war, was auch in der Anhörung seinen Ausdruck fand, die im Finanzausschuß durchgeführt worden ist.

Die Arbeit im Finanzausschuß wurde geprägt durch rund 60 Vorlagen unmittelbar zum Haushaltsentwurf 1998, die vor allem in der Schlußphase der Beratungen kamen, und durch mehr als 80 - genau gesagt: 82 - Vorlagen, mit denen sich der Finanzausschuß unter dem nichtssagenden Tagesordnungspunkt „Information und Kenntnisnahme“ beschäftigen mußte. Es handelte sich um eine Vielzahl von Antworten auf Anfragen, die zu Einzelplänen gestellt wurden und die ausnahmslos zeitnah durch die Ministerien beantwortet wurden.

Die **Eckwerte des Haushaltsentwurfs**, der im September 1997 dem Landtag vorgestellt wurde, haben sich bis zum heutigen Tage verändert. Lassen Sie mich einige wenige Daten zum vorgelegten Haushaltsentwurf nennen. Ich gehe davon aus, daß dies nachher in der Debatte noch detaillierter dargestellt werden wird.

Der im letzten Jahr vorgelegte Entwurf ging noch von einer **Steigerungsrate** von 3,2 % bei den Nettoausgaben aus. Nach der zweiten Nachschiebeliste sinkt diese Steigerungsrate auf 2,1 %. Das ist auch Ausdruck dafür, daß die steuerlichen Einnahmen nach unten korrigiert werden mußten.

Von besonderer Bedeutung ist die **Nettokreditaufnahme** und die Grenze gemäß Artikel 53 unserer Landesverfassung. Im ersten Entwurf betrug die Nettokreditaufnahme 1,148 Milliarden DM. Die Kreditaufnahme stieg bis zur zweiten Nachschiebeliste auf einen Betrag von 1,218 Milliarden DM. Das sind 35 Millionen DM unter der Grenze gemäß Artikel 53 der Landesverfassung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: 34,9 Millionen!)

- Sehr richtig, Herr Kubicki! Ich runde immer etwas auf oder ab. 34,9 Millionen ist die genaue Zahl.

Die geplanten **Investitionen** des Landes Schleswig-Holstein erfuhren während der Beratung des Haushalts 1998 eine Reduzierung um 48 Millionen. In Prozentzahlen ausgedrückt: Die Investitionsquote betrug zunächst 11,1 % und pendelt sich jetzt auf 10,9 % ein. Ob dies tatsächlich die Quote im Abschluß des Haushalts 1998 sein wird, wird uns der Haushaltsabschluß Anfang des nächsten Jahres zeigen. Ich darf in diesem Zusammenhang auf den Haushaltsabschluß 1997 hinweisen, der eine Reduzierung der Investitionsquote unter 10 % mit sich brachte. Das ist ein Tiefstand.

Die **Personalausgaben** sind deshalb besonders zu beachten, weil sie den größten Ausgabeposten im Landeshaushalt darstellen. Während das Ist der Personalausgaben 1996 5,605 Milliarden DM betrug, weist die zweite Nachschiebeliste im Personalbereich Ausgaben von 5,767 Milliarden DM aus. Die Personalkostenquote betrug 1996 39,6 %. Durch den Haushaltsentwurf 1998 einschließlich der zweiten Nachschiebeliste wird sie auf 40,3 % steigen.

Bei den Personalkosten gibt es ab dem Haushaltsjahr 1998 ein neues Verfahren. Entgegen der bisherigen Veranschlagung der Personalkosten sind diese ab 1998 erstmalig budgetiert worden. Die **Personalkostenbudgets** sind verbindlich einzuhalten. Damit entfallen zukünftig generelle Vorgaben - wie zeitlich begrenzte Wiederbesetzungs- oder Beförderungssperren - zur weiteren Personalkosteneinsparung. Abzuwickeln bleibt jedoch weiterhin das Programm zur vorzeitigen Realisierung der kw-Vermerke des Haushalts 1996, das ist das 1.600-Stellen-Programm.

Ressorts, die ihre Personalkostenbudgets am Jahresende überschreiten, erhalten im Folgejahr eine Kürzung. Sparsame Ressorts - solche soll es geben - können dagegen im Folgejahr Einsparungen - um



einmal die Begrifflichkeit geradezurücken: eigentlich sind das Minderausgaben - für Fortbildungsmaßnahmen, EDV-Beschaffungen und ähnliches verwenden. In die Budgetierungen noch nicht einbezogen sind die Versorgungsausgaben und die Beihilfe. Dies soll nach den Vorstellungen der Regierung in einem weiteren Budgetierungsschritt erfolgen.

Der Finanzausschuß wird sich aus meiner Sicht 1998 mit dem Thema der **Rücklagenbildung** und der Rücklagenbewirtschaftung in Flexibilisierungsbereichen beschäftigen müssen. Das ist ein Thema, von dem ich hoffe, daß es sehr bald von dem Finanzausschuß in die anderen Fachausschüsse kommen wird; denn da steckt noch einiges drin.

Aufgrund der Regelung des § 10 a der Landeshaushaltsordnung sollen in zunehmendem Ausmaß aus Einsparungen oder Einnahmen finanzielle Rücklagen gebildet werden und in späteren Haushaltsjahren für zusätzliche Ausgaben verwendet werden. Hier stellt sich zumindest für mich die grundsätzliche Frage, wie die Finanzierung von Rücklagen sichergestellt werden kann, wenn es zum Beispiel - wie es in den letzten drei Haushaltsjahren der Fall gewesen ist - Haushaltsabschlüsse im defizitären Bereich gibt beziehungsweise wenn die Finanzierung von Rücklagen aus Krediten erfolgt.

(Beifall bei der F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gute Frage!)

Nun gibt es in § 10 a der Landeshaushaltsordnung und im Landeshaushaltsgesetz den Hinweis, daß Zuführungen zu Rücklagenbildungen mit Billigung des Finanzausschusses geschehen dürfen. Also liegt es auch an uns, sehr genau aufzupassen, unter welchen Voraussetzungen Rücklagen gebildet werden.

An dieser Stelle darf ich darauf hinweisen, daß nicht verkannt werden darf, daß die Möglichkeit der Rücklagenbildung sicherlich auch zur Verbesserung der Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beiträgt.

Erstmalig wurde uns im Januar, Anfang dieses Monats, im Finanzausschuß eine Übersicht über die **Modellvorhaben zu § 10 a der Landeshaushaltsordnung** - das sind die Flexibilisierungsbereiche - und die vereinbarte Berichtspflicht gegeben. Ziel der Landesregierung ist, pro Ressort ein Modellvorhaben einzurichten.

Als nächsten Schritt plant die Landesregierung, die landeseinheitliche **Kosten- und Leistungsrechnung** ab 1999 einzuführen. Das heißt, zur Zeit verfügen lediglich wenige Modellbehörden über eine Kosten- und Leistungsrechnung.

Wenn man sich § 10 a der Landeshaushaltsordnung genauer anguckt, wird man feststellen, daß die sechs Möglichkeiten von den Ministerien unterschiedlich wahrgenommen werden, was für uns im Finanzausschuß die Vergleichbarkeit der vorgelegten Berichte erschwert.

Lassen Sie mich auch einmal etwas in die Zukunft greifen. Die **Beratungen des Landeshaushalts** werden in den nächsten Jahren eine ganz andere **Struktur** bekommen, was sich nicht nur in den Möglichkeiten des § 10 a der Landeshaushaltsordnung ausdrücken wird, sondern auch an der damit verbundenen zunehmenden Budgetierung. Wichtig wird es sein, welche Rechte der Landtag in Zukunft haben wird, um hier durch politische Zielvereinbarungen steuernd in Budgets eingreifen zu können.

Das vom Landtag im letzten Jahr beschlossene **Symposium „Neue Steuerungsinstrumente im Landeshaushalt“**, das noch vor der Sommerpause stattfinden wird, hat das Ziel, uns rechtzeitig auf eine veränderte Situation einzustellen.

In diesem Zusammenhang muß ich auch erwähnen, daß sich Bundesrat und Bundestag auf ein Gesetz zur Fortentwicklung des Haushaltsrechts von Bund und Ländern geeinigt haben, das sogenannte Haushaltsrechts-Fortentwicklungsgesetz - ein Wortungetüm. Dahinter steckt aber auch sehr viel Neuland, nicht nur für Mitglieder des Finanzausschusses, sondern für alle Mitglieder des Hohen Hauses.

Die Mitglieder des Finanzausschusses sind auch in der Lage, fraktionsübergreifend gemeinsame Interessen zu vertreten. Dies ist in der Vergangenheit schon sehr deutlich bei dem Thema „Auflösung von **globalen Minderausgaben**“ deutlich geworden. Auch wenn die globalen Minderausgaben im vorgelegten Entwurf immer noch die Höhe von 88 Millionen DM haben, sind sie im Vergleich zum Vorjahreshaushalt deutlich gesunken. Wir haben erreicht, daß es in Zukunft bei der Auflösung der globalen Minderausgaben eine Beteiligung des Finanzausschusses geben wird.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Dies ist in § 7 Abs. 17 und 18 des Haushaltsgesetzes nachzulesen. Danach müssen wir bei erheblichen Unterschreitungen von Haushaltsansätzen beteiligt werden. 1998 werden wir damit Erfahrungen sammeln müssen, um festzustellen, was in Zukunft noch verbessert werden muß.

An dieser Stelle ließe sich noch mehr zu den **Fortentwicklungen** im Bereich des **Haushaltsrechts** sagen. Ich darf Sie bitten, meine sehr geehrten Damen und Herren, von den zwei geplanten Veranstaltungen Gebrauch zu machen; denn die sich abzeichnenden Veränderungen werden nicht nur die Mitglieder des Finanzausschusses berühren, sondern auch die Beratungen in den einzelnen Fachausschüssen.

Wie anders wollen wir zukünftig unsere Rechte als Legislative wahrnehmen, wenn von uns folgendes erwartet wird? - Ich zitiere aus einer Pressemitteilung des Bundesrates:

„Zur Wahrung des Budgetrechtes des Parlamentes sei zudem eine regelmäßige Berichtspflicht auf der Grundlage eines betriebswirtschaftlich orientierten Controlling-Verfahrens aufzubauen.“

Damit haben wir bisher nur ganz selten Erfahrungen sammeln können, weil wir den Haushalt nach einem ganz anderen Verfahren aufstellen und prüfen.

Im Namen des Finanzausschusses bedanke ich mich bei allen, die unsere Arbeit unterstützt haben. Das gilt für Sie, Herr Minister Möller, aber auch für Ihren Staatssekretär, Herrn Dr. Lohmann,

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sowie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien. Es gab keinen Grund zur Klage, daß Anfragen etwa zu spät beantwortet worden sind.

In diesen Dank möchte ich auch die kritisch-konstruktive Begleitung durch den Landesrechnungshof einbeziehen.

Einen besonderen Dank möchte ich - wie in jedem Jahr - an die Geschäftsführung des Finanzausschusses richten sowie an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung. Es war uns jederzeit möglich, nicht den Überblick zu verlieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Danken möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich allen Kolleginnen und Kollegen des Finanzausschusses, die mir die Leitung der Sitzungen fast ausnahmslos erleichtert haben, selbst in schwierigen Situationen wie zum Beispiel der geplanten Rückübertragung des Forstgeheges Luthorn - einer Sternstunde des Finanzausschusses. Ich darf aus dem Protokoll des Finanzausschusses vom 15. Dezember 1997 folgendes zitieren, damit Sie wissen, mit welchen Dingen wir uns auch beschäftigen müssen:

„In der Diskussion über die Vorlage ist von zunächst von ‚ausnorden‘ und ‚abkiesen‘ die Rede, und trotz mehrfacher Nachfragen bleibt unklar, ob sich im Zuge der vorgesehenen Maßnahme die Waldfläche insgesamt verringern oder vergrößern werde oder ob sie gleichbleiben werde.“

Nachdem zweimal Abgeordneten erklärt worden ist, den Sachverhalt nicht ‚richtig‘ erfaßt und wiedergegeben zu haben, äußert Abg. Stritzl, daß die Diskussion über die Vorlage ‚politisch am Rande der Zumutung‘ liege. Er werde allein schon aus diesem Grunde die Zustimmung verweigern.

Der Vorsitzende gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Verwaltung dem Parlament eine verständliche Vorlage mit entsprechenden Erläuterungen zuleiten werde, und schlägt vor, die Beratung auszusetzen. - Der Ausschuß folgt diesem Vorschlag.“

Wir warten immer noch auf eine verständliche Vorlage.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich hoffe, daß das eine einmalige Ausnahme bleiben wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die Vorlage zum Bereich Gerichtsmedizin erwarten wir auch noch!)

- Dazu will ich mich jetzt nicht äußern; wir werden in der Zukunft sicherlich noch über weitere Bereiche zu beraten haben.

Der Finanzausschuß empfiehlt, wie in der Drucksache 14/1195 dargestellt, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die

Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P., den Gesetzentwurf in der Fassung der rechten Spalte der Gegenüberstellung anzunehmen. Änderungen gegenüber der Regierungsvorlage sind durch Fettdruck kenntlich gemacht.

Außerdem schlägt der Ausschuß vor, den Gesamtplan in der ebenfalls der Drucksache 14/1195 zu entnehmenden Neufassung, die Einzelpläne des Haushalts einschließlich der Erläuterungen mit den in den Anlagen 1 bis 15 zusammengefaßten Änderungen und Ergänzungen und den als Anlage 16 beigegeführten Änderungsvorschlag zum Haushaltsentwurf 1998 - Stellenpläne und Stellenübersichten - anzunehmen.

Zum Gesetzentwurf zur **Änderung des Investitionsbankgesetzes und des Sparkassengesetzes** für das Land Schleswig-Holstein empfiehlt der Finanzausschuß gemäß Drucksache 14/1196 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und F.D.P., den Gesetzentwurf in der Fassung der rechten Spalte der Gegenüberstellung anzunehmen. Änderungen gegenüber der Regierungsvorlage sind hier durch Unterstreichen kenntlich gemacht.

Lassen Sie mich mit einer buddhistischen Weisheit schließen, die sicherlich für mein Leben gilt. Ob sie immer für den Finanzausschuß gilt, mag ein jeder beurteilen. Die Weisheit lautet:

„Wenn die Wünsche spärlich sind, ist das Herz glücklich. Wenn das Begehren endet, kehrt Frieden ein.“

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache.

Die Fraktionen haben sich über die Reihenfolge der Redner verständigt. Ich erteile das Wort zunächst dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Kayenburg.

**Martin Kayenburg** [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute haben wir Ihnen erstmals einen **Entschließungsantrag**

und keine Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf vorgelegt,

1. weil es keinen Sinn macht, Flickwerk zu reparieren - das Ergebnis muß Flickschusterei bleiben -,

(Beifall bei der CDU)

2. um zu beweisen, daß es auch ohne Buchungstricks möglich ist, einen verfassungskonformen und ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, und

(Beifall bei der CDU)

3. um Ihnen ein Angebot zu machen, in einer schwierigen finanziellen Situation für unser Land gemeinsam vertretbare Lösungen zu suchen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie, Herr Minister Möller, haben das offenbar nicht erkannt, und Sie, Frau Simonis, hatten offenbar anderes zu tun, wie die politische Ausgangslage zu Beginn der Haushaltsdebatte deutlich beweist.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Der **Koalitionskrach** läßt sich - trotz Ihres Geburtstages, Frau Kähler - kaum mehr verkleistern. - Übrigens auch von dieser Stelle aus herzlichen Glückwunsch!

(Heiterkeit)

Frau Simonis fehlt es an Führungsfähigkeit; der Umwelt- und der Verkehrsminister streiten sich wie zwei Kampfhähne, oder vielleicht sollte ich in dem einen Fall besser sagen: wie ein naturgeschützter Auerhahn.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Frau Simonis kann sich nicht als Retterin von rot-grünen Modellen empfehlen. Der sogenannte Kompromiß in Sachen A 20 ist eher eine Bankrotterklärung des rot-grünen Bündnisses.

Frau Simonis, wo sind Sie mit Ihrem Anspruch geblieben, den Sie im Hinblick auf Garzweiler und Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen postuliert haben? - Da haben Sie erklärt, es seien offenbar Stiere aufeinander losgegangen, und weiter:

„Ich hoffe, daß das einer in die Hand nimmt und jetzt mal sagt: ‚Schluß jetzt mit dem Affentheater! Setzt euch mal hin!‘ Man macht doch nicht eine Koalition an einem Konflikt kaputt, den man kannte, von dem man wußte, daß er auf einen zukommt, und wo man sich hätte Gedanken machen können, wie man ihn lösen will, und nicht nach dem Motto: ‚Jetzt mache ich erst einmal alles kaputt!‘“

Und hier, in Schleswig-Holstein, praktizieren Sie genau den gleichen Fehler, Frau Simonis! Sie schaden dem Ansehen des Landes, Sie führen nicht, Sie halten an Formelkompromissen fest, und Sie schauen tatenlos zu in einer Situation, in der der Haushalt beweist, daß das Land fast vor der Pleite steht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Pressekonferenz von Finanzminister Möller in der letzten Woche hat deutlich gemacht: Die Haushalte der Landesregierung sind Potemkinsche Dörfer, weit entfernt von der Realität - und Frau Simonis tut nichts. Gewollt oder ungewollt haben Sie, Herr Finanzminister, die unseriöse Maxime Ihrer **Haushaltsgestaltung** übrigens selbst offengelegt. Sie schreiben:

„Nach Landesverfassung und Landeshaushaltsordnung ist die Kreditaufnahmegrenze nach dem Haushaltssoll zu berechnen, so daß die Überschreitung im Ist keinen Verfassungsverstoß bedeutet.“

Genau dieses Vorgehen haben wir Ihnen in den Diskussionen hier im Hause mehrfach vorgeworfen; denn Sie nehmen bewußt in Kauf, daß der Haushalt im Ist nicht ausgeglichen werden kann. Das hat für uns die Qualität eines Verfassungsverstoßes.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie legen einen formal ausgeglichenen Haushalt mit vielen ungedeckten Wechseln auf die Zukunft vor, die Sie später nicht einlösen können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Damit glauben Sie, die formale Hürde des **Artikels 53 der Landesverfassung** überspringen zu können. Denn etwas anderes als ungedeckte Wechsel sind globale Minderausgaben und globale Mehreinnahmen nicht. Wenn Sie globale Minderausgaben und globale Mehreinnahmen in den Haushalt einstellen, gleichzeitig der Abstand zwischen Investitionen und

Nettokreditaufnahme aber gegen Null tendiert, ist der Haushalt nach dem Geist der Verfassung verfassungswidrig. Dies als Taschenspielertrick zu bezeichnen, habe ich große Probleme. Ich sehe darin vielmehr die bewußte Irreführung des Parlaments und der Öffentlichkeit.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nun sagen Sie nur nicht, die Überschreitung der von der Verfassung vorgegebenen Grenze im Jahre 1997 um mehr als 155 Millionen DM seien Peanuts - für mich jedenfalls nicht.

Für 1998 legen Sie wieder einen Haushalt vor, in dem die Nettoneuverschuldung die Grenze der Verfassungsmäßigkeit nur noch um ungefähr 35 Millionen DM - oder um genau zu sein, Herr Kubicki: um 34,9 Millionen DM - unterschreitet. Gleichzeitig sehen Sie aber globale Minderausgaben von fast 100 Millionen DM vor und nehmen Unwägbarkeiten beim Verkauf von Immobilien und Grundstücken in Kauf, die sich auf etwa eine dreistellige Millionenhöhe belaufen.

Insgesamt beträgt Ihre **Deckungslücke** im Haushalt mit Ihren vielen Wechseln auf die Zukunft tatsächlich etwa 600 Millionen DM. Das nenne ich unseriös.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Hinzu kommt im übrigen, daß Sie die Kreditobergrenze nur durch Einbeziehung von durchlaufenden EU-Mitteln und Bundesmitteln und durch umfangreiche Umwidmungen von Zuwendungstiteln in Investitionstitel kaschieren und dadurch formell einhalten, wie beispielsweise mit den 40 Millionen Werftenhilfe, die bei Ihnen plötzlich zu Investitionen werden. Sie wollen uns, dem Parlament - Ihren eigenen Leuten genauso wie uns von der Opposition -, doch nicht weismachen, daß dieser Haushalt noch verfassungskonform gemäß Artikel 53 der Landesverfassung ist oder am Ende des Jahres sein wird! Sie schaffen es selbst bei steigenden Steuereinnahmen nicht - diese erreichten Ende des Jahres 1997 9,92 Milliarden DM, soviel wie nie zuvor -, den Haushalt wirklich auszugleichen. Das nenne ich Versagen.

Völlig daneben liegen auch die Vorstellungen des finanzpolitischen Koordinators der Bundes-SPD, des Ministerpräsidenten Eichel - Frau Simonis, vielleicht wären Sie in dieser Position doch besser gewesen -, der zur Anhebung der Einnahmen Ausführungen macht, die keineswegs zu decken sind. Mit Kürzungen von Steuervergünstigungen für Unternehmen ohne

gleichzeitige Senkung der Steuersätze erreicht man nämlich keine Mehreinnahmen, sondern man fördert Auslandsinvestitionen für Unternehmen. Der Wirtschaftsstandort Deutschland wird noch uninteressanter, die dringend benötigten Investitionen im Inland unterbleiben, und es entstehen keine neuen Arbeitsplätze. Eine solche **Steuerpolitik**, wie sie die **SPD** mit ihrem Vorstoß anpeilt, richtet sich gegen die Arbeitsplatzbesitzer, aber auch gegen diejenigen, die einen Arbeitsplatz suchen. Das ist unsozial und verfehlt außerdem Ihr erklärtes fiskalpolitisches Ziel, die Steuereinnahmen auch in Schleswig-Holstein zu erhöhen.

Frau Simonis, Sie sind in diesem Lande einmal als Finanzministerin angetreten, die alles besser machen wollte als Ihre Vorgänger. Das haben Sie und Ihr Finanzminister jedenfalls bis heute nicht einmal ansatzweise bewiesen.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mit Oskar an der Spitze der Verschuldung!)

- Darauf komme ich noch, Herr Kubicki! - Seit Bestehen Schleswig-Holsteins bis 1988, also in 42 Jahren - wobei in diesen Zeitraum immerhin auch die Zeit des Wiederaufbaus fiel -, sind etwa 18,3 Milliarden DM an **Schulden** entstanden. Seit Ihrer Regierungsübernahme haben Sie es geschafft, 11,7 Milliarden DM draufzupacken. Das ist in nur zehn Jahren ein Anstieg um etwa 64 %. - Ein rasantes Tempo der Schuldenzunahme, das einmal mehr beweist, daß nicht nur Sozialisten, sondern auch Sozialdemokraten nicht mit Geld umgehen können.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Der Schuldenstand hat ein historisches Hoch erreicht. In der **Pro-Kopf-Verschuldung** liegen wir weiterhin an zweiter Stelle der westdeutschen Flächenländer. Nur die Saarländer haben noch höhere Schulden. Da könnte man ja noch von Kontinuität reden, die waren nämlich immer da. Aber Sie, Frau Simonis, haben es geschafft, daß Schleswig-Holstein absteigt und daß Sie, gemeinsam mit Ihrem saarländischen Kollegen Lafontaine, den Bürgern dieses Landes neue Schulden aufbürden.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Immerhin, Frau Heinold, belasten Sie 1998 jeden Bürger dieses Landes mit etwa 11.000 DM an Landesschulden.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Als die CDU regiert hat, lag Schleswig-Holstein an der Spitze der Verschuldung!)

- Damals lag die Verschuldung deutlich niedriger, Herr Hentschel! - Für eine vierköpfige Familie bedeutet das immerhin 44.000 DM an Landesschulden. Für manch einen ist das mehr als ein Jahreseinkommen, das sollten Sie genau wissen. Ich frage Sie: Ist das verantwortbar?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Was würden die Bürger wohl sagen, wenn sie für diese Schulden plötzlich aufkommen müßten?

Für Sie, Frau Simonis, mag es ja ein Traum sein, gemeinsam mit Oskar Lafontaine irgendwann in Bonn mit einer solchen Politik am Kabinetttisch zu sitzen.

(Zurufe der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für mich ist es ein Alptraum, wenn ich mir dieses finanzpolitische Duo infernale, die größten Schuldenmacher in den Ländern, in der Bundesregierung vorstelle.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Gut, daß es nicht so kommen wird, gut, daß CDU und F.D.P. in Bonn wieder gemeinsam die Verantwortung übernehmen werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]): Das ist auch für mich ein Alptraum!)

Im übrigen, Herr Hentschel, haben viele von den mit so hohen Schulden belasteten Bürgern in diesem Land keine Arbeit. Im Dezember waren es über 135.000 Schleswig-Holsteiner. Statt daß Frau Simonis durch steigende Investitionen einen eigenen Beitrag zum Abbau der **Arbeitslosigkeit** leistet, sinkt die **Investitionsquote**, die schon 1997 mit 9,8 % auf einem historischen Tief war, noch weiter. 1997 haben Sie, Frau Simonis, nur etwa 500 DM pro Bürger an

Investitionen ausgegeben. Das ist erbärmlich. Damit gehören wir im Vergleich mit allen Ländern zu den Schlußlichtern. Dauerarbeitsplätze werden so jedenfalls nicht geschaffen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wollen also noch mehr ausgeben?)

- Herr Hentschel, wir wollen nicht noch mehr ausgeben, sondern wir wollen an der richtigen Stelle ausgeben. Schauen Sie sich doch den Entschließungsantrag einmal an. Wir wollen Investitionen, und wir wollen Arbeitsplätze schaffen. Ich werde darauf zurückkommen.

(Beifall bei der CDU)

Die Menschen draußen im Lande brauchen Arbeit. Mit diesem Haushalt werden regierungsamtlich jedenfalls die falschen Schwerpunkte gesetzt.

Seit nunmehr drei Jahren ist der Haushalt defizitär. Sie, Herr Möller, sagen zwar immer das Ende der Defizite voraus, so auch für diesen Haushalt; aber auch am Ende des Jahres 1998 werden Sie wieder Unrecht haben.

Frau Simonis, wenn Sie einmal über Theo Waigel gesagt haben, er sei ja ein netter Mensch, aber von Finanzen verstehe er nichts, dann sollten Sie einmal in Ihren eigenen Haushalt gucken. Sie mögen als neue Ritterin im „Orden wider den tierischen Ernst“ Herrn Waigel nachfolgen, aber zu mehr als närrischer Nachfolge reicht es bei Ihnen nicht.

(Beifall bei der CDU)

Waigel steht nämlich am Jahresende 1997 besser da als Sie, wenn auch die Situation des Bundes - das will ich gern zugeben - nicht zum Feiern ist. Aber jedenfalls versteigen sich unsere Kolleginnen und Kollegen in Bonn nicht darauf, Herr Neugebauer, einen herzlichen Glückwunsch an den Finanzminister zu richten, daß sein Defizit nur 105 Millionen DM betrage. Wo sind wir hier eigentlich hingekommen?

(Beifall bei der CDU)

Aber vielleicht erinnert Sie das ja an die Geschichte von klein Fritzchen, der mit einer Fünf in Mathe im Zeugnis nach Hause kommt und sagt, das sei eine gute Fünf, und außerdem hätten drei auch noch eine Sechs geschrieben. Das mag Sie trösten.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Allein die **Zinsen** - ohne die Tilgung - sind um 500 Millionen DM höher als die Nettoneuverschuldung. Ein Privatunternehmen hätte da längst Konkurs anmelden müssen. Trotz allem fehlen im Haushaltsentwurf 1998 jegliche sinnvollen Sparansätze. Wenn Sie so weitermachen, Herr Möller, sind die von Ihnen zur Deckung des Haushalts vorgesehenen Mehreinnahmen schnell verfrühstückt, und es wird nachher alles noch schlimmer sein als vorher.

Wenn wir hier ein Angebot machen, dann deswegen, weil wir davon ausgehen, daß sich im Jahre 2000 - nach der nächsten Landtagswahl - CDU und F.D.P. als Konkursverwalter betätigen müssen; denn Sie handeln im Moment nach dem Prinzip „nach uns die Sintflut“ oder besser: „Nach uns die Ebbe in der Kasse“! Dies wollen wir mit unserem Antrag verhindern.

(Beifall bei der CDU)

Die Probleme ziehen sich durch den ganzen Haushalt. Die **Personalkostenquote** lag im Haushalt 1997 noch bei 40,2 %. Am Ende des Jahres haben Sie 40,7 % trotz niedriger Lohnabschlüsse erreicht. Jetzt fangen Sie mit 40,3 % wieder höher an. Ich bin gespannt, wohin Sie noch wollen. Der Haushalt ist jedenfalls - das wissen Sie genau so gut wie wir - aufgrund der hohen Personalkosten jetzt schon unbeweglich. In dieser Situation bauen Sie fleißig die preiswerten Indianerstellen ab, ernennen gleichzeitig aber neue Häuptlinge. Dies ist der Fehler Ihrer Personalpolitik.

(Beifall bei der CDU)

Und daß Konzeptionslosigkeit die Maxime Ihrer Personalpolitik ist, will ich noch schnell an einem Beispiel deutlich machen. Im August 1997, als der Haushaltsentwurf 1998 bereits stand, haben Sie eine großformatige Stellenanzeige in den Zeitungen des Landes geschaltet und **Ausbildungsplätze** im gehobenen Dienst mit Fachhochschulstudium beworben. Ende Dezember haben Sie dann den Bewerbern mitgeteilt, daß sie wegen der angespannten finanziellen Lage des Landes auf die Einstellung und Ausbildung von Nachwuchskräften für den gehobenen Dienst verzichten müßten. Also kein Konzept und keine Personalplanung!

(Zurufe von der SPD)

Dies gilt im übrigen auch für die anderen Positionen, auch wenn gestern wieder Ankündigungspolitik mit

neuen Programmen betrieben wurde. Sie haben die Zahl der Auszubildenden im Bereich der Polizei drastisch gesenkt, und Sie haben das auch an anderen Stellen getan.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Wenn Sie nun 20 Ausbildungsstellen im gehobenen Verwaltungsdienst zusätzlich streichen, nachdem Sie im Etatentwurf schon 28 gestrichen hatten, dann sind das mehr als 50 % der Ausbildungsplätze in diesem Bereich, Herr Möller, und das wirkt sich nicht nur aktuell auf die Ausbildungssituation aus, die übrigens nicht so schlecht ist, wie Sie sie gestern in der Vorstellung Ihrer neuen Mittel, die sie für Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, dargestellt haben, sondern es wird auch Auswirkungen auf die Verwaltung der Zukunft haben. Ihnen werden in der Verwaltung dann die Fachkräfte fehlen.

Schließlich ist dies eine extrem negative Botschaft für unsere Jugend.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie nicht selbst Personalabbau gefordert, Herr Kayenburg? Was ist das denn?)

- Herr Hentschel, hören Sie bitte meinen nächsten Satz an. Das ist zwar Personalreduzierung, aber am falschen Ende, es ist, wie gesagt, eine konzeptionslose Politik.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo denn?)

Weitere Dinge, die ergebnislos bleiben, ziehen sich durch den Haushalt. Der angekündigte **Normen-TÜV** könnte ja etwas bringen, aber wenn diese Institution sich wie eine Qualle ausbreitet, erzeugt sie nur Kosten. Wenn man die Ergebnisse sieht, meinen wir, daß wir hier im Lande immer noch überreguliert sind, daß Sie strangulieren und daß die wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes unter der Überregulierung leidet.

Ich möchte nur einige Beispiele für restlos überflüssige Aktivitäten nennen. Da ist das Landschaftsprogramm - das haben wir schon deutlich gemacht -, da sind die Aktivitäten der Sozialministerin mit ihrem Drogenabgabeprogramm - wir fragen, wie viele Arbeitsstunden von Mitarbeitern hier eigentlich unnütz vertan worden sind -,

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Drogenproblem interessiert Sie wohl nicht?)

und da ist die **Vernetzungsstelle** für die Gleichstellungsbeauftragten.

Unabhängig von der Bewertung der Gleichstellungsbeauftragten frage ich: Wozu ist diese Vernetzungsstelle eigentlich erforderlich? Da müßten wir künftig auch Vernetzungsstellen für Landräte, Bauamtsleiter, Polizisten oder andere in diesem Lande haben.

(Beifall bei der CDU - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Die gibt es ja auch! - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Liste können wir unendlich fortsetzen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und für die Bauern!)

- Herr Hentschel, wofür brauchen wir eigentlich eine Härtefallkommission, und wofür brauchen wir einen Kinderbeauftragten? Sie wollten ihn einmal ehrenamtlich haben.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kinder interessieren sie wohl auch nicht!)

- Kinder zählen für uns mehr als für Sie. Wir kümmern uns um ein kinderfreundliches Schleswig-Holstein, nicht Sie, Herr Hentschel!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und für die Bauernlobby, da tun Sie etwas!)

Ich will diese Liste gar nicht fortsetzen, sondern nur fragen: Frau Simonis, wie bringen Sie eigentlich die Ausweitung dieser staatlichen Aufgaben in Einklang mit Ihrem Buch von der neuen Bürgergesellschaft? Da haben Sie sich doch gerade für mehr Bürgerengagement ausgesprochen. Mit noch mehr Staat wird das Engagement der Bürger kaputtgemacht.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist denn nun: Mehr oder weniger Stellen?)

Der Staat zieht sich aus der Verantwortung vor allem für den Nächsten zurück. Und der Nächste, Herr Hentschel, das sind auch die Kinder.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind doch gleichzeitig für den Personalabbau! - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Jedenfalls würde es dem Haushalt dieses Landes guttun, wenn wir in den eben von mir skizzierten Punkten etwas mehr Zurückhaltung üben würden.

(Beifall bei der CDU)

Im übrigen gibt es viele Punkte, die zu überprüfen wären. Wir haben das in unserem Entschließungsantrag deutlich gemacht. Ich weise nur darauf hin.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Als Tischvorlage nach fünf Monaten!)

- Sie haben offenbar beim ersten Mal nicht zugehört. Wenn Sie in die Tischvorlage hineingeschaut hätten, dann hätten Sie gesehen, daß wir sie Ihnen gestern um 16:13 Uhr zugeleitet haben.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nach fünf Monaten!)

Und dann hätten Sie erstens aus unserer Debatte in der ersten Lesung und zweitens aus dem, was Herr Stritzl in den Haushaltsberatungen im Finanzausschuß gesagt hat, entnehmen können, wo unsere Schwerpunkte sind.

(Holger Astrup [SPD]: Im Finanzausschuß hat der nichts gesagt!)

Und wenn Sie genau hinsehen, merken Sie, daß wir uns in die richtige Richtung weiterbewegt haben. Insofern kann das für Sie überhaupt keine Überraschung sein.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Im übrigen weisen wir noch einmal darauf hin - auch das haben wir bereits getan -, daß wir zum Beispiel 72,5 Millionen DM Gegenwert erwirtschaften könnten, wenn es möglich wäre, die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst bei den **Angestellten** zu erhöhen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das ist doch unrealistisch!)

Ich weiß, daß das kurzfristig nicht machbar ist, aber dies ist eine Position, über die wir reden müßten.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Schließlich müssen zahlreiche **Freistellungen** hinterfragt werden. Nach Pressemitteilungen, Herr Neugebauer, hat der Landesrechnungshof eine Studie mit Umrechnungen über Freistellungen bei Gesamtschullehrern in Unterrichtsstunden und Lehrerstellen erarbeitet, die die Ungleichheit sehr deutlich macht und die nachweisen soll, daß allein im Bereich von Stunden ein Äquivalent von 150 Lehrerstellen zur Verfügung steht.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Wenn Sie das gerecht verteilen wollen, dann sorgen Sie dafür, daß auch die Kinder an den anderen Schulen adäquat und angemessen versorgt werden und nicht nur die auf Ihrer grünen Spielwiese.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Eine Entlastung des Haushalts wäre es im übrigen auch, wenn man im Moment auf die **Entbeamtung** verzichten würde. Im Augenblick nämlich kostet ein Angestellter das Land 30 % mehr als ein Beamter.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Denken Sie auch an die Pensionen, Herr Kayenburg?)

- Ich sage: kurzfristig!

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Und das von Ihnen! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Denken Sie an die Pensionen! Sie machen doch nur Beamtenpolitik!)

- Also, Ihre Haushaltspolitik mit den globalen Minderausgaben und den unrealistischen Einnahmeansätzen ist noch viel haarsträubender. Wir machen einen Vorschlag, wie man kurzfristig - ich betone „kurzfristig“ - bei der Entbeamtungspolitik zur Haushaltssanierung beitragen kann. Wenn Sie das nicht sehen, dann sind Sie kurzsichtig.



(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und wer soll die Pensionen bezahlen? Unsere Kinder?)

- Natürlich sind die Pensionen von allen zu zahlen; das ist doch selbstverständlich. Die Frage ist aber, in welcher Form ich kurzfristig einen Haushalt saniere, mehr Arbeitsplätze schaffe, mehr Steueraufkommen erzeuge, mehr Beiträge zur Sozialversicherung erwirtschafte und dann auch für Pensionen geradestehen kann.

(Beifall bei der CDU)

Aber wahrscheinlich ist Ihnen das noch nicht aufgegangen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und dann als Tischvorlage!)

Wir schlagen also vor - ich möchte mich an dieser Stelle kurz fassen -, diesen Haushalt auf weitere Einsparungsmöglichkeiten hin abzuklopfen. Es gibt eine Menge von Einsparungsmöglichkeiten, und ich denke, daß wir dann auch das Thema der **Verfassungsmäßigkeit des Haushalts** zu diskutieren haben werden. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß der Haushalt so, wie er im Moment aussieht, nach unserer Meinung verfassungswidrig ist. Das werden Herr Kubicki und Herr Stritzl sicherlich gleich noch einmal ausführlich unterstreichen. Wir sind jedenfalls der Ansicht, daß mit dem Deal der Landesregierung der Haushalt zwar kurzfristig entlastet wird, die Nachfolgehaushalte mittel- und langfristig aber um so höher belastet werden, Frau Kähler; das ist doch wohl klar.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: So ist es nämlich! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Für diese Rechnung braucht man nicht einmal Diplomvolkswirtin zu sein wie unsere Frau Ministerpräsidentin, Herr Neugebauer! Ich sehe überhaupt keine Chance, im Jahre 2012 den sogenannten Rückkauf der Immobilien vorzubereiten. Dazu wird es mit Ihrer Haushaltspolitik nie und nimmer kommen können.

(Beifall bei der CDU)

Die Schuldenfalle wird größer, und der Zusammenbruch steht vor der Tür. Wenn Sie unseren Vorschlägen nicht - wie Sie es in früheren Fällen

immer getan haben; ich erinnere an den Verkauf der Provinzial - folgen, zum Beispiel beim Verkauf von Wohnungen der WOBAU - wir können über verschiedene Modelle reden, die im übrigen auch zur Eigentumssicherung beitragen, Herr Astrup -, dann werden wir diesen Haushalt nicht ausgleichen können.

(Ingrid Franzen [SPD]: Von wem denn?)

- Von wem? Frau Franzen, dann muß ich es doch noch einmal sagen.

Unser Konzept war, die Wohnungen der **WOBAU** erstens den Mietern anzubieten, zweitens Genossenschaften - auch dies trägt zur Eigentumbildung bei -; wir haben im Lande verdammt genug Bauträger, die riesige Erfahrungen in diesem Bereich haben; das sind durchaus auch diejenigen, die eher im sozialen Bereich angesiedelt sind. Erst an dritter und letzter Stelle sah das Konzept einen Verkauf an Dritte auf dem freien Markt vor. Dies wäre der richtige Weg gewesen.

Im übrigen möchte ich, was den Immobiliendeal angeht, by the way anmerken, daß man in Berlin einen anderen Weg geht. Dort nimmt man geschlossene Immobilienfonds und verkauft das Vermögen, das man anschließend zurückmietet. Dies ist ein sauberer Weg. Was wir hier tun, ist nicht nur verfassungsmäßig bedenklich, es wird dieses Land vor den Bankrott führen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Daß Sie uns gerade Berlin als Vorbild hinstellen - das höchstverschuldete Land der Bundesrepublik!)

- Ich habe Ihnen dargestellt, wie man ein Rechtsgeschäft so „handlen“ kann, daß es auch verfassungsmäßig ist. Ich möchte nicht die große Koalition als Vorbild für dieses Land hinstellen. Das gilt auch für unser Angebot, hier gemeinsam etwas zu tun.

Wir - die F.D.P. und die CDU gemeinsam - wollen im Jahre 2000 diese Landesregierung wieder ablösen. Das werden wir schaffen, und Gott sei Dank leisten Sie mit diesen katastrophalen Haushaltszahlen dazu Beitrag genug.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich möchte kurz noch auf den Schlußteil unseres Entschließungsantrages eingehen und darauf hinweisen, daß es uns darum geht, echte **Arbeitsplätze** zu schaffen. Das haben wir in dem Entschließungsantrag deutlich gemacht. Uns geht es darum, die Bauwirtschaft, die mittelständische Industrie dadurch zu stützen, daß Aufträge hierher kommen, und zwar in der Form, daß Zuschüsse an die Kommunen für die Sanierung von Schulgebäuden und Sportstätten fließen, zur Dorferneuerung und zum Abbau des Sanierungsstaus bei Landesgebäuden. Das sind immerhin 21 Millionen DM, und dies ist ein Arbeitsmarktförderungsprogramm, das wirtschafts- und arbeitsmarktkonform ist. Das Geld bleibt im Land, und es gibt Arbeit für Mitarbeiter, Handwerk und Wirtschaft. Außerdem steigen die Steuereinnahmen.

Wir wollen weitere 10,4 Millionen DM für die **Bildung** zur Verfügung stellen. Wir wollen 170 neue Lehrerstellen schaffen und denken außerdem daran, Mittel für die Hochschulen sowie für die Fort- und Weiterbildungsträger einschließlich der Landeszentrale für politische Bildung zur Verfügung zu stellen.

Last, but not least wollen wir 8,8 Millionen DM, die wir erwirtschaften, für die **innere Sicherheit** einsetzen. Unsere Mitbürger sollen wieder ein in großem Umfang verlorengegangenes Sicherheitsgefühl zurückgewinnen können. Es muß keine Privatarmeen und keine Bürgerwehren in diesem Lande geben, nicht in den Städten, nicht in den Gemeinden und auch nicht in jenen Bereichen, die von der Wirtschaft vertreten werden. Die Polizei muß in der Fläche präsent bleiben. Dies ist unsere Forderung. Wir brauchen mehr Polizeibeamte und nicht weniger.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir wollen zusätzliche Polizeianwärter einstellen und nicht die Kürzung mitmachen, die Sie vorgenommen haben. Wir wollen weiter im Justizbereich eine zusätzliche Strafkammer und eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Wir wollen, daß es keine Verzögerungen gibt und daß nicht wegen Ablaufs der Verjährungsfristen Kriminelle laufengelassen werden müssen, und wir wollen vor allem, daß Schleswig-Holstein nicht zur Drehscheibe für eine weltweit organisierte Mafia wird. Dies muß gestoppt werden.

(Beifall bei der CDU)

Außerdem wollen wir die Erstattung von Jugendhilfeleistungen an Kreise und kreisfreie Städte um 10 Millionen DM aufstocken. Dies ist nicht nur

ein Beitrag für die Jugend, Herr Hentschel, sondern auch ein Beitrag zur inneren Sicherheit. Es hilft im übrigen, die Jugend von der Straße wegzubekommen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das finden wir alle ganz toll! Dann müssen Ihre Wähler aber auch mal wieder Steuern zahlen!)

Wenn Sie in unseren Vorschlag hineinschauen, dann werden Sie sehen, daß dies ohne zusätzliche Abgaben, wie Sie sie zur Genüge erhoben haben, möglich ist.

(Ursula Röper [CDU]: Das ist staatliche Verpflichtung! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir können wenigstens Steuern zahlen, im Gegensatz zu Ihnen, Herr Hentschel! Sie verbrauchen diese Steuern nur!)

Neben diesen 40 Millionen DM, die wir für das ABS-Programm - das Programm für Arbeit, Bildung und Sicherheit - zur Verfügung stellen wollen, haben wir die Chance, weitere 190 Millionen DM in eine Reserve einzustellen, die zum Schuldenabbau genutzt werden kann, die aber auch ein komfortables Polster bildet, wenn nicht alles das, was wir vorgeschlagen haben, ad hoc realisiert werden kann. Unser Programm ABS bedeutet jedenfalls einen Stopp für die Politik dieser Landesregierung.

(Holger Astrup [SPD]: Dann bremst die CDU noch weiter! Aber machen Sie nur so weiter, Herr Kayenburg!)

- Hier wird nicht gebremst, Herr Astrup, sondern wir haben Ihnen zukunftsweisende Vorschläge unterbreitet.

Ich hoffe jedenfalls, Frau Simonis, Herr Möller und meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, daß Sie gesehen haben, daß es nicht zwangsläufig ist, verfassungswidrige Immobiliengeschäfte abschließen zu müssen, um zu einem Haushaltsausgleich zu kommen. Mehr Solidität beim Durchforsten des Haushalts hätte Ihnen besser getan, und Sie sollten nicht der Versuchung erliegen, mit dem Immobiliendeal eine „schnelle Mark“ zu machen, denn dann gilt mit Bestimmtheit das alte Sprichwort „Wie gewonnen, so zerronnen“, und Sie stehen dann wiederum vor dem Nichts.

Haben Sie doch wenigstens einmal den Mut, mit uns über unsere Vorschläge zu diskutieren; stoppen Sie angesichts der jetzigen schwierigen Lage das alljährliche Ritual der Ablehnung unserer Ideen und

Vorschläge und stimmen Sie unseren Anträgen in dem vorgetragenen Umfang zu!

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Erdsiek-Rave.

**Ute Erdsiek-Rave [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich bin keine Anhängerin von Gesundheitserei und halte auch nichts von Schönfärberei.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann müssen Sie diesen Haushalt ablehnen!)

Daß die Fähigkeit zur Selbstkritik so schwach ausgeprägt ist,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bei wem?)

wie wir es nahezu alltäglich erleben,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ach so!)

halte ich für eine der entscheidenden Schwächen der politischen Kultur nicht nur in diesem Land.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

Ich weiß, es ist wie ein Traum oder klingt doch wie ein Märchen, aber ich setze nach wie vor darauf, daß es möglich sein muß, Haushaltsdebatten jenseits der gängigen Klischees zu führen, jenseits aller anödenen Rituale

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und dann kommt Neugebauer! - Stürmische Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

und ohne falsche Rechthaberei. - Jetzt komme aber erst einmal ich, Herr Kubicki!

(Heiterkeit)

Bei Holzschnitten hat es mir schon immer an den nötigen Farbabstufungen gefehlt, Herr Kayenburg, und Schwarzweißmalerei ist in ihrer Ausdrucksweise ja auch eher begrenzt. Das komplette Bild zu zeichnen, heißt für mich und meine Fraktion erstens, anzuerkennen, welche Leistungen Minister und

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angesichts hoher Planungsunsicherheit und immer neuer Einbrüche bei den geplanten Einnahmen vollbracht haben. Wer Haushalte aufstellt und für sie politisch wirbt, kann dies nur tun, wenn er **Planungssicherheit** höchste Priorität gibt. Planungssicherheit schafft Vertrauen. Die Menschen haben ein Recht darauf zu wissen, was auf sie zukommt, und die Politik muß frühzeitig erklären, was sie zu leisten und zu fördern imstande ist.

(Beifall bei der SPD)

Beides ist wichtig, und beides fehlt auf Bundesebene und macht den Ländern das Wirtschaften schwer. Das ist unbestreitbar. Wir lassen nicht zu, daß Sie das hier gesundbeten, Herr Kayenburg!

(Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Dr. Ulf von Hiemcrone [SPD]  
- Gero Storjohann [CDU]: Zur Sache!)

Das heißt zweitens: Anmahnen, daß die gebotene **Transparenz** für die parlamentarische Beratung erhalten bleibt. Einsparungen, die im laufenden auf uns zukommenden Haushaltsjahr erneut notwendig sind, sollen und müssen mit dem Parlament beraten und mehrheitlich getragen werden. Das ist keine parlamentarische Rechthaberei, sondern ein Gebot parlamentarischer Selbstachtung.

(Zuruf von der CDU)

Drittens heißt das: Akzeptieren, wenn die Opposition den Finger auf die Wunde legt und Schwachstellen wirklich identifiziert, und sich mit Vorschlägen auseinandersetzen können. Das Angebot, das Sie hier heute gemacht haben, Herr Kayenburg, sozusagen bloß pauschal einem Resolutionsvorschlag zuzustimmen,

(Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

das verstehe ich eher als Sonderangebot im politischen Winterschlußverkauf.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Das heißt für uns, auch das anzumerken, was es selbstkritisch anzumerken gibt, und das heißt, dies intern und sorgfältig zur Vermeidung künftiger Fehler abzuarbeiten.

Ich will das letzte gern ganz konkret tun, und zwar an zwei Beispielen.

Erstens. Ich räume ein, daß der Weg und das Ziel der größten **Immobilientransaktion** samt der Modernisierung und der Verselbständigung der Landesbauverwaltung nicht immer und nicht zu jedem Zeitpunkt so klar und deutlich waren, wie es der Sachverhalt erfordert hätte. Aber ich füge gleichzeitig und mit aller Deutlichkeit hinzu: Wenn wir heute darüber beschließen - wir, die Regierungsfractionen -, dann tun wir das nach bestem Wissen und Gewissen über die **Rechtsklarheit** und über die **Wirtschaftlichkeit**.

(Beifall bei der SPD)

Wir sanktionieren hier - um dieses Wort ein für allemal aus der Welt zu schaffen - keinen Deal, sondern wir legen das Immobilienvermögen des Landes buchstäblich in treue Hände zum Nutzen dieses Landes.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Treuhandschaft soll es ja nicht sein! - Zurufe von der CDU)

Zweitens. Ich gestehe zu, daß mich die **Auflösung des Pensionsfonds** im vergangenen Jahr besonders geschmerzt hat, weil ich dieses Vorsorgeinstrument für strategisch klug und richtig und zukunftsweisend gehalten habe und weil ich die Vorsorge nach dem Kanther-Modell noch lange nicht für ausreichend halte. Ich weiß, daß es nicht anders ging. Aber ich will auch noch einmal dafür werben, in den kommenden Haushaltsjahren mindestens einen Teil des Erlöses aus den Landesimmobilien zukunftsicher anzulegen und zukunftsicher zu verwenden, wie wir es bei vergangenen Verkäufen auch tun konnten.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß die Finanzlage dies dann doch möglich machen wird.

(Beifall bei der SPD)

Soweit zur Selbstkritik, zu der Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, nun eingeladen sind!

(Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Als ich heute morgen allerdings Ihren Antrag auf erneute Verschiebung der Beschlußfassung über den

Haushalt las, war ich wirklich geneigt, alle selbstkritischen Anmerkungen aus meiner Rede zu streichen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Denken Sie eigentlich nur noch an die eigene Profilierung, oder denken Sie zur Abwechslung auch einmal

(Lachen bei der CDU)

wieder an die Zuwendungsempfänger im Lande - ja, daß Sie darüber lachen, finde ich peinlich! -,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

an die Schulen, an die Hochschulen, an die Polizei, an Beschäftigungsgesellschaften? - Ich will gar nicht alles aufzählen.

Denken Sie an die Investitionen im Land, denken Sie daran, daß Sie Planungssicherheit brauchen, daß Sie es brauchen, daß ein Haushalt nach Verschiebungen endlich in Kraft tritt!

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Zu Ihrem **Entschließungsantrag**, der nun auch in der schriftlichen Form vorliegt und dadurch keineswegs besser geworden ist, lassen Sie mich nun einige Anmerkungen machen.

(Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsen [CDU])

Zunächst zu Ihren Schönrechnereien, zu dem, was Sie nicht erwähnen, Herr Kayenburg! Haben Sie eigentlich gelegentlich einmal Kontakt zu Ihren Kolleginnen und Kollegen in den anderen Bundesländern? Ist Ihnen entgangen, daß die Steuereinnahmen in allen Bundesländern hinter den Erwartungen weit zurückgeblieben sind?

(Martin Kayenburg [CDU]: Habe ich nicht bestritten!)

Ist Ihnen entgangen, daß Steuerausfälle in Milliardenhöhe in allen Bundesländern zu drastischen Sparmaßnahmen und zu ungewöhnlichen Einschnitten zwingen und geführt haben?

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ist Ihnen entgangen, daß das Wachstum des Haushalts 1998 komplett durch die Mehrausgaben bei Pensionen, Beihilfen, Sozialhilfe, Wohngeld und so weiter und so fort aufgezehrt wird? Ist Ihnen entgangen, daß die Kreditfinanzierungsquote des Landes - solche Zahlen verschweigen Sie dann; Sie sagen immer nur die halbe Wahrheit - in den sechs Jahren kontinuierlich zurückgegangen ist und jetzt einen historischen Tiefstand erreicht hat? Ist Ihnen das entgangen?

(Beifall bei der SPD)

Wer alles das verschweigt und gleichzeitig so tut, als seien die Finanzen des Bundes ja allerbestens geregelt und

(Herlich Marie Todsén [CDU]: Das hat niemand gesagt!)

als würde die Steuerquelle nur so sprudeln, der läuft entweder mit riesigen Scheuklappen durch die Welt oder sagt bewußt nicht die ganze Wahrheit. Das, was Sie hier geboten haben, war plattester Wahlkampf!

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Sie müssen einmal zuhören! Das hat niemand gesagt!)

Ich konnte mich ehrlich gesagt bei dem **Verfahren**, das die **Opposition** diesmal zum Haushalt gewählt hat,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Na, na!)

des Eindrucks nicht erwehren, daß Sie müde geworden sind,

(Holger Astrup [SPD]: Teile der Opposition!)

- ich rede jetzt von der CDU-Opposition; Verzeihung, Herr Abgeordneter Kubicki! -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie sind nicht innovativ! Das ist ihr Problem!)

daß Sie müde geworden sind - um es einmal zurückhaltend zu formulieren. Die verbalen Keulen, die dann zwischenzeitlich einmal geschwungen werden, heute morgen auch der Versuch von Herrn Stritzl dazu

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der hat von Steenblock gelernt!)

oder auch Teile in Ihrer Rede, Herr Kayenburg, erfüllen dann wohl quasi die Funktion eines Weckrufs.

Aber verbales Strammstehen und Hackenschlagen - das kann Herr Würzbach allemal besser. Dann sage ich doch lieber: Rührt euch, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Immerhin haben Sie ja gegenüber Ihrem Vorgänger dazugelernt. Herr Hennig handelt - so hat es ja einmal geheißen -, und nun formulieren Sie: „Wir handeln realistisch.“ Sie legten im November ein sogenanntes Gesprächsangebot vor, das nun jedoch alles andere als realistisch war. Trotzdem spricht es wirklich nicht für Sie, daß Sie diese Vorschläge nicht im einzelnen in den Haushalt einarbeiten und hier zur Abstimmung stellen wollen, sondern daß Sie sich auf eine pauschale Resolution beschränken. - Das ist ja im übrigen ein Begriff, der aus dem lateinischen Wort „resolutio“ kommt, das „Auflösung“ bedeutet. So schlimm ist es wohl noch nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Aber ich sage Ihnen trotzdem: Das reicht nicht. Das ist zu kurz gesprungen, Herr Kayenburg!

(Beifall bei der SPD)

Wo sind eigentlich Ihre Einzelschlüsse zum Haushalt?

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie müssen es lesen!)

Sie haben sich noch nicht einmal die Mühe gemacht, dies im Finanzausschuß zur Abstimmung zu stellen und heute im einzelnen abstimmen und diskutieren zu lassen. Sie entziehen sich damit einer besonderen Pflicht, die die **Opposition** in diesem Land nach der Verfassung hat,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nämlich konkrete **Alternativen** vorzustellen und zur Abstimmung zu stellen. Statt dessen nichts anderes als

überwiegend die sattem bekannten Vorschläge - das gehört auch in die Schublade „Rituale“ - zur Frauenbeauftragten sowie über die Gesamtschulen bis zur Verbeamtungspolitik. - Und das ausgerechnet von Ihnen, Herr Kayenburg; das wundert mich schon sehr.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Es hilft auch wenig, wenn Sie in der ersten Lesung des Haushalts im September angekündigt haben, bei den Subventionen wollten Sie zurückfahren.

(Holger Astrup [SPD]: Wo denn?)

Sie haben damals gesagt, man solle auch darüber nachdenken, ob es sinnvoll sei, an florierende Unternehmen, die über Jahre mit ihren Aufträgen ausgelastet seien, Subventionen zu zahlen. Gemeint waren damals die **Werftenhilfen**. Übrigens heute zu diesem Thema kein Wort!

(Martin Kayenburg [CDU]: Das kommt noch! Warten Sie es ab! - Angelika Volquartz [CDU]: Ganz ruhig!)

- Ich bin ganz ruhig, liebe Kollegin!

Die gleiche Auffassung vertritt - jedenfalls im allgemeinen - auch die kleinere Oppositionspartei, was den Vorsitzenden der F.D.P.-Fraktion nicht daran hindert, heute einen Antrag zur Aufstockung der Wettbewerbshilfe für die kommenden Jahre zur Abstimmung zu stellen.

Ich erkläre Ihnen dazu: Erstens. Eine Wettbewerbsveränderung, die sich durch den dramatischen Verfall der Währungen in Südostasien abzeichnet, wird keine Wettbewerbshilfe des Landes nur annähernd auffangen können.

Zweitens. Wir können und wollen auch nicht das ausgleichen, was in Bonn reduziert wird.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] )

Drittens. Wir tun 1998 das, was im Landeshaushalt möglich ist - wirklich, wir tun es! -,

(Thomas Stritzl [CDU]: Hoffentlich!)

und wir tun es auch über Bürgschaften in einem sehr hohen Ausmaß. Das muß hier auch einmal gesagt werden.

Wir wollen in den kommenden Monaten intensiv darüber beraten, was zur Sicherung der Arbeitsplätze im Schiffbau von Flensburg bis Kiel, von Husum bis Rendsburg und Lübeck an Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden Jahre getan werden muß. Das ist unser Angebot, und das ist zugleich unsere Zusage; das ist der Gehalt unserer Resolution, für die wir um Zustimmung werben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die Beratungen des Haushalts 1998 haben wahrlich alle Beteiligte Kraft gekostet, fast zuviel Kraft, manchmal auch Kraft absorbiert, weil es nämlich ein Kraftakt war nachzubessern, zu aktualisieren, umzuschichten, umzugewichten. Das ist ein Kraftakt, der nicht immer im Rampenlicht steht, sondern eher unter öder Energiesparbeleuchtung in abendlichen Sitzungszimmern und Dienstzimmern.

Deshalb noch einmal der Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, in den Fraktionen, aber auch an alle Kolleginnen und Kollegen, die sich dieser oft unspektakulären Detailarbeit gewidmet haben, Kollege Neugebauer!

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Einzelplan, Titelgruppe, Zweckbestimmung: Damit kommt man nicht immer auf die Titelseiten. Aber das ist demokratische Alltagsarbeit - unverzichtbar, manchmal undankbar; ohne sie ist Parlament nicht denkbar.

Auch undenkbar ist in Zeiten von Koalition eine Haushaltspolitik ohne die Fähigkeit zum Kompromiß. Es gibt keine Alleinvertretungsansprüche. Es gibt nur für beide Partner vertretbare Lösungen und Entscheidungen. Zu diesen Lösungen müssen beide Partner auch stehen, selbst dann, wenn sie unbequem zu vertreten sind.

Mit diesem Haushalt haben SPD und Bündnisgrüne die Kompromißfähigkeit, die zum gemeinsamen Regieren gehört, unter Beweis gestellt. Nicht jede Lösung, die für ein Problem gefunden wird, ist allerdings ein Kompromiß. Manchmal geht es darum, bei konkurrierenden Zielen - wie beim Naturschutz im Wakenitztal und dem durch Gesetz beschlossenen Bau einer Autobahn - eine rechtlich verbindliche, eine rechtlich einwandfreie Lösung zu finden, die beiden Zielen Rechnung trägt. Eine solche Lösung ist gefunden worden, und ich wünsche mir, ja, ich fordere ein, daß

dies die letzte Auseinandersetzung war, die wir zu diesem Thema geführt haben.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und F.D.P.  
- Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Udenkbar ist für uns auch - um zum Haushalt zurückzukehren -, nicht auf gesellschaftliche Kritik, auf öffentlich erhobene, manchmal durch Demonstration - also demonstrativ - angemahnte Forderung zu reagieren. Dies geschieht gewiß nicht immer durch automatische Erhöhung von Haushaltstiteln, aber allemal durch erneutes Überprüfen von Entscheidungen. Ich bin deshalb froh, daß wir eine Lösung gefunden haben, die eine zukunftsorientierte **Schulversorgung** in Verantwortung der dänischen Minderheit und zugleich der freien Schulen ermöglicht.

(Zuruf von der CDU)

- An dieser Debatte haben Sie sich überhaupt nicht beteiligt. Ich sage allen Eltern, Lehrern, Schülerinnen und Schülern und Studierenden, die ihre Anliegen vehement vertreten: Wir haben buchstäblich jede Mark im Haushalt umgedreht, um mit diesem Haushalt einen aktiven Beitrag für ein gutes Bildungsangebot in Schleswig-Holstein zu leisten.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer soll das denn glauben!)

Schauen wir uns einmal im Ländervergleich an, welches Land in dieser Republik so viele neue Lehrerstellen geschaffen hat, wie wir dies Jahr für Jahr tun.

(Beifall bei der SPD)

Ich freue mich, daß ein Teil des 15-Millionen-DM-Programms, das die Landesregierung gestern vorgestellt hat, ganz konkret und schnell bei den Schulen und Hochschulen zur Verbesserung des Lehrangebotes ankommen wird.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Aber nicht nur derjenige, der demonstriert, darf sich Gehör verschaffen können. Wir müssen auch die leisen Stimmen hören. Wir müssen versuchen, die Rechte und

Anliegen derer wahrzunehmen, deren Forderungen keine Medienrelevanz haben.

(Beifall bei der SPD)

Daß da die Sozialpolitiker aufhorchen, hat seine Gründe. Sozial sensibel bleiben, mag zwar altmodisch klingen, aber ich halte es für moderner und aktueller denn je.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Wir stehen für eine Politik, in der sich sozialer Anstand mit ökonomischem Sachverstand verbindet. Dafür stehen unsere Programme. Für Benachteiligte, für schwer Vermittelbare wird unser Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ mit neuen Akzenten versehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Regierung hat gestern öffentlich ein Programm vorgelegt, das ein gegebenes Versprechen einlöst, nämlich Einsparungen aus dem Personalabbau in die Zukunft von jungen Menschen zu investieren.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Wir bedanken uns bei denen, die diese Einsparung möglich gemacht und damit ein Stück Solidarität für die Zukunft der jungen Menschen gezeigt haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nach meiner Meinung ein gutes Zeichen, daß dies möglich ist.

Meine Herren und Damen, wir haben mit großer Konsequenz die Kernkompetenzen, die Kernaufgaben des Landes durch den Rahmen des Haushaltes bestimmt: aktiv in der Bildungspolitik, offensiv in der Arbeitsmarktpolitik, konsequent in der öffentlichen Sicherheit, innovativ in der Wirtschaftspolitik und in den Finanzierungsinstrumenten und perspektivisch in der Umweltpolitik.

Im Haushalt ist nachlesbar, wie wir das umsetzen wollen: im Schulbereich durch Neueinstellungen und technologische Modernisierung, an den Hochschulen durch Investitionen und Schärfung der Standortprofile,

die wir weder nach „Kirchturn“ noch nach Opportunität entschieden haben,

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup  
[SPD])

im Ausbildungsbereich durch Kooperation und neue, ergänzende Angebote, in der Arbeitsmarktpolitik durch die Stärkung lokaler Beschäftigungsinitiativen, in der Wirtschafts- und Technologiepolitik durch Erweiterung der Existenzgründungsoffensive, durch Profilierung des Standortes Schleswig-Holstein im Bereich der I+K-Technologie und der Umweltwirtschaft, in der Umweltpolitik durch die Förderung des Öko-Audits als Qualitätsnachweis von Betrieben, durch neue Wege etwa im Nationalparkservice und durch viele Maßnahmen mehr.

Dies sind Akzente, die wir in der Kontinuität unserer Schwerpunkte setzen. Trotz der Einbrüche durch das Bonner Finanzdebakel gibt es in unserer Politik keinen Bruch.

Andere Brüche, meine Damen und Herren, werden an anderer Stelle geplant. Darauf möchte ich gern eingehen. Das Ausbrechen aus der **föderalen Verpflichtung** zu gleichen Lebensbedingungen, das aus den südlichen Gefilden dieser Republik geplant wird, muß uns allen Sorgen machen.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki  
[F.D.P.]: Nicht „gleiche“, sondern  
„gleichwertige“ Lebensbedingungen!)

Wer aus Unfähigkeit, die Bundesfinanzen in den Griff zu bekommen, unser bewährtes föderales System aufs Spiel setzt, der reformiert nicht, sondern der deformiert diese Republik.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Wer die Gewichte immer stärker von den schwachen zu den starken Ländern verschieben will, wie dies Herr Stoiber tut, der angeblich so glühende Verfechter der deutschen Einheit, und wer das Prinzip der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse in Frage stellt, der setzt nicht auf Wettbewerb der Länder, sondern auf Ausgrenzung der schwachen durch die starken Länder.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Föderalismus ist aber - wie das Sozialstaatsprinzip - kein Finanzinstrument, sondern auf diesem Prinzip beruhen unsere Demokratie und unser Staat.

Wer eben einmal den **Länderfinanzausgleich** ändern will, weil er insgeheim schon ahnt, daß die Finanzkatastrophe auch sein Bundesland erreichen wird oder schon erreicht hat, dem geht es nicht um Föderalismus, sondern dem geht es um puren Partikularismus.

Echter Wettbewerb zwischen den Ländern wird nur stattfinden, wenn ein gewisses Maß an Chancengleichheit herrscht, so wie es das Grundgesetz vorsieht.

Föderalismus, Sozialstaatsprinzip, Chancengleichheit - ist das eigentlich alles Ballast, der abgeworfen werden muß? Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Länderfinanzausgleich und was dann? Was ist mit der Debatte um die Kompetenzen der Länder, die über den Bundesrat ausgeübt werden? Mehr als eine Stimme ist zu hören, die das ganze Abstimmungs- und Beteiligungsverfahren als zu kompliziert, als nicht schlank genug auf den Prüfstand stellen möchte. Ich möchte ja gar nicht hinterfragen, warum dies gerade dann geschieht, wenn die Sozialdemokraten prägenden Einfluß auf einer Ebene haben, und ich gestehe ein, daß das auch schon einmal umgekehrt der Fall war. Aber ich warne ausdrücklich vor diesem „Zeitgeist-Wellenreiten“, an dessen Ende eine zentralistische Berliner Republik stehen könnte.

Ländervielfalt und Wettbewerb sind das Markenzeichen des demokratischen Deutschlands. Sie trugen und tragen nach meiner Überzeugung auch dazu bei, daß unsere europäischen Nachbarn die deutsche Einheit so akzeptiert haben, wie sie sie akzeptiert haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Sozialer Ausgleich und gesamtstaatliche Verantwortung sind die tragenden Säulen unseres Zusammenlebens. Aber Dezentralisierung auch der staatlichen Entscheidungsprozesse - das ist eine Tendenz, die sich europaweit abzeichnet: Gegen zuviel Zentralisierung steuert ein Tony Blair in Großbritannien mit Schottland und hoffentlich bald auch mit Nordirland, in Spanien, Italien, auch bei unserem Nachbarn Schweden sind die Stärkung regionaler Entscheidungsstrukturen eine Antwort auf soziale Krisen. Europa braucht ja nicht nur starke Mitgliedstaaten und die Erfüllung der Maastricht-



Kriterien, sondern Europa braucht starke Regionen, starke Bundesländer, die länderübergreifend zusammenarbeiten.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Die Diskussion und die Beschlußfassung über einen Landeshaushalt - wie wir sie heute zum zweiten, zum dritten, zum vierten Mal führen - sind immer auch ein Stück föderale Selbstbehauptung und Selbstbestimmung. Ich mahne ausdrücklich dieses föderale Selbstbewußtsein an, und ich lehne ebenso ausdrücklich und entschieden föderalen Eigennutz und das Ausscheren aus gesamtstaatlicher Verantwortung ab.

Ich bin froh, daß wir mit Heide Simonis eine Ministerpräsidentin haben, deren Stimme im föderalen Konzert gehört wird. Für ein starkes Schleswig-Holstein!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich das Wort weitergebe, begrüße ich auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler der Realschule Kronshagen, der Hannah-Arendt-Schule Flensburg und der Hauptschule Aukrug. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile jetzt der Frau Abgeordneten Fröhlich das Wort.

#### Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ein weiteres Jahr der Kürzungspolitik ist zu Ende; ein neues hat begonnen. Wir alle haben wohl darauf gehofft, daß die traurige Kette von Negativmeldungen mit einem gemeinsamen Kraftakt zum Jahresende 1997 hätte beendet werden können. Das ist aber ein weiteres Mal gescheitert. Die Wähler werden im September darüber entscheiden, ob diese Epoche der Stagnation noch rechtzeitig vor dem Jahrtausendwechsel beendet werden kann.

Sie legen hier, sehr geehrte Damen und Herren von der Opposition, einen sogenannten Entschließungsantrag vor. Ich habe ihn hier mit ans Pult genommen. Er ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Tischvorlage. Ich habe sie mir auf den Tisch gelegt, um einmal zu sehen, was

dazu auf die Schnelle zu sagen wäre. Auf alle Fälle steht fest, daß der zweite Absatz von Ihnen falsch zitiert wurde. Nach meiner augenblicklichen Erinnerung betrugen die Steuereinnahmen 1995 über 10 Milliarden DM. Daher stimmt zumindest der zweite Absatz nicht. Damit will ich nur darauf hinweisen, mit welcher heißen Nadel das Ding gestrickt worden ist - und das nach fünf Monaten!

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie kennen die Zahlen nicht!)

Ich finde diese Art des Zitierens bemerkenswert.

Ich will nur einige wenige Widersprüchlichkeiten aufzeigen, die man beim schnellen Durchsehen erblickt. Auf Seite 4 bemängeln Sie, daß die **Personalkostenquote** auf einer besorgniserregenden Höhe bleibt beziehungsweise festgeschrieben ist. Aber man muß sagen: Diese Quote festzuschreiben und die Planung überhaupt erst einmal zu beginnen unterscheidet sich so deutlich von dem, was die CDU in den vergangenen Jahren - zurück bis 1988 - hier geboten hat, daß das als Erfolg zu bezeichnen ist. Personalpolitik ist natürlich ein großer Tanker. Ehe man da eine Kursänderung bewirkt, dauert es eine Weile; da muß der Pott noch ein bißchen geradeaus fahren.

Auf Seite 9 bringen Sie den Willen zum Ausdruck, das, was wir an Ausgaberesten der Vorjahre bereitgestellt haben, um 10 Millionen DM zurückzufahren. Genau das sind aber Investitionsmittel. Die wollen und dürfen wir nicht kürzen. Das werden wir auch nicht tun. An dieser Stelle ist eine inhaltliche Auseinandersetzung notwendig.

Auf Seite 11 geht es um den **Verkauf von Wohnungen** im Wert von 500 Millionen DM. Die Wohnungen sollen den Mietern zum Kauf angeboten werden. Aber gerade dieser Personenkreis, der auf die Wohnungen dringend angewiesen ist, darf nicht dem freien Markt unterworfen werden; ihn dem freien Markt auszuliefern, halte ich nicht für eine verantwortliche Politik.

Soviel sage ich im schnellen Durchgang zu der Tischvorlage. Sie mögen mir verzeihen, daß ich nicht weiter ins Detail gehe. Aber nach sechs Monaten Diskussion ist das auch nicht mehr erforderlich.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Herr Hay, hat uns vorhin vor Augen geführt, wie eng die Spielräume inzwischen geworden sind. Er hat aber auch aufgezeigt,

daß eine sparsame Haushaltsführung Freiräume dafür schafft, mit knappen Mitteln viel zu bewegen. Wir leben nicht in Zeiten, in denen es erlaubt ist, Probleme allein mit neuen Schulden zu lösen. Wir werden deshalb nicht müde werden, nach der Berechtigung bestehender Ausgabetitel zu fragen und gegebenenfalls für Kürzungen zu sorgen.

Allerdings ist für uns das sogenannte Sparen an sich noch kein politisches Ziel. Was sich in den letzten Jahren unter dieser Vokabel beschönigend verbarg, wurde mehr und mehr zu einem hilflosen Reagieren auf immer neue Einnahmeeinbußen. Mit dem Vorgang des Sparens, das in der Volksmeinung positiv besetzt ist, hat das wenig zu tun. Dieses ist nämlich ein Vorsorgen für die Zukunft aus dem gegenwärtigen Überfluß heraus. Aber gerade das geschieht weder in Bonn noch leider bei uns. Bei uns gibt es diesen Überfluß nämlich nicht.

Wir haben auf der Landesebene allerdings wenig Instrumente, um die Einnahmesituation wirklich verändern zu können. Deswegen besteht unser Haushaltshandeln im wesentlichen aus Kostensenkungen, Einnahmeverbesserungen, wo irgend möglich, Strukturveränderungen und Umschichtungen. Aber auch das Senken der Kosten hat sein Ende dann, wenn der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft gefährdet ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dem Haushalt 1998 erreichen wir diese Grenze. Das haben wir oft genug deutlich gesagt. An vielen Stellen wird inzwischen klar, daß wir dem Bedarf, den inzwischen einige Einrichtungen dieses Landes angemeldet haben, nicht mehr gerecht werden können.

Ich halte deshalb hier noch einmal fest, was gar nicht oft genug gesagt werden kann: Es sind die Steuergeschenke der Bundesregierung an die Besser- und Vielverdienenden, die unsere Haushaltslöcher verursacht haben. Es ist die Massenarbeitslosigkeit, für die die Bundesregierung verantwortlich ist und die zur Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts führt.

Von dem Ziel, diesen Mißstand abzubauen, hat sich der Bundeskanzler nun kläglich verabschieden müssen. In einem der reichsten Länder der Erde sanken zur gleichen Zeit die Nettolöhne im vergangenen Jahr um zirka 10 Milliarden DM bei einer gleichzeitigen Steigerung des Bruttosozialprodukts um 104 Milliarden DM. Das hat Folgen.

Mehr als ein Drittel der Kinder in unserem Lande leben von der Sozialhilfe. Im Land Brandenburg arbeitet zum Beispiel jedes dritte Kind der 7. bis 10. Klasse. Von diesen empfinden 30 % ihre Arbeit als schwer, aber als notwendig für den Unterhalt der Familie. Das muß man sich bewußt machen, meine Damen und Herren. Da kann man nicht, wie ich es hier bei einer Besuchergruppe eines Gymnasiums erleben mußte, behaupten, Armut gebe es in Deutschland nicht.

Frau Volquartz, wenn wir von Armut in diesem Land reden, geht es uns nicht darum, einen sogenannten Sozialneid zu schüren, sondern wir setzen dem sozialpolitischen Zynismus Ihrer Partei eine Politik entgegen, die sich der Realität nicht entzieht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Statt die Zustände nämlich zu leugnen, wie Sie es tun, suchen wir nach solidarischen Lösungen der Probleme von Menschen in unserem Land.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Unser Reden von der unverantwortlichen Wohlstandsschere und von der um sich greifenden Armut - besonders von Kindern und Jugendlichen - bezeichnet die Mißstände allerdings in der unerschütterlichen Hoffnung, die nun einmal grüne Politik auszeichnet, mit der Kraft rationaler Argumente

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was ist das denn?)

doch noch etwas bewegen zu können. Damit wollen wir denen, die Opfer dieser Stillstands- und Aussitzpolitik sind, zeigen, daß sie keine individuelle Schuld an ihrer Misere trifft. Vielmehr können wir diesen Menschen versichern, daß wir ihre Situation als eine politisch verursachte erkennen und nach entsprechenden Lösungen im politischen Bereich suchen.

Allerdings sind wir uns mit unserer Koalitionspartnerin darin einig, daß wir trotz allem an unserem Ziel festhalten, die **Neuverschuldung** in den nächsten Jahren deutlich zu verringern. Die Schulden von heute sind die Lasten von morgen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Dies war für uns ein maßgeblicher Beweggrund für die Zustimmung zum **Verkauf von Landesliegenschaften**

an die Investitionsbank. Wir sehen den Vorteil eines vernünftigen Bewirtschaftungssystems, das die tatsächlichen Kosten der Landesliegenschaften offenlegt. Liegenschaften sind Wirtschaftsgüter, die entsprechend behandelt werden sollten. Ihr Wert bemißt sich neben dem Bodenpreis vor allem nach dem Zustand und der Verwendbarkeit der Gebäude. Das Land ist kein Wirtschaftsunternehmen. Kosten-/Nutzen-Kalkülen kann das Land seine Vorhaben nur begrenzt unterwerfen.

Vor diesem Hintergrund macht es Sinn, die Liegenschaften an einen Dritten zu übertragen, der - davon gehen wir aus - die Interessen des Eigentümers besser wahrnehmen kann als das Land. Dabei setzen wir darauf, daß ein externes Management nicht nur effektiver sein kann, sondern auch die Frage von notwendigen, energiesparenden und kostensenkenden Investitionen flexibler und wirksamer löst.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist das gute Recht der Opposition, Kritik zu üben. Sie haben mit Ihrer Kritik in der Tat Änderungen bewirkt. Schweren Herzens haben wir uns von dem Entscheidungsvorbehalt des Parlaments und von dem Mehrheitseinfluß in der neu zu schaffenden Anstalt gelöst. Wir entscheiden heute darüber, unser Eigentum an einem Viertel der landeseigenen Liegenschaften aufzugeben, um die Schuldenlast für die Zukunft zu verringern und für ein besseres Management zu sorgen. Was gibt es an diesem Beschluß noch zu kritisieren?

Meine Damen und Herren, die ökologische Vernunft gebietet es, innezuhalten und nicht einfach weiter auf quantitatives Wachstum zu setzen. Die Kräfte des freien Markts haben kein Gewissen, auch kein ökologisches. Sie orientieren sich ausschließlich an ihren Gewinnchancen. Solange die wertvollen ökologischen Reserven zum Schleuderpreis zu haben sind, wird das vermeintliche Allheilmittel des schnellen Wachstums nur zu weiterer Umweltzerstörung führen und damit ebenfalls immense Kosten in die Zukunft verlagern. Jedenfalls wird es keine Arbeitsplätze schaffen, Umweltkosten in die Zukunft zu verlagern. Das verbietet sich ebenso wie die Anhäufung von Schulden. Dazu habe ich bereits etwas gesagt.

Die vielen Aufgaben, die sich uns zur Jahrtausendwende stellen, werden wir indes nicht ohne eine Stärkung unserer Kräfte, ohne ein weiteres Wachstum bewerkstelligen können.

Wir unterscheiden deswegen - weil dieser Widerspruch existiert - zwischen einem quantitativen und einem qualitativen Wachstum. Qualitatives Wachstum ist auf Nachhaltigkeit sowie auf die ökologische und soziale Verträglichkeit ausgerichtet. In der heutigen gesellschaftlichen Situation mehr als 6 Millionen Menschen in der Arbeitslosigkeit zu belassen, das wird sich dauerhaft als Bumerang erweisen. Unser Ziel muß es doch sein, dieses gewaltige gesellschaftliche Potential für die Lösung unserer Probleme, auch der weltweiten, einzusetzen. Wie kann dies anders geschehen, als durch die Schaffung von Arbeitsplätzen in gesellschaftlich notwendigen Bereichen!

Wir haben zur Kenntnis genommen, daß sich auch Frau Erdsiek-Rave für ein Investitionsprogramm des Landes ausgesprochen hat, mit dem neue Arbeitsplätze geschaffen werden und mit dem in die Zukunft investiert wird. Das halten wir für den richtigen Weg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch wir sind der Meinung, daß wir hierzu einen Teil der Erlöse aus den Liegenschaftsverkäufen verwenden sollten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Land braucht Zukunftssignale. Es wäre ein Fehler, sich von permanenten Steuerverlustmeldungen ins Boxborn jagen zu lassen und nur noch auf bessere Zeiten zu hoffen. Da wir, anders als die Bonner Kollegen in der Regierungskoalition, keine Möglichkeit haben, unsere Einnahmesituation durch eine Steuergesetzgebung zu verbessern, ist der Weg, durch einen Teilverkauf des Landesvermögens unsere Haushaltssituation zu verbessern und notwendige Investitionen zu tätigen, nichts weiter als eine Notlösung. Das ist aber immer noch besser, als mit immer neueren Kürzungen den letzten Rest von Vertrauen und Solidarität aufs Spiel zu setzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben bereits im Herbst letzten Jahres mehrfach bekundet, daß wir das **wirtschaftliche Gleichgewicht** angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und den sinkenden Steuereinnahmen für gestört halten. Wir stimmen darin mit Bundesfinanzminister Waigel überein. Ohne die Feststellung des wirtschaftlichen

Ungleichgewichts im November letzten Jahres hätte Herr Waigel seinen Haushalt nicht decken können.

(Günter Neugebauer [SPD]: So ist es!)

Unsere **Verfassung** hat mit gutem Grund für diesen Fall die Möglichkeit vorgesehen, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung weitere Schulden aufzunehmen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Aber nur dann!)

Der Haushaltsbeschluß 1997, unserer hier im Land, bestätigt uns in unserer Auffassung. Zwar sieht die Verfassung eine **Schuldenbegrenzung** auf die Höhe der Investitionen nur für den Haushaltsplan, nicht aber für den Haushaltsvollzug vor, der Ehrlichkeit halber sollten wir uns aber dazu bekennen, daß wir uns entschieden haben, keine weiteren **Kürzungen** im Bereich der **Zuwendungen** vorzunehmen, die eine Überschreitung der Verschuldungsgrenze im Ist hätten verhindern können.

Weitere Kürzungen sind vor dem Hintergrund unserer wirtschaftlichen Lage nicht verkraftbar und wären politisch der falsche Weg. Davon bin ich überzeugt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beschäftigungsfördernde Maßnahmen zusammenzustreichen oder die Förderung im sozialen Wohnungsbau ausgerechnet in einer Zeit zu reduzieren, in der sich immer weniger Menschen teuren Wohnraum leisten können, das mag der Weg der Bundesregierung sein; es ist nicht unserer. Diese Maßnahmen tragen nicht zu einer Verbesserung der Situation bei; sie verschlimmern die Lage.

Die Landespolitik ist vor dem Hintergrund dieser Umstände gezwungen, mit ihren eher bescheidenen Möglichkeiten gegenzuhalten. Nichtsdestotrotz kann sich aus unserer Sicht der Haushalt 1998 sehen lassen. Wir haben es geschafft, auch weiterhin im **Bildungsbereich** keine Kürzungen vorzunehmen;

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

wir werden weitere Lehrerstellen schaffen, und - das wiegt viel - der Einstieg in die betreute Grundschule wird gelingen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Zwar gelingt er nur auf bescheidenem Niveau, aber wir haben es geschafft.

Der Einstieg in eine zwar reduzierte, aber auf drei Haushaltsjahre festgelegte Förderung der **Schulen in freier Trägerschaft** ist sicher nur ein erster Schritt, um an dieser Stelle auch Klarheit in der Finanzierung zu bringen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Dennoch freuen wir uns, daß es gelingen konnte, die anfänglich geplante überproportionale Kürzung abzumildern und die Finanzierung auf eine verlässliche Basis zu stellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landeskinderklausel wurde mit einem Bestandsschutz versehen und für fünf Jahre festgeschrieben, ein Anteil an Aus-, Fort- und Weiterbildung in den Kosten des lehrplanmäßig erteilten Unterrichts bleibt anerkannt, und die Förderung des Waldorflehrer- und -lehrerinnenseminars ist in den Erläuterungen des Haushalts festgeschrieben. Dieses mag bescheiden sein, aber es ist ein Erfolg, und ich bin stolz darauf.

An den Hochschulen haben uns die Studierenden in den vergangenen Wochen eindrucksvoll demonstriert, daß das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Die Landesregierung setzt zur Verbesserung der Lehrsituation 1998 und 1999 je 500.000 DM ein. Wenn wir es schaffen, die Hochschulen ab 1999 ihre Mittel vollständig selbst bewirtschaften zu lassen und über Zielvereinbarungen den Reformstau im Inneren der Hochschulen aufzulösen, kommen wir auch in diesem Bereich zu langfristig wirkenden Strukturveränderungen. Wie bei den Schulen gilt es auch hier, die Selbstverantwortung zu stärken und die innere Demokratie auszubauen.

Gegen jede Propaganda und Polemik sage ich hier, wir haben es geschafft, bei Polizei und Justiz Kürzungen zu vermeiden. Die Koalitionspartner sind sich darin einig, daß die Finanzknappheit die **öffentliche Sicherheit** nicht gefährden darf.

In einem kostenintensiven Bereich der Landespolitik - das ist die Justizpolitik - haben wir uns aus inhaltlichen wie auch aus finanziellen Gründen in unseren Haushaltsanträgen darauf konzentriert, die Haftvermeidung sicherzustellen, im Bereich der freien Straffälligenhilfe etwas zu tun, den Täter-Opfer-Ausgleich voranzutreiben und die Therapie von Gewalt- und Sexualtätern kontinuierlich zu erhöhen. Im personalintensiven Justizapparat wollen wir durch effektive Strukturen und den Einsatz moderner Büro- und Computertechnik Personalkapazitäten freimachen.

Es ist uns gelungen, den Bereich Kinder und Jugendliche mit einer Million DM mehr auszustatten, und auch im laufenden Haushaltsvollzug wollen wir diesen Bereich von Kürzungen ausnehmen. Das haben wir verabredet.

Eine wichtige Aufgabe dieses Jahres wird es sein, ein System zu entwickeln, das einen gerechten Ausgleich für die Kommunen schafft, die einen hohen Standard bei den Hilfen zur Erziehung haben.

Im sozialen Wohnungsbau steht die Förderung von Neubauvorhaben nach ökologischen und sozialen Kriterien weiterhin im Zentrum. Wir werden dafür sorgen, daß auch weiter aus den Rücklagen jährlich 4.000 Wohnungen gebaut werden können. Wir freuen uns mit unserer Ministerin, daß der schleswig-holsteinische Standard des Niedrig-Energie-Hauses auch für den sozialen Wohnungsbau bundesweit Anerkennung in der Fachwelt findet.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ute Erdsiek-Rave [SPD]  
- Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

Der Erhalt und der Ausbau von Kindertagesstätten sind auch 1998 sichergestellt. Nach Erfüllung des Rechtsanspruchs wollen wir in diesem Jahr endlich dafür sorgen, daß auch an Schulen Horte eingerichtet werden können.

Investitionen in nachhaltige und arbeitsintensive Wirtschaftsbereiche wie den ökologischen Landbau, die regenerativen Energien und die Kraft-Wärme-Kopplung, in soziale Dienstleistungen sowie in den Naturschutz kennzeichnen auch den Haushalt 1998. Mit dem Branchen-Öko-Audit, das der Umweltminister auf den Weg gebracht hat, ist ein weiterer Schritt in Richtung der Schaffung weiterer Arbeitsplätze im ökologischen Bereich gemacht worden.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir begrüßen dabei besonders, daß es auch möglich wurde, gemeinsam Projekte zu verfolgen, sozusagen multiministeriell zu handeln.

Die Fortsetzung der erfolgreichen beschäftigungspolitischen Aktivitäten bleibt ein Schwerpunkt unserer Politik. Erstmals ist im Haushalt die Förderung sozialer Wirtschaftsbetriebe verankert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hiermit schaffen wir ein wesentliches Instrument zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose.

Die Mittel für die Betreuung und Integration von **Flüchtlingen** konnten ein weiteres Mal aufgestockt werden. Wenn unsere Gesellschaft nämlich in der Krise im Gleichgewicht bleiben soll, und zwar mit allen ihren Gliedern - ich glaube, das ist ein wichtiges und hohes politisches Ziel -, dann dürfen uns an dieser Stelle Stammtischparolen nicht hindern, verantwortlich für diejenigen zu sprechen und ihnen zur Seite zu stehen, die in unseren Nachbarländern oder sonstwo auf der Welt nicht zuletzt durch das wirtschaftliche Handeln der reichen Industrienationen in Bedrängnis gekommen sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die integrativen Angebote in der Drogenarbeit werden weiter ausgebaut. Erstmals sind im Haushalt Zuschüsse für die Einrichtung von Räumen für drogenabhängige Menschen enthalten.

Allein mit Geld lassen sich soziale Probleme bekanntlich nicht aus der Welt schaffen. Es muß auch darum gehen, denjenigen, die den Folgen gesellschaftlichen Wandels, sozialer Kälte und wirtschaftlichen Krisen unmittelbar ausgesetzt sind, zu signalisieren, daß die Politik sie nicht vergißt. Es muß auch weiter darum gehen, den steigenden Ansprüchen dieser Menschen nach Mitsprache Geltung zu verschaffen. Hierzu sind keine gewaltigen finanziellen Mittel erforderlich; hierzu bedarf es vor allem des politischen Willens, der Bereitschaft zuzuhören und sich für die Belange dieser Menschen zu öffnen. Die Demokratiekampagne des Jugendministeriums ist ein

gutes Beispiel dafür, wie mit wenig Mitteln trotzdem politisch viel erreicht werden kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu dieser Form einer wirksamen Politik mit bescheidenem Einsatz von finanziellen Mitteln - das wird auch an der bereits erwähnten Tischvorlage der CDU deutlich - gehören für uns Beauftragte des Landes, die die Kommunikation zwischen der Politik und bestimmten gesellschaftlichen Gruppen herstellen und deren Belange in der Landespolitik vertreten. Soviel, wie eine hauptamtliche **Beauftragte für Flüchtlingsfragen** inklusive ihres Apparats kostet, verschlingt schätzungsweise allein der Türgriff eines Eurofighters.

(Thomas Stritzl [CDU]: Stehen bei uns im Haushalt Mittel für den Eurofighter?)

Mit der Verabschiedung des Haushalts 1998 haben sich die Koalitionsfraktionen darauf verständigt, noch in der ersten Hälfte des Jahres für die Einrichtung eines Flüchtlingsbeauftragten zu sorgen. Diese Institution brauchen wir dringend, um einer ausländerfeindlichen Gesetzgebung und einer unermüdlichen, mehr oder weniger subtilen Hetze, die leider auch und gerade im Wahljahr zu befürchten ist, begegnen zu können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Peter Gerckens [SSW])

Eines kann schon heute festgehalten werden: Ob hauptamtlich oder ehrenamtlich, Geld brauchen wir hierfür in jedem Fall. Ehrenamtliche Beauftragte brauchen im Gegensatz zu hauptamtlichen erfahrungsgemäß eine größere finanzielle Ausstattung für die notwendige Zuarbeit. Ich wünsche mir deshalb, daß die derzeitige unsinnige Scheindiskussion ein baldiges Ende hat und wir dazu übergehen können, uns mit den inhaltlichen Fragen zu beschäftigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es wäre schön, wenn Sie das machen würden!)

Es ist uns mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf gelungen, eine Überschreitung der **Verschuldungsgrenze** ein weiteres Mal zu vermeiden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Glatte Lüge!)

Wir haben einen Punkt hinter eine lange Kette stetig steigender neuer Verschuldung gesetzt, einer Verschuldung, die allein dafür verwendet wird, die Zinsen aus Altschulden zu bezahlen. Wer nachrechnet - das haben wir getan -, wird feststellen, daß der Schuldenstand des Jahres 1988, also des letzten Jahres einer CDU-Regierung in Schleswig-Holstein, mit den daraus entstehenden Zinsen bis heute zu mehr Schulden geführt hätte, als wir tatsächlich haben.

(Ursula Röper [CDU]: Das ist eine abenteuerliche Rechnung! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der Kollege Hentschel hat mit seiner Rechnung zugeschlagen!)

In den fetten achtziger Jahren wurden in diesem Land Schulden angehäuft, für deren Bedienung wir uns noch heute jedes Jahr neu verschulden müssen. Ihre These, Herr Kayenburg, die SPD- und später die rot-grüne Regierung hätten dieses Land in eine hohe Verschuldung geführt,

(Ursula Röper [CDU]: Richtig!)

entbehrt also jeglicher Grundlage.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir verschulden uns noch heute, um die Schulden der achtziger Jahre zu bezahlen. Jeder Versuch, den weiteren Anstieg der Schulden zu bremsen, wird in Bonn mit weiteren Steuergeschenken der Partei der Besserverdienenden an ihre Klientel zunichte gemacht.

(Zurufe von CDU und F.D.P.: Oh!)

Ihre Partei, verehrter Kollege Kayenburg, steht keineswegs hilflos daneben. Nein, die CDU hat diese Politik mit dem Abbau von gesetzlichen Einstellungshemmnissen auf die Spitze getrieben, was nach den Worten von Heiner Geißler auf Forderung der Unternehmer hin geschehen ist. Aber, so beklagt sich der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der „Landeszeitung“ von November 1997, die Gegenleistungen seien leider ausgeblieben, nachdem man gesetzliche Einstellungshemmnisse auf Forderung der Unternehmer abgeschafft habe.

Der Fingerzeig nach Bonn - ich weiß es - gehört inzwischen zu den unvermeidlichen Ritualen jeder Haushaltsdebatte. Sie können uns glauben, daß uns dies keinen Spaß macht. Aber leider muß immer wieder

gesagt werden, daß Sie den **Geist des Bonner Stillstands** nahtlos nach Kiel transportieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

Sie weigern sich, die Zeichen der Zeit zu erkennen und entsprechende politische Konzepte zu entwickeln. Im Gegenteil: Sie helfen mit, Kampagnen zu schüren, die Landwirten weismachen soll, die Misere des jahrzehntelangen Höfesterbens, der verfallenden Agrarpreise und der unsicheren Zukunftsperspektiven für Bauern und Bäuerinnen hätten irgend etwas mit dem angeblich um sich greifenden Naturschutz zu tun. Dabei wissen Sie ganz genau, daß die Instrumente des Naturschutzes denen des öffentlichen Interesses, aber auch des Eigentumschutzes fast überall untergeordnet werden können. Dennoch beteiligen Sie sich an einer Mobilisierung, als sollte das Land morgen zu 60 % unter Naturschutz gestellt werden. Wenn es nicht so lächerlich wäre, dann wäre es empörend. Allerdings - das müssen wir schaffen - müssen wir Wege dafür finden, daß auch der Schutz der Natur in eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einbezogen wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dann müßte kein Bauer mehr um den Wert seines Landes fürchten, das er diesem wichtigen gesellschaftlichen Interesse zur Verfügung stellt.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Warum haben Sie die Ausgleichsregelung verhindert?)

Grüne Politik setzt auf die **Versöhnung der Ökonomie mit der Ökologie**.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Igitt!)

Aber dazu müßten die Preise die ökologische Wahrheit sagen. Sogar der Präsident des Umweltbundesamtes fordert, in den Benzinpreis die gesellschaftlichen Folgekosten des Autofahrens aufzunehmen und den Einstieg in die ökologische Steuerreform endlich zu vollziehen. Das ist genau die Richtung, in die es gehen muß und wofür die Grünen seit Jahren stehen. Buchstäblich jedes Kind weiß inzwischen, daß der Autoverkehr eine Belastung unseres Ökosystems darstellt. Auch Sie können nicht umhin, zur Kenntnis zu nehmen, was renommierte Institute, wie zum Beispiel das Wuppertal-Institut, uns vorrechnen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Steenblock fährt auf der Autobahn 180!)

nämlich daß der Autoverkehr ein Haupthindernis ist, um die von Kanzler Kohl in Rio versprochene Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes auf den Weg zu bringen. Aber anscheinend hat sich der große Schwarze in Bonn auch von diesem Ziel klammheimlich verabschiedet, oder? Mit dem Schüren von Ressentiments, meine Damen und Herren von der Opposition, werden Sie den Schritt in die Zukunft nicht machen können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

Wir müssen Ihnen immer wieder Ihre Bonner Kollegen vorhalten, weil Sie hier auf der überschaubaren Ebene dieselbe unbewegliche und uneinsichtige Politik verfolgen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Allerdings - das muß auch gesagt werden - ist Ihnen Ihre Basis anscheinend voraus. Jedenfalls lese ich im CDU-Informationsdienst unter dem Motto „Stark für 2000“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So etwas lesen Sie?)

- man muß sich über die Argumente des Gegners immer auf dem laufenden halten - von einem Beschluß des Kreisparteitages Rendsburg-Eckernförde, den ich fast nicht glauben kann. Angesichts der Zeit werde ich daraus nur auszugsweise zitieren. An sich wollte ich Ihnen das Ganze gönnen.

(Zurufe von der CDU: Schade!)

Dort heißt es:

„Das dänische Modell mit Energie- und CO<sub>2</sub>-Steuern unter den Gesichtspunkten des Klimaschutzes, des Ressourcenschutzes, der Stärkung des Arbeitsmarktes durch Export neuer Technologien und zur Verstärkung des ländlichen Raumes ist ernsthaft durch unabhängige Fachleute zu beraten.“

Soweit der weise CDU-Kreisparteitag! Daß das noch nicht die Speerspitze des Fortschritts ist, ist eine andere Sache.

Trotzdem möchte ich Ihr Augenmerk an dieser Stelle nach Dänemark lenken, wo eine konservative Regierung den Einstieg in die **Ökosteuer** gewagt hat. Das Ergebnis sind sinkende Arbeitslosenzahlen, 3 % Wirtschaftswachstum, niedrige Zinsen und Inflationsrate; der Haushalt dieses Jahres wird sehr wahrscheinlich mit einem Überschuß abschließen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist wie in Bayern!)

Nachdem acht europäische Länder bereits vorgeprescht sind, ist Deutschland auf dem Gebiet der Ökosteuern und des nachhaltigen Wirtschaftens leider bereits erheblich im Rückstand, so daß nur zu begrüßen ist, daß sich endlich auch die Top-Manager der Wirtschaft darauf verständigt haben, den Standort Deutschland im Ausland nicht mehr schlechtzureden.

Wesentliches Element unserer Haushaltspolitik - das ist das letzte Stichwort - bleibt die Stukturreform. Wir haben uns seit November 1996 intensiv damit beschäftigt und einiges auf den Weg gebracht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Lächerlich!)

So konnte es uns hier im hohen Norden der Republik trotz aller Hindernisse gelingen, die Neuverschuldung zu bremsen und in der mittelfristigen Finanzplanung eine Absenkung auf 800 Millionen DM vorzusehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Reines Märchenbuch!)

Das zeigt einmal mehr, daß wir mit unserer Politik der strukturellen Reformen auf dem richtigen Weg sind. Die beschlossenen Maßnahmen der Landesregierung zeigen Wirkung. Der Steigerung bei den Personalkosten - ich sagte es eingangs - wurde Einhalt geboten. Die sächlichen Verwaltungskosten können gesenkt werden. An vielen Stellen des Haushalts läßt sich ablesen, daß sich der Wille zur Einsparung inzwischen seinen Weg bis in alle Teile der Landesverwaltung gebahnt hat. Uns Grünen - das gebe ich zu - konnten die **Reformen** anfangs nicht schnell genug gehen. Inzwischen haben wir uns an das **Tempo** gewöhnt und stellen fest, daß das, was uns zu langsam erschien, für die Verwaltungsstrukturen in der Tat schon ein hohes Tempo darstellt. Wenn wir dauerhaft zu strukturellen Einsparungen kommen wollen, dann können wir das nicht gegen, sondern nur mit den Menschen, die in der Verwaltung arbeiten, tun. Das Personal stellt mit seinem hohen Anteil an den Ausgaben des Landes unsere größte Kapitalreserve dar.

Alle Einsparungen sind nichts gegen das Potential, das in der Aktivierung dieser Reserve verborgen ist.

Lassen Sie mich zum Abschluß meines Beitrages noch einmal unsere Leitlinie für das kommende Jahr festhalten: Wir wollen ab 1998 für die Menschen in diesem Lande eine Politik gestalten, die die Lasten gerecht verteilt und den schwächeren Mitgliedern der Gesellschaft die Aufmerksamkeit und Fürsorge zugute kommen läßt, die nun einmal das innere Band der Demokratie ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Zunächst einmal begrüße ich in der Gästeloge Herrn Professor Dr. Jonas Kilius, Vorsitzender der Litauisch-Deutschen Gesellschaft in Vilnius, der - kleine Erinnerung - heute abend beim Jahresempfang der Parlamentarischen Gesellschaft der Gastredner sein wird. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Frau Kollegin Erdsiek-Rave, bevor Sie gehen, würde ich gern ein persönliches Wort an Sie richten.

(Ingrid Franzen [SPD]: Sehr geschickt! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich muß leider auf Toilette!)

Ich bedaure sehr, daß Sie die Vorlage der CDU-Fraktion dazu genutzt haben, in Ihrer Selbstkritik, die Sie angekündigt haben, innezuhalten. Es wäre vielleicht für die Haushaltsdebatte segensreich gewesen, Sie hätten einige selbstkritische Fragen gestellt, auch einige an uns selbst. Einige an mich werde ich in meinem Redebeitrag noch stellen.

Wir erleben heute Haushaltsberatungen der neuen Art. Bei der Vorbereitung auf den heutigen Tag habe ich mir vorgestellt, was wohl Sozialdemokraten und Grüne erklären werden - außer der bekannten Tatsache, daß Bonn natürlich, solange christlich-liberal regiert, an allem Schuld ist.



(Günter Neugebauer [SPD]:  
Selbstverständlich!)

Hierbei war mir klar, daß Sie selbstverständlich in Treue fest - und dies auch in schwieriger Zeit - an Ihren Reformen für ein sozialeres, frauenfreundlicheres, ökologisches Schleswig-Holstein festhalten,

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

daß Schleswig-Holstein sozusagen das einzige Licht im Dunkel der ansonsten sehr verfinsterten Republik ist.

(Jubelschrei der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]  
- Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich weiß seit dem letzten Landeshauptausschuß der Grünen, daß Sie auch mit wenig zufrieden sind. Insofern muß ich mich da nicht weiter anstrengen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich habe Ute Erdsiek-Rave vor meinem geistigen Auge gesehen - mit dieser Brille -, wie sie mit pastoraler Stimme die wunderbaren rot-grünen und lila Farben von Heides neuen Kleidern preist. - Aber die Ministerpräsidentin hat gar nichts mehr an. Der Landeshaushalt ist nackt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Da beißt keine Maus den Faden ab.

Überrascht hat mich allerdings die kreative Form, in der sich die **Union** an den Beratungen beteiligt. Ich hätte auch auf die Idee kommen können, meine Haushaltsrede als **Entschließungsantrag** im Plenum zur Abstimmung zu stellen. Ich frage mich, warum ich nicht darauf gekommen bin.

(Zuruf von der CDU: Eben!)

Der Kollege Oppositionsführer und die CDU-Fraktion haben doch eigentlich recht, Herr Kollege Stritzl, daß auch der gesamte **Haushalt** nichts anderes als ein Entschließungsantrag auf vergleichsweise niedrigem Niveau ist.

Diese Feststellung wird bestätigt durch die Peinlichkeit, Kollege Neugebauer, mit der die SPD-Regierungsfraktion im Bereich der Werftenhilfe zu einer Selbstverständlichkeit, nämlich der Überprüfung

und gegebenenfalls Korrektur während des Haushaltsvollzugs, aufruft.

PR statt Politik, Schein statt Sein, könnte man die diesjährigen Haushaltsberatungen und ihr Umfeld beschreiben. Bitte erlauben Sie mir, auch folgendes zu sagen: Es macht doch keinen Sinn mehr, mit ständig wiederholten Lügen zu operieren. Herr Finanzminister, wir haben in 1997 nicht weniger **Steuereinnahmen**, sondern wir haben mehr Steuereinnahmen gehabt

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

und auch für 1998 vorgesehen. Das, was wir haben, ist eine Korrektur von Schätzungen und nicht von realen Einnahmen.

Frau Ministerpräsidentin, ich habe heute die Tageszeitung aufgeschlagen und konnte meinen Augen wirklich nicht mehr trauen. Deshalb jetzt auch die Brille! 15 Millionen DM für arbeitsfördernde Maßnahmen, das ist wahrhaft ein Stein, nachdem man 180 Millionen DM Investitionen nicht verausgabt hat, die unmittelbar zu Arbeitsplätzen geführt hätten. Da ist das tatsächlich eine zusätzliche, sehr arbeitsfördernde Maßnahme.

Noch einmal: Eine Regierung, die **Ausbildungsplätze** in einer Größenordnung von mehr als 100 streicht und sich dann hinstellt und sagt, 1998 würden zusätzlich neue 100 geschaffen, braucht mit Brutto-Netto-Rechnungen künftig nicht mehr an die Öffentlichkeit zu treten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das ist kein Erfolg von Politik, sondern ein Ausweis von Schwäche.

Mit der heutigen zweiten Lesung des Haushaltsentwurfs 1998 findet der finanzpolitische Marathon der letzten zwölf Monate ein vorläufiges Ende, dessen Etappen die Verabschiedung des Haushalts 1997 im Februar, die Debatte über die Mißbilligung des Finanzministers im Juni, die Lesung des Nachtragshaushalts im August und die erste Lesung des Haushaltsentwurfs 1998, die von den Ausschußberatungen zum Immobiliendeal eingerahmt wurden, waren.

Allein die Zahl der **haushaltspolitischen Aussprachen** macht deutlich, in welch schwerem Fahrwasser sich die Finanzpolitik befindet. Deutlich wurde aber auch, daß die schweren Finanzstürme auf der Brücke der

alterwürdigen Barkasse Schleswig-Holstein bereits zu ersten Verlusten geführt haben. Die Frau am Ruder und Sparkommissarin ehrenhalber, Heide Simonis, muß wohl bereits von Bord gegangen sein. Wie sonst ist es zu erklären, daß sie sich weder zur schwierigen Haushaltssituation in Kiel noch zum Immobiliendeal geäußert hat und ihren Finanzminister allein mit den gefährlichen Strudeln ließ, die die immer größeren Finanzlöcher im Haushalt mittlerweile verursachen?

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: So ist es! -  
Beifall bei der F.D.P.)

Aber vielleicht hat die Ministerpräsidenten auch nur ein ausgeprägtes Gespür für den Ernst der Lage. Die Schulden des Landes sind auf einem Rekordhoch, die Investitionsquote liegt unter der geplanten Quote für 1997, was befürchten läßt - das ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit anzunehmen -, daß diese Quote im Vollzug - wieder, wie 1997 - unterhalb von 10 % liegen wird, die Pro-Kopf-Verschuldung wird nur noch vom völlig verschuldeten Saarland übertroffen und Minister Möller hat sich endgültig als neuer Mittelstürmer für den FC Landtag empfohlen: Mit dem dritten Haushaltsdefizit in ununterbrochener Reihenfolge ist ihm ein Hattrick der traurigen Art gelungen. 82 Millionen DM 1995, 360 Millionen DM in 1996 und im Haushaltsjahr 1997 ein Fehlbetrag von 105 Millionen DM sind alles andere als ein Ausweis für die angeblich so solide und vorausschauende Haushaltspolitik der Landesregierung.

Herr Minister Möller, es macht natürlich keinen Spaß - mir auch nicht -, daß ich dreimal in Folge mit meinen Prognosen besser lag als Sie. Die Wählerinnen und Wähler dieses Landes sollten vielleicht einmal darüber nachdenken, wer im Zweifel die Finanzen des Landes besser gestalten kann, der, der ständig danebenliegt, oder der, der sie besser einschätzen kann.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Dreimal ist keinmal, aber trotzdem sollte sich der Finanzminister endlich dazu durchringen, einen Haushalt vorzulegen, der auf **realistischen Daten** beruht. Und, Herr Minister Möller, Sie sollten aufhören, Märchen über die **Steuerschätzung** zu erzählen. Folgt man den Erklärungen des Finanzministers, dann entsteht der Eindruck, Theo Waigel sitze mit einem Taschenrechner im stillen Kämmerlein und bastele nach eigenem Gutdünken an seinen Steuereinnahmen, und der arme Finanzminister in Schleswig-Holstein verläßt sich, weil er eben ein gutmütiger Mensch ist und nicht anders kann, auf die Zahlen und wird immer wieder bitterlich enttäuscht.

Es würde die Beratungen enorm vereinfachen, wenn wir uns darauf einigen könnten, daß zum einen bei jeder Steuerschätzung auch die Länder mit am Tisch sitzen und es dem Land Schleswig-Holstein zum anderen unbenommen bleibt - wie übrigens vom Finanzausschuß vorgeschlagen -, bei Zweifeln an den Zahlen der Steuerschätzung einen eigenen Ansatz zu verwenden.

(Zuruf des Abgeordneten Günter  
Neugebauer [SPD])

- Herr Kollege Neugebauer, Sie gehen doch auch nicht ohne Schirm aus dem Haus, wenn Sie der Sonnenscheinprognose der Wettervorhersage mißtrauen.

(Zuruf von der CDU: Doch, das macht  
er!)

Herr Finanzminister, Sie müssen an die Richtigkeit der Zahlen glauben. Sie müssen an die Richtigkeit der Zahlen glauben, denn wenn Sie die Zahlen nach unten korrigierten, gerieten Sie sofort mit der **Verfassungsgrenze** des Artikels 53 in Konflikt. Die Zahlen des Entwurfs sprechen auf jeden Fall dafür. Die Nettoneuverschuldung liegt nur noch um 35 Millionen DM unterhalb der Verschuldungsgrenze. Da ist ein Sicherheitsabschlag in nennenswerter Höhe nicht mehr drin. 88 Millionen DM globale Minderausgabe erwirtschaften Sie nach eigenem Bekunden ohnehin nur im investiven Bereich. Da wir die Personalkosten budgetiert und dort bereits 1,5 % als Senkung eingerechnet haben, kann ich Ihnen sagen, Sie können das nur im investiven Bereich erwirtschaften. Damit wäre - wie 1997 - der verfassungswidrige Haushaltsvollzug programmiert.

Die Gründe für die völlige **finanzielle Versteinerung des Haushalts** sind vielfältig. Man muß der Fairneß halber aber auch sagen, sie sind nicht nur hausgemacht. Die Landesregierung kann sich das Geld für ihren Haushalt nicht selbst drucken - gar keine Frage. Sie ist auch nicht für die Entwicklungen auf den Märkten in der Welt zuständig. Sie ist aber sehr wohl für die von ihr so beklagten Steuermindereinnahmen mit verantwortlich.

Herr Kollege Neugebauer, Sie sollten den Erfolgsmeldungen von der sozialdemokratischen Umverteilungsfront im „Vorwärts“ nicht unbesehen glauben, sondern auch einmal einen Blick in den Monatsbericht Dezember der Deutschen Bundesbank werfen. Dort wird ein etwas differenzierteres Bild der

Wirklichkeit gezeichnet und Sie finden die Aussage, daß eben nicht nur die Abzugsmöglichkeiten für Investitionen in den neuen Ländern zu Steuerrückgängen geführt haben, sondern beispielsweise auch die Erhöhung des Kindergeldes. Übrigens: Beides wollte doch auch die SPD.

In einer bemerkenswerten Rede vor dem Deutschen Bundestag am 14. Mai 1991, ein Tag, an den ich mich deshalb so gut erinnere, weil ich an diesem Tag meine Jungferrede im Deutschen Bundestag gehalten habe, hat der Sozialdemokrat Manfred Hampel für die SPD im Deutschen Bundestag unter Zustimmung für die Sonderabschreibungsmöglichkeiten für die neuen Bundesländer wörtlich ausgeführt:

„Nach unserer Auffassung sollten daher die Betriebe eine auf 25 % erhöhte Investitionszulage erhalten, wenn Ihnen die Sonderabschreibung nichts nützt.“

Unsere Ministerpräsidentin hat noch am 2. Oktober 1996 - Frau Kollegin Fröhlich! - zum Tag der Deutschen Einheit erklärt - wörtliches Zitat -:

„Statt für eine gerechte Lastenverteilung zu sorgen, streicht die Bundesregierung die steuerliche Förderung von Investitionen in Ostdeutschland zusammen.“

Irgendeiner in Ihrem Hause, Herr Möller, oder irgendeiner in Ihrer Staatskanzlei, Frau Ministerpräsidentin, hätte doch auf den Gedanken kommen können und kommen müssen, daß **Abschreibungen**, Sonderabschreibungen zumal, zu einem **Steuerausfall** führen, ja führen müssen und daß das systembedingt gewollt ist. Sie mußten doch wissen, daß die Sonderabschreibungen bei der veranlagten Einkommen- und Körperschaftsteuer irgendwann ankommen und das Aufkommen aus diesen Steuerarten dementsprechend sinken muß. Das mußten Sie doch wissen, statt heute so erstaunt darüber zu sein, daß die Einnahmen aus der veranlagten Einkommen- und Körperschaftsteuer sinken. Wer dies heute beklagt, wie Sie es tun, wer dies heute geißelt, wer dies heute mit dem Begriff „Nutzen von Steuerschlupflöchern“ brandmarkt - in Schleswig-Holstein sind übrigens einige verstopft, weil der Kollege Müller bei seinen Abschreibungen steckengeblieben ist -, ist entweder ein finanzpolitischer Idiot oder einfach nur unehrlich.

Ihr Verhalten, Frau Ministerpräsidentin, in dieser Frage ist unredlich, genauso unredlich wie Ihr Gejammer über

das ungerechte Steuersystem, dessen Reform Sie aus wahltaktischen Gründen blockieren.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich habe es an anderer Stelle bereits gesagt, und ich tue dies heute wieder. Die Situation ist, wie sie ist. Sie können die Schuld für die schlechte Situation in Schleswig-Holstein gern auf Bonn schieben. Abgesehen davon, daß außer dem Kollegen Neugebauer sowieso niemand mehr diese Platte hören mag, wird es Ihnen nicht gelingen, sich aus der Verantwortung für die desolaten Finanzen des Landes zu stehlen.

Herr Minister Möller! Meine sozialdemokratischen Freundinnen und Freunde!

(Zurufe von der SPD)

Wer hat sich denn über Jahre hinweg jedem noch so kleinen **Privatisierungsvorschlag** widersetzt? Wer hat es denn in den fetten Jahren nach der Wende versäumt, den Strukturwandel in der Landesverwaltung einzuläuten? Es ist doch ein Treppenwitz der Geschichte, daß sich nunmehr die SPD-geführte Landesregierung zum Bannerträger der Privatisierung aufschwingt. Es ist mit Vernunft nicht mehr zu erklären, daß Finanzminister Möller im Finanzausschuß unter Beifallstürmen von Rot-Grün vorträgt - wie übrigens auch eben Frau Kollegin Fröhlich, ich war ja ganz begeistert -, man benötige den privaten Eigentümer für die Gebäude, weil nur dieser in der Lage sei, sich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten durchzusetzen, anders als der Minister gegenüber den ihm nachgeordneten Behörden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Hört, hört!)

Nur so - so Minister Möller im Finanzausschuß -, seien mit der privaten Eigentümerstellung Wirtschaftlichkeitseffekte zu erzielen, die unter Berücksichtigung eines verbesserten Gebäudemanagements zu Einsparungen in dreistelligem Millionenbereich führen können.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das haben wir vor fünf Jahren schon gesagt!)

Was haben Sie eigentlich für eine Verschwendung betrieben, daß diese Form der Privatisierung nicht bereits vor sechs Jahren eingeführt wurde?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Mehrere hundert Millionen DM sind auf diese Weise schlicht verschleudert worden. Mehr muß man zur Finanzpolitik der vergangenen Jahre eigentlich gar nicht sagen. Munter wurde der Personalbestand im öffentlichen Dienst erhöht, die Nettoneuverschuldung verharrte auf hohem Niveau. Übrigens lesen wir seit 1991 oder 1992 - das haben wir nachvollzogen - in jeder mittelfristigen Finanzplanung, Herr Finanzminister, daß Sie im nächsten und in den folgenden Jahren die **Nettoneuverschuldung** auf 800 Millionen DM und mehr kürzen wollen. Das werden Sie auch im Jahre 2000 noch erklären, ohne daß es passiert.

Aktivitäten zur **Verwaltungsmodernisierung** erstreckten sich nur auf das wunderbare Leitbild, das nunmehr über 600 Mitarbeiter fluchtartig aus der aktiven Beschäftigung getrieben hat. Selbst bei der Vorlage des Haushaltsentwurfs 1997 mußten Sie uns noch mit einer gewagten Brutto-Netto-Rechnung die wundersame Stellenvermehrung im Haushaltsentwurf erklären. Sie haben es geschafft, von 1988 bis zum Jahre 1996 allein im Landesdienst 4.600 zusätzliche Stellen zu schaffen, die Versorgungsposten für verdiente Aktivisten der Sozialdemokratie und nun auch der Grünen bei den Satelliten des Landes nicht mitgerechnet.

(Zurufe von der SPD)

Sie werden trotzdem nicht müde, die eher bescheidenen Einsparungen von 130 Stellen bei der Reform der nachgeordneten Ämter des MLR, MUNF, MAGS über den grünen Klee zu loben. Wenn Sie den gleichen Elan wie bei der **Aufblähung** der Verwaltung auch bei der **Verschlinkung der Verwaltung** an den Tag legen würden, wäre dem Land Schleswig-Holstein mit Sicherheit mehr geholfen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es wäre besser gewesen, Sie hätten sich wirklich auf eine Reform der nachgeordneten Verwaltung konzentriert und einen konsequenten zweistufigen Ausbau in der Umweltverwaltung durchgesetzt, anstatt auf halbem Weg stehenzubleiben und nur die Machtbereiche des Umwelt- und des Agrarministeriums neu zu ordnen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Genügend zu tun bleibt allemal. Die mit viel Tamtam angekündigte Funktionalreform hat beeindruckende Ergebnisse gezeigt.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Welche?)

35 Aufgaben wurden verlagert. Der Katalog der zu übertragenden Aufgaben war anscheinend so groß, daß das Innenministerium die Übersicht der zu übertragenden Stellen verloren hat und das Volumen nur grob schätzen konnte auf unglaubliche 55 Stellen,

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Donnerwetter!)

die den Haushalt noch nicht einmal entlasten, da die Kommunen für die Übernahme der Aufgaben Ausgleichszahlungen erhalten werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, wie wollen Sie eine **Verwaltungsreform** in Schleswig-Holstein erfolgreich initiieren, wenn Sie mit einer **Strukturreform** wie dieser nur 130 Stellen erwirtschaften können? - So schaffen Sie es nie, den Personalbestand auf ein haushaltsverträgliches Niveau zu senken.

Es ist richtig und auch nötig, die berühmten Synergieeffekte durch Straffung und Konzentration zu nutzen. Da besteht überhaupt kein Dissens. Es reicht nur nicht. Es reicht einfach nicht aus, das Einsparpotential ist viel zu gering. Wir brauchen nicht nur eine Verwaltungsmodernisierung, wir brauchen vor allen Dingen eine Reform der Verwaltungsstrukturen - und das schnell. Die F.D.P. hat ihre Bereitschaft zur Mitarbeit bereits mehrfach signalisiert, und ich möchte dies auch heute tun. Das hat nichts mit der allseits beliebten Konsensseligkeit zu tun, sondern speist sich aus der schlichten Tatsache, daß eine Verwaltungsreform ein Projekt ist, das nur dann Erfolg haben kann, wenn es von einer großen Mehrheit über einen längeren Zeitraum getragen wird. Zudem sollte man sich keiner Illusion hingeben: Eine wirkliche Reform kostet in der Anfangsphase Geld, die Reformrendite hingegen ist erst mittelfristig zu erwarten. Solche Mehrausgaben kann die F.D.P. mittragen, im Gegensatz zur Pilotprojektmania der Landesregierung, die sich in Einzelprojekten verzettelt.

Nur ein Beispiel! Die **Personalkosten** sind budgetiert, die globalen Minderausgaben im Personalbereich werden in Form eines 1,5prozentigen Abschlags direkt in die jeweiligen Personaltitel eingerechnet. Dagegen wäre prinzipiell nichts einzuwenden, wenn gleichzeitig ein funktionierendes **Controlling-Verfahren** eingeführt worden wäre. Kollege Hay, ich weiß, daß wir da auf der gleichen Wellenlänge schwimmen. Deshalb ist das kein Angriff der Opposition auf die

Regierung, sondern wir haben es gegenwärtig mit einem Systemproblem zu tun, weil die Geschwindigkeit der Umsetzung nicht ausreicht, dem Parlament die entsprechenden Mitwirkungsmöglichkeiten zu garantieren.

Das kleine Wörtchen „wäre“ in meinen Ausführungen - wenn denn ein funktionierendes Controlling-Verfahren eingeführt worden wäre - macht deutlich, daß überhaupt nichts passiert ist - was ich aus Sicht der Landesregierung auch durchaus verstehen kann. Die Kürzung der Personalausgaben kann nun ganz ohne den störenden Einfluß der Opposition durchgeführt werden. Warum sich allerdings die Regierungsfaktionen bisher von ihrer eigenen Landesregierung in ihren parlamentarischen Rechten so beschneiden lassen, ist mir nach wie vor schleierhaft.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Kollege Hay, wir gehen nicht davon aus, daß Sie mehr oder andere Informationen erhalten als wir. Deshalb stehen wir im Zweifel vor dem gleichen Dilemma.

Die Stellenpläne im Haushalt verlieren durch den Einstieg in die Budgetierung immer mehr an Aussagekraft; eine Kompensation über Controlling-Berichte ist gegenwärtig nicht zu sehen. Das kann nicht der Sinn von neuen Steuerungsinstrumenten sein.

Auch die 58er-Regelung bringt nur minimale finanzielle Erleichterungen, da gegenüber einer Weiterbeschäftigung für den Landeshaushalt nur eine Einsparung von zirka 10 % der Personalkosten erreicht wird.

Eine Konsolidierung des Landeshaushalts kann nur über die Ausgabeseite erfolgen. Aus der Sicht der F.D.P. muß deshalb vorrangig an die **flächenhafte Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung** herangegangen werden. Sie schafft Kostentransparenz nach innen, also für die Politik und die Verwaltung, und auch nach außen, das heißt im Vergleich mit Dritten. Zudem liefert die Kosten- und Leistungsrechnung nicht nur Informationen über die Kosten, sondern auch Daten über die Fertigungstiefe der Verwaltung. Nur so kann sie einen wesentlichen Beitrag für die nötige Restrukturierung der Arbeitsprozesse leisten und ist unter dem Gesichtspunkt der Steigerung der Arbeitseffizienz unersetzlich.

Auf welcher Datengrundlage soll und will das Parlament Entscheidungen über die Verlagerung oder die Privatisierung von Aufgaben treffen? Wie wollen

wir Effizienzreserven im Land erschließen, ja überhaupt erkennen, wenn nicht bald eine Kosten- und Leistungsrechnung in weiten Teilen der Landesverwaltung eingeführt wird? Wenn hier allerdings das bisherige Schnecken-tempo beibehalten wird, verschenken wir landesweit Einsparpotentiale, die mit Sicherheit in zweistelligem Millionenbereich liegen und die wir dann besser in anderen Bereichen ausgeben könnten.

Ich habe nicht den Eindruck, daß sich das Land mit der zweithöchsten Pro-Kopf-Verschuldung in Deutschland ein solches Schnecken-tempo weiter erlauben kann.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Eine Verwaltungsreform kann aber nur dann Erfolg haben, wenn sie nicht isoliert betrieben wird. Gleichzeitig müssen unnötige Gesetze und Verordnungen abgeschafft und bestehende drastisch vereinfacht werden, um den Vollzugsaufwand deutlich zu reduzieren.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Der **Bürokratie-TÜV der Bürokraten** - so will ich das einmal nennen - hat nicht den gewünschten Erfolg gebracht, was nicht allzusehr verwundert. Welche Verwaltung behauptet schon freiwillig von sich, unnötige Regelungen zu vollziehen? Der Ansatzpunkt muß ein anderer sein. Parlament und Regierung müssen sich bei jeder Neufassung, bei jedem Erlass einer Regelung fragen, ob die Regelung nötig ist und wenn ja, ob in der angestrebten Form. Wie ernst die rot-grüne Mehrheit diese Aufgaben nimmt, werden wir bei der zur Diskussion stehenden Novellierung der Landesbauordnung sehen.

Auch bei der Entwicklung der **Arbeitslosigkeit** gilt, was ich bereits zur Haushaltssituation gesagt habe. Bei einer bundesweit hohen Arbeitslosigkeit kann Schleswig-Holstein natürlich nicht eine Arbeitslosenquote von Null haben. Wenn aber die Arbeitslosigkeit im Land auf einem Stand ist, der zuletzt im Jahr 1953 übertroffen wurde, wenn die Arbeitslosenquote, berechnet auf der Basis der zivilen Erwerbspersonen in Schleswig-Holstein, von September bis Dezember von 9,4 % auf 10,6 % angestiegen ist, während die Quote im Bundesgebiet West mit 9,5 % konstant geblieben ist, dann muß sich die Landesregierung sehr wohl fragen lassen, ob sie ihren Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Land leistet.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Der Finanzminister hat, wie er in Umdruck 14/1507 selbst zugibt, die globalen Minderausgaben des letzten Jahres fast gänzlich zu Lasten der Investitionen und der Investitionsfördermaßnahmen erbracht. Es gibt nicht nur einen zeitlichen Zusammenhang zwischen der Rückführung der Investitionen des Landes und der Steigerung der Arbeitslosenquote. Ich wäre dankbar, wenn Minister Steinbrück dies wie im letzten Jahr noch einmal ausdrücklich bekunden würde.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Doch was tut die Landesregierung? - Placebos statt Medizin, wie wir heute den Medien entnehmen dürfen. Ich weiß, daß mir Frau Ministerin Moser jetzt wieder einen bösen Blick zuwirft, in den sie ihre ganze Abscheu über den menschenverachtenden Neoliberalismus der F.D.P. legt.

(Unruhe)

Frau Ministerin Moser, als Ökonom lernt man, nach den **Alternativkosten** einer Entscheidung zu fragen, was Sie offensichtlich nicht oder nur selten tun. Haben Sie sich einmal überlegt, wie viele Arbeitsplätze Sie schaffen könnten, wenn Sie einen Teil der ASH-Mittel für Investitionen verwenden würden? Ist Ihnen bewußt, daß Sie durch investive Maßnahmen Werte erhalten oder neu schaffen, während Sie durch ASH-Maßnahmen die Arbeitslosigkeit nur umverteilen, da Sie außer in der Verwaltungsbürokratie keinen zusätzlichen Arbeitsplatz schaffen?

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Keine Ahnung vom Wesen der Arbeitslosigkeit!)

- Frau Fröhlich, ich sehe ein, daß ich im Gegensatz zu Ihnen keine Ahnung vom Wesen der Arbeitslosigkeit habe. Ich weiß nur, daß Sie Ihr Volkswirtschaftsstudium nach drei Semestern beendet haben, während ich meines abgeschlossen habe.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deswegen weiß ich trotzdem, was Arbeitslosigkeit ist, im Unterschied zu Ihnen!)

- Das mag sein. Aber ich weiß, wie man die Arbeitslosigkeit bekämpfen kann, nämlich mit Investitionen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ha, ha!)

- Ja, ha, ha! Aber wenn Sie die **Investitionen** zusammenstreichen, wenn das Land Schleswig-Holstein keine Investitionen mehr tätigt und die Unternehmen gleiches tun, dann werden Sie zwar demnächst keine Arbeitsplätze mehr haben, aber die Arbeitslosigkeit im Lande wunderbar verwalten können.

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihre ständigen Steuergeschenke haben sich auch als nicht wirksam erwiesen!)

- Steuergeschenke an die Steuerbürger sind wahrscheinlich besser als Parteigeschenke an Sie von Ihren Mitgliedern, die Sie auf andere Weise erlangt haben, Herr Kollege Hentschel.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was?)

Frau Ministerin Moser, als Gesundheitsministerin kommt Ihnen eine besondere Verantwortung für das Wohlergehen Ihrer Kabinettskollegen zu. Helfen Sie dem Kollegen Steinbrück, der im letzten Jahr bei einer Investitionsquote von 11,1 % die Schmerzgrenze bereits überschritten sah. Wie muß er erst in diesem Jahr leiden, bei einer geschönten Quote von 10,9 % und einer traurigen Rekordmarke von nur noch 9,7 % beim Haushaltsvollzug im Jahre 1997.

Das „Unternehmen Schleswig-Holstein“ hat mehr Geld für die Belastung der Zukunft ausgegeben als für die Schaffung von Zukunftswerten, getreu dem Motto: Wir brauchen keine modernen Gebäude und Anlagen, solange wir Betriebsfeste feiern.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Da wir alle nicht wollen, daß der Kollege Steinbrück vor lauter Gram in die neue Schmerzklinik auf dem Ostufer eingeliefert werden muß, sollte sich die Landesregierung schleunigst für die Erhöhung der Investitionen, der Investitionsquote einsetzen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Es ist für mich in diesem Zusammenhang völlig unverständlich, daß sich ausgerechnet Sozialdemokraten einer Erhöhung der

Verpflichtungsermächtigung für die **Wettbewerbshilfe der Werften** verschließen und damit den Bestand von mehreren hundert Arbeitsplätzen gerade in strukturschwachen Räumen wie Husum oder Flensburg gefährden.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Mit der Förderung ökologischer Misthaufen sichern Sie den Standort Schleswig-Holstein jedenfalls nicht.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben auch in diesem Jahr wieder einen Haushalt vorgelegt bekommen, der ökologisch, sozial, familienfreundlich, zukunftsorientiert, gerecht und wahrscheinlich auch noch wiederverwertbar und waschecht ist. - Womit er sich diese Attribute verdient, ist für mich nicht nachvollziehbar. Sie versagen in den zentralen Bereichen der Zukunftsgestaltung.

Ich nenne das Beispiel **Bildung**. Die Proteste der Studentinnen und Studenten vor dem Landeshaus sollten doch Rot-Grün gezeigt haben, daß es nicht reicht, die finanziellen Löcher mit ein bißchen Kosmetik aus dem Landeshaushalt zu verschmieren. 500.000 DM für das nächste Jahr, wenn sich die Lehrenden zur Erhöhung ihres Lehrdeputats bereit finden

(Ursula Kähler [SPD]: Die werden sich nicht überarbeiten!)

- also die Kopplung ist schon an sich sehr witzig; aber das ist sicherlich etwas Neues -, das hat schon etwas.

Wie Sie sich eine neue Universitätsstruktur vorstellen, können wir an der Neugestaltung der **Lehrerausbildung** sehen, die wohl eher den Namen „Studentenlandverschickung“ verdient hätte. Sie wissen doch genau, daß in Zukunft weniger Lehrer benötigt und damit auch weniger Lehrer ausgebildet werden. Schon aus diesem Grund werden sich Ihre Beteuerungen, mit dieser Aktion werde der Universitätsstandort dauerhaft gesichert, bald, sehr bald als eine kapitale Lüge herausstellen. Zudem scheint es bei der Übertragung der Stellen von Kiel nach Flensburg zu einem gewissen Wanderungsverlust gekommen zu sein; denn in Flensburg kommen interessanterweise weniger Stellen an, als in Kiel einmal bestanden haben.

Sozialdemokraten und Grüne gefährden mit ihrer Politik die Zukunftsfähigkeit und die Lebenschancen der jungen Generation. Wir haben in unseren Haushaltsanträgen mehr Lehrer durch **Verbeamtung** und die Sicherung einer geregelten Unterrichtsversorgung durch die Erhöhung der Mittel für den **Schulbaufonds** vorgeschlagen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Beamtenlobby! Wer zahlt die Pensionen?)

Bildung sichert Zukunft. Es ist für mich nicht nachvollziehbar, aus welchen Gründen Sie unseren Anträgen nicht zustimmen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem Einzug der Grünen in dieses Parlament hätte ich eigentlich erwartet, daß die **Umweltpolitik** mehr Profil erhält. Statt dessen haben wir Rainer Steenblock bekommen, ein „Wienerwald-Hähnchen in der Verpackung eines grünen Gummiadlers“.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] - Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Hauptsache gelenkig, so lautet seine Maxime. Den Unternehmern im Lande verspricht er, daß der Umweltschutz die **Wirtschaft** nicht behindern darf, und den Umweltverbänden erzählt er genau das Gegenteil. Seine Taten indes sprechen eine deutliche Sprache. Der Umweltminister des Landes Schleswig-Holstein ist das größte Investitionshemmnis im Lande.

Ob A 20 oder Elbvertiefung, „Tricky“ Rainer torpediert die Vorhaben durch die Hintertür. Ich finde es sehr beachtlich, wenn die Ministerpräsidentin dieses Landes nun öffentlich erklärt, es werde bei dem Bau der **A 20** keine Verzögerung und keine Verteuerung geben, alles werde so laufen wie bisher. Ich bin gespannt, wie der Umweltminister und stellvertretende Ministerpräsident dies sieht, ob das tatsächlich so der Fall ist. Dann hätte er sich seinen Auftritt auf dem kleinen Parteitag des Landeshauptausschusses der Grünen sparen können. Er findet - das muß ich sagen - à la bonne heure immer wieder ein Stückchen Heimaterde, das er ganz schnell zu einem Naturschutzgebiet machen kann, oder ein paar Zweifel an der Ordnungsgemäßheit des Planungsverfahrens.

Die Sozialdemokraten in diesem Hohen Haus, allen voran der Wirtschaftsminister, haben sich nach langem

Lavieren für den Bau der A 20 und die Elbvertiefung ausgesprochen. Ich erwarte, daß es zum Wohl des Landes an dieser Position keine Veränderung gibt und den Worten endlich Taten folgen und daß Sie, Herr Minister - wie im August letzten Jahres schon einmal avisiert -, endlich den Spaten in die Hand nehmen und die erste Furche umgraben.

Und ich erwarte vom Umweltminister, daß er in seinem ureigensten Beritt endlich Ordnung schafft.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Die Haushaltsberatungen haben wieder einmal gezeigt, daß die **Abgabenpolitik** der Landesregierung dringend korrigiert werden muß. Das Ministerium hat selbst bestätigt, daß es große Probleme mit der Akzeptanz einzelner Programme gebe. Der Grund liegt in der zweckgebundenen Verwendung der Abgaben, die zu einer geradezu paradoxen Entwicklung führt. Den Abgabepflichtigen wird das Geld aus der einen Hosentasche herausgezogen, um es in die andere zurückzustecken.

In anderen Bereichen - hier ist besonders der Abfallbereich zu nennen - kommt es schlicht zu Mitnahmeeffekten. Auch das kann nicht der Sinn der Erhebung von Abgaben sein.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Die Bürgerinnen und Bürger des Landes verstehen es immer weniger, Kollege Astrup, daß sie bei all ihren Bemühungen, ihren **Abfall** zu trennen und zu reduzieren, immer mehr **Gebühren** zahlen müssen.

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben in den letzten Wochen und Monaten immer wieder erklärt, dieser Haushalt sei ein Sparhaushalt, ein Reformhaushalt, ein sozialer Haushalt. Rot und Grün mögen vielleicht an Autosuggestion glauben, der real existierende Haushaltsentwurf für 1998 spricht eine andere Sprache.

Die Landesregierung versagt in den zentralen Feldern Bildung, innere Sicherheit, Verkehr und Wirtschaft, ja selbst in ihrem angeblichen Schwerpunktbereich Umwelt fällt ihr nichts anderes ein als Staatsdirigismus.

Die Antworten von vorgestern werden den Herausforderungen von morgen nicht gerecht. Das Land braucht einen Zukunftshaushalt. Da stimmen wir der CDU-Landtagsfraktion ausdrücklich zu.

(Holger Astrup [SPD]: Was? Wirklich?)

- Herr Kollege Astrup, ich muß es vielleicht einschränken: insoweit unterstützen wir auch den Entschließungsantrag der Union, von dem wir uns natürlich auch gewünscht hätten, wir hätten ihn nicht erst heute morgen auf den Tisch bekommen.

(Holger Astrup [SPD]: Der ist sowieso nichts!)

Das Land braucht einen Zukunftshaushalt. Dieser Haushalt, der jetzt verabschiedet werden soll, hat seine Zukunft bereits hinter sich.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist fast verlockend, wenn man hier als letzte Rednerin ans Pult tritt, das Manuskript einfach beiseite zu legen und auf alles das einzugehen, was bisher gesagt worden ist.

(Beifall der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Das werde ich natürlich nicht tun, auch wenn der Kollege Kubicki eine echte Provokation darstellt.

(Heiterkeit bei der SPD - Holger Astrup [SPD]: Nehmen Sie ihn nicht so wichtig!)

Aber eine Bemerkung werde ich nicht einfach so hinnehmen; denn ich denke mir, wir sind alle davon ausgegangen, daß es bei der **Strukturreform** und bei der **Funktionalreform** nicht in erster Linie um Einsparungen geht, sondern daß es um Qualitätsverbesserung, mehr Dienstleistungen und einfach auch um mehr Bürgernähe geht.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])



Ich denke, das müßte festgehalten werden, weil vorhin auch sehr viel über Strukturreform und Einsparungen gesagt wurde.

Nun zu dem, was ich bei dieser Gelegenheit ausführen möchte! Nicht umsonst ist das Wort „Reformstau“ zum Unwort des Jahres gewählt worden. Von außen betrachtet ist unsere Gesellschaft von Mutlosigkeit geprägt. Dabei ist diese Entwicklung natürlich nicht nur ein deutsches Phänomen. Viele westliche Industriestaaten stehen angesichts der Umwälzungen in der Weltwirtschaft vor ähnlichen Herausforderungen wie wir. Der Umbau des Sozialstaates und der Übergang zur Informationsgesellschaft beispielsweise sind keine spezifisch deutschen Themen. Die Probleme - aber auch die Chancen -, vor denen wir stehen, sind eindrucksvoll von Bundespräsident Herzog in seiner Berliner Rede angesprochen worden.

Auch wir vermissen bei den Verantwortlichen und auch bei vielen Bürgerinnen und Bürgern den Willen zu Veränderungen und den Optimismus, wieder an sich selbst zu glauben. Fest steht: Die gesellschaftlichen Probleme sind von Menschen geschaffen; sie sind nicht vom Himmel gefallen, und sie können nur durch menschliches Handeln bewältigt werden. Aber den Menschen fehlt der Glaube, daß wir es mit einer gemeinsamen Anstrengung schaffen können. Dabei fühlen sie zu Recht, daß unser Gemeinwesen schon seit langem nicht mehr imstande ist, die notwendige Solidarität mit den Schwachen in der Gesellschaft aufzubringen.

In der Einladung zu einem Kongreß zur Zukunft kommunaler Beschäftigungspolitik, der im Februar im Landeshaus stattfinden soll, heißt es:

„Sozialpolitisches Problemthema Nr. 1 ist deshalb auch in Schleswig-Holstein die Arbeitslosigkeit. Es genügt nicht, dieses Problem zu verwalten oder ihm mit den althergebrachten Instrumenten zu begegnen. Die Dimension der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen zwingt dazu, neue und weiterführende Überlegungen anzustellen.“

Das wichtigste Symptom der Fehlentwicklung in unserer Gesellschaft ist demnach die **Arbeitslosigkeit**. Ich glaube nicht, daß die Arbeitslosen gegen die Unbeweglichkeit der Politik bei uns demonstrierend durch die Straßen marschieren werden. Sie haben leider zu große Schwierigkeiten, sich zu organisieren. Ein aktueller Blick über die Grenzen zu unserem europäischen Nachbarland Frankreich zeigt aber, was

auf uns zukommen könnte, wenn wir nicht endlich einen gemeinsamen Weg zum Abbau der Arbeitslosigkeit finden.

Man mag mit der Radikalität der Protestbewegung in Frankreich nicht einverstanden sein, aber diese Menschen fordern zu Recht ihren Anspruch auf Teilhabe an der Gesellschaft ein. Sie wollen nicht länger nur mit Almosen des Staates abgespeist werden.

Wir können von Glück sagen, daß die Menschen hierzulande nicht solche Hitzköpfe wie die Franzosen sind. Vielleicht hängt das auch damit zusammen, daß man in Frankreich mit Revolutionen anders umgeht, könnte ich am Rande hinzufügen, wenn ich daran denke, daß wir in diesem Jahr nach 150 Jahren des Jahres 1848 gedenken werden.

Aber wie lange noch finden sich die Ausgegrenzten dieser Gesellschaft phlegmatisch mit ihrem Schicksal ab? Wie lange noch ertragen sie die Perspektivlosigkeit, die ihnen von der Bundesregierung zugemutet wird?

„Ist Arbeitslosigkeit nur Schicksal?“ wurde neulich in einem Kommentar einer lokalen Tageszeitung gefragt. Nach traditioneller liberaler Wirtschaftstheorie müßten die Arbeitslosenzahlen schon seit langem fallen. Der deutsche Export boomt wie nie zuvor. Die Tarifabschlüsse der letzten Jahre waren sehr zurückhaltend. Die Lohnstückkosten in der Bundesrepublik sind gefallen. Die Unternehmen sind sehr liquide und fahren hohe Gewinne ein. Trotzdem steigt die Arbeitslosigkeit weiter an.

Die objektiven Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung sind also vorhanden. Da diese Beschäftigungszunahme aber nicht eintritt, empfehlen uns die Wirtschaftsexperten noch mehr von derselben Medizin, die bisher nicht gewirkt hat: noch eine Überdosis Liberalismus -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.: Was?])

ASH läßt grüßen -, bis der Patient irgendwann zu Tode behandelt worden ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann guck doch mal, was Tony Blair macht!)

Eine Politik, die ernst genommen werden will, kann es sich nicht leisten, auf diese unwirksame Medizin zurückzugreifen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern eine Politik, die gemeinsam mit der Wirtschaft, den Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen aktiv eingreift und nicht auf den Markt wartet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darauf kann man nämlich warten, bis man schwarz wird. Konkrete Beschäftigungspolitik ist gefragt denn je.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann guck doch mal, was Tony Blair in Großbritannien macht!)

Mit den alten Rezepten aus dem Medizinschrank von Kohl und Blüm kommen wir ganz einfach nicht weiter.

(Frauke Walhorn [SPD]: Das ist wohl wahr!)

Die Hilflosigkeit der Bonner Regierung nimmt immer neue Formen an. Letztes Beispiel ist der Vorstoß von Arbeitsminister Blüm, der jetzt **Langzeitarbeitslose** bei der Ernte einsetzen will. Ich habe eine ähnliche Initiative der F.D.P. hier im Landtag bereits kritisiert.

Wer uns ernsthaft weismachen will, daß eine Beschäftigung als **Erntehelfer in der Landwirtschaft** - einmal im Jahr für zwei Monate - eine vernünftige und zukunftsfähige Perspektive für Menschen ist, die teilweise schon seit Jahren von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, dem ist wirklich nicht mehr zu helfen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist wichtig festzustellen, daß diese Art von Arbeit keinerlei Perspektiven für die Langzeitarbeitslosen darstellt, um auf dem ersten Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Zu unterstellen, daß durch den verstärkten Einsatz von Langzeitarbeitslosen für die saisonale Erntearbeit in der Landwirtschaft ein Beitrag zur Senkung der Massenarbeitslosigkeit geleistet werden kann, ist eine Beleidigung der Arbeitslosen.

(Ursula Kähler [SPD]: Das ist typisch CDU und F.D.P.!)

Wo bleibt die Arbeitsmarktpolitik, die den Ansprüchen einer modernen Industrie- und

Dienstleistungsgesellschaft gerecht wird? Es gibt wirksame Methoden, mit denen die Arbeitslosigkeit mit Erfolg bekämpft werden kann.

(Martin Kayenburg [CDU]: Warum setzen Sie die denn nicht ein?)

Andere Länder und andere Gesellschaften machen es uns vor. Natürlich ist dies hauptsächlich eine Bundesangelegenheit, aber wir werden auf Landesebene - das kann ich für den SSW sagen - alle Initiativen unterstützen, die einen Schritt in diese Richtung tun. Die Landesregierung hat jedenfalls mit ihren ASH-Programmen einen Versuch gemacht. Auch dies werden wir weiterhin unterstützen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erfolgreiche Konzepte insbesondere für Langzeitarbeitslose sollten nachgeahmt werden. So bin ich dafür, daß beispielsweise das niederländische **Maatwerk-Konzept** - also die Methode - auch bei uns umgesetzt wird. Der SSW ist dagegen, daß Sozialhilfeempfänger zu gemeinnütziger Arbeit gezwungen werden sollen. Unser gemeinsames Ziel muß es doch sein, Empfängern von Sozialhilfe zu versicherungspflichtiger Beschäftigung zu verhelfen. Gemeinnützige Arbeit und Beschäftigungsgesellschaften können lediglich Schritte auf dem Weg zu diesem Ziel sein.

Wir wollen nicht, daß jetzt überall **private Beschäftigungsgesellschaften** entstehen. Fest steht aber, daß private Institutionen im Gegensatz zu den Arbeitsämtern in den letzten Jahren bei der Vermittlung von Arbeit viel Erfolg gehabt haben. Einen solchen Erfolg könnten die Arbeitsämter aber auch selbst erzielen. Das hat zum Beispiel die Stadt Hamburg bewiesen. Dort sind dadurch bereits im ersten Jahr 5 Millionen DM an Sozialhilfekosten eingespart worden. Das ist ein kreativer Ansatz, den die Arbeitsverwaltung in Schleswig-Holstein nachahmen sollte.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zu einer Arbeitsmarktpolitik gehört auch die verstärkte **soziale Verantwortung der Wirtschaft**. Ich weiß, daß ich dies in diesem Hause schon ein paarmal angesprochen habe. Wir erleben in den letzten Jahren aber genau das Gegenteil. Führende Vertreter der deutschen Wirtschaft reden das Land in Grund und Boden. Diese Herren mögen etwas davon verstehen, die „Shareholder-Values“ ihrer Unternehmen zu

maximieren, von Politik verstehen sie aber erschreckend wenig. Die Wirtschaft ist trotz allem nur ein Sektor von mehreren in dieser Gesellschaft - wenn auch ein zentraler Sektor. Ist es denn so schwer zu begreifen - so könnte man fragen -, daß die Interessen dieser Gesellschaft nicht automatisch mit betriebswirtschaftlichen Kalkulationen deckungsgleich sind, daß die soziale Ordnung in Deutschland ein nicht zu überschätzendes Gut für alle gesellschaftlichen Kräfte darstellt, auch für die Wirtschaft? Herr Henkel, Herr Hundt und viele ihrer Brüder und Schwestern im Geiste wollen uns heute weismachen, daß ihre Politik Fortschritt ist, die einzige Alternative zu Stillstand und Ruin. Das ist falsch. Ein wirklicher Fortschritt ist nur eine Politik, die unsere Gesellschaft weiterentwickelt, nicht eine Politik, die einseitige Interessen bedient und dadurch soziale Ungleichheiten wieder vertieft.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Dazu können **Unternehmen** ebenfalls beitragen. Seit den frühen Zeiten der Industrialisierung haben Unternehmen - wie zum Beispiel Carl Zeiss in Jena - auch soziale Verantwortung für ihre Arbeitnehmer übernommen. Unternehmen, die sich auf Kinderbetreuung, Freizeitaktivitäten, Behindertenintegration, flexible und familienfreundliche Arbeitszeitregelungen oder die Integration von Langzeitarbeitslosen einlassen, tun das nicht, weil sie ein soziales Gewissen zu beruhigen haben; sie tun es, weil zufriedene, ausgeglichene und motivierte Arbeitnehmer ein wichtiger Produktionsfaktor sind. Und sie tun es aus der Einsicht, daß sie ein Teil einer komplexen Gesellschaft sind.

Solche Strategien wurden auf dem **Weltsozialgipfel** 1995 in Kopenhagen als Modelle der Zukunft diskutiert. Auf einer Folgekonferenz der dänischen Sozialministerin im vergangenen Herbst haben die Chefs großer Konzerne - wie zum Beispiel Novo Nordisk, Levi's Europe, Accor, Microsoft und so weiter - bestätigt, daß sie zusätzlich zu ihrem primären Ziel der Profitmehrung soziale Verantwortung für die Gesellschaft als ihr zweites Ziel begreifen. Professor Peter Pruzan von der Handelshochschule Kopenhagen prophezeite in diesem Zusammenhang, daß die erfolgreichsten Unternehmen in fünf bis zehn Jahren soziale und ethische Verantwortung in ihre Selbstverständnis integriert haben werden.

In der Agitation der führenden deutschen Wirtschaftsfunktionäre aber muß man derartige Strategien mit der Lupe suchen. Sie folgen nur der

Logik des Marktes und setzen bei allen anderen gesellschaftlichen Bereichen das Fernrohr vor das blinde Auge. Zukunftsweisend und fortschrittlich möchte ich das nicht nennen.

Für die zweite Lesung des Haushaltsgesetzes bleibt festzustellen, daß der Landeshaushalt entscheidend durch die wirtschaftliche Fehlentwicklung und die damit verbundene fatale **Finanzlage der öffentlichen Kassen** gekennzeichnet ist. Anfang dieser Woche hat die Vorsitzende des Städtebundes in Deutschland, die Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main, nochmals auf die katastrophale Haushaltslage vieler Städte und Gemeinden hingewiesen. Trotz großer Sparsbemühungen sind deren Schulden weiter angestiegen. Das gleiche gilt für nahezu alle Bundesländer und den Bund.

Für den SSW ist es deshalb weiterhin ein vordringliches Ziel, die **Einnahmen der öffentlichen Haushalte** auf eine sichere Grundlage zu stellen. Auch dies ist nur durch eine grundlegend andere Politik in Bonn zu erreichen. Wenn ein Regierungswechsel in Bonn eine Richtungsänderung in wichtigen Politikfeldern wie Finanzen, Wirtschaft und Arbeit bedeutet, dann findet er auch unsere Zustimmung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und wenn nicht?)

Wir erhoffen uns dadurch langfristig bessere finanzpolitische Rahmenbedingungen für Land und Kommunen in Schleswig-Holstein.

Der **Haushalt 1998** verspricht für Schleswig-Holstein vorerst keine Besserung.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Im gültigen Haushaltsentwurf geht der **Sozialabbau** weiter - trotz guten Willens der Landesregierung. Viele Organisationen und Institutionen, die soziale und freiwillige Arbeit leisten, werden weiter beschnitten. Auch spielt das Finanzierungsinstrument der **Projektförderung** unserer Meinung nach weiterhin eine zu große Rolle im Vergleich zu der **institutionellen Förderung**, die ja den Organisationen die Planungssicherheit gewährt. Trotzdem steigen die Schulden des Landes weiter an.

Der finanzpolitische Spielraum, um beispielsweise die **Investitionsquote** zu erhöhen, um die **Zuschüsse für die Bildungspolitik** zu erhöhen oder um wirklich

wirkungsvolle **Arbeitsmarktprogramme** zu erstellen, ist einfach nicht mehr vorhanden. Das zeigen auch die Änderungsvorschläge der Regierungsfractionen zum Haushalt, die insgesamt sehr bescheiden ausgefallen sind und nur wenige Millionen bewegt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wir sind gezwungen, in der Finanzpolitik neue Wege zu gehen, um kurzfristig überhaupt einen bescheidenen Spielraum für eigene politische Akzente zu behalten. Der SSW wird deshalb dem geplanten **Verkauf der Landesliegenschaften** an die Investitionsbank trotz großer Bauchschmerzen zustimmen. Ich habe das schon im Finanzausschuß dargelegt. Wir sehen keine realistische Alternative zu diesem Modell. Auf die Einzelheiten des Investitionsbankgesetzes werde ich später noch zurückkommen.

Für den SSW war es immer ein wichtiger Bestandteil der parlamentarischen Demokratie, daß die demokratischen Parteien dort zusammenfinden, wo Gemeinsamkeiten bestehen, und wir werden uns weiter dafür einsetzen, daß vernünftige Lösungsvorschläge - egal, von welcher Partei sie eingebracht werden - im Landtag auch entsprechend behandelt werden. Das schulden wir den Wählerinnen und Wählern ganz einfach. Das gilt insbesondere auch für Änderungsanträge zum Haushalt.

Leider hat die CDU es diesmal versäumt, eigene Vorschläge in die Haushaltsberatungen einzubringen. Das bedauern wir. Die Pressemitteilung vom 18. November mit den **Eckpunkten der CDU** zum Haushalt kann nicht als Grundlage einer Prüfung ihrer Haushaltsalternativen dienen.

Zu dem **Entschließungsantrag** nur soviel: Den habe ich wie alle anderen heute erst als Tischvorlage bekommen. Vor lag die Pressemitteilung vom 18. November, aber die Vorschläge in der Pressemitteilung sind viel zu oberflächlich. Beispielsweise schlägt die CDU eine Senkung der Sozialhilfekosten um 2 % vor, sagt aber nicht, wie das ohne ein Bundesgesetz realisiert werden kann.

(Günter Neugebauer [SPD]: Die haben einfach Würfel in die Luft geworfen!)

Die CDU hat der Regierung ein Gesprächsangebot gemacht, wobei sie im selben Satz den Haushalt als „Pleitehaushalt“ bezeichnet. Da klaffen Ausdruck und Inhalt genauso weit auseinander, wie es bei der Wahl

des Unwortes des Jahres als ein Kriterium angeführt wird.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich meine, wenn man ein Gesprächsangebot macht, dann sollte man das auch in den Mittelpunkt stellen und nicht gleich eine negative Wertung nachschieben. Das kann also aus unserer Sicht nicht ernst gemeint sein.

Bezeichnenderweise lag der angekündigte Entschließungsantrag - ich sagte es bereits - bei der abschließenden Beratung im Finanzausschuß noch nicht vor. Wer so vorgeht, bringt gemeinsame Lösungen bei wichtigen Fragen nicht zustande, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD], Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die F.D.P. hat ihre Alternative zum Haushalt mit vielen Änderungsvorschlägen verdeutlicht. Auch wenn bei weitem nicht alle Vorschläge unsere Unterstützung finden - bei weitem nicht! -, so können wir uns einigen doch anschließen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Beim Hundefutter habt ihr zugestimmt!)

Insbesondere werden wir den Änderungsantrag der F.D.P. zur **Werftenhilfe** mittragen. Das habe ich ebenfalls schon gesagt.

Auch die Schaffung von mehr **Ausbildungsplätzen** bei den Landesbehörden findet unsere Zustimmung. Darauf werde ich auch noch zurückkommen.

Die Verhältnisse im deutsch-dänischen Grenzland sind kein abstrakter Modellfall, sondern gelebte Geschichte. Wer das vergessen hatte, wurde natürlich von der Demonstration wegen der geplanten Kürzung der **Zuschüsse für die dänischen Schulen** vor dem Landeshaus überrascht. Der SSW betrachtet diese Entwicklung nicht als eine Art neuen Grenzkampf; sie ist viel eher Ausdruck eines neuen Selbstbewußtseins. Wir sehen uns als Minderheit als Teil dieser Gesellschaft an und fordern unsere demokratischen Rechte ein.

In diesem Sinne ist die **Minderheitenpolitik** in diesem Land ein voller Erfolg, und damit sind wir vielleicht doch ein Modellfall. Ich finde, man muß das so sehen.

(Beifall der Abgeordneten Peter Gerckens [SSW], Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Konsequenz der Schulgesetzänderung ist die einseitige Benachteiligung der Privatschulen. Bisher war die Bezuschussung dieser Schulen mit den Kosten der öffentlichen Schulen unmittelbar verknüpft. Diese Verknüpfung soll jetzt dadurch aufgehoben werden, daß bestimmte an den öffentlichen Schulen anfallende Kosten nicht mehr berücksichtigt werden. Es handelt sich also um ein Spargesetz. Für eine solche Abkoppelung der bisherigen Verknüpfung ist das **Haushaltsbegleitgesetz** der falsche Platz. Derartig einschneidende Veränderungen verdienen es, auch als Schulgesetzänderung behandelt zu werden und nicht so nebenbei im Haushaltsbegleitgesetz aufzutauchen.

Der SSW hat einen Änderungsantrag vorgelegt. Wir wollten, daß die Schulgesetzänderung im Haushaltsbegleitgesetz gestrichen und statt dessen bei der anstehenden großen Schulgesetzänderung in diesem Frühjahr mitbehandelt wird. Das hätte den Vorteil, daß man sich inhaltlich mit der Frage auseinandersetzen könnte, ob langfristig eine Abkoppelung der **Privatschulen** von den **Kosten der öffentlichen Schulen** sinnvoll ist. Man hätte sich bei dieser Gelegenheit intensiv mit anderen Zuschußmodellen auseinandersetzen können.

Unser Vorschlag ist am vergangenen Donnerstag bei der Abstimmung über die Fraktionsanträge im Finanzausschuß abgelehnt worden. Unser Anliegen wurde lediglich von der F.D.P.-Fraktion unterstützt.

Das war für uns vor allem vor dem Hintergrund der zurückgestellten Schulgesetzänderung, die wir hier ja mehrfach debattiert haben, enttäuschend. Immerhin hatten wir uns im Parlament darauf verständigt, daß vorgesehene Änderungen des Schulgesetzes bis zur großen Schulgesetzänderung in diesem Frühjahr zurückgestellt werden.

Wir hatten uns ebenfalls erhofft, daß sich die Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus gegen diese Ungleichbehandlung der Schulen in freier Trägerschaft mit uns solidarisieren würden. Das ist leider nicht geschehen. Statt dessen wurde anläßlich der Demonstration mehrfach gesagt, daß die freien Schulen in diesen Sparzeiten solidarisch mitsparen müßten.

(Holger Astrup [SPD]: Logisch!)

Derartige Bemerkungen von Bildungspolitikern, die es besser wissen, tun weh.

Angesichts der engen Verknüpfung mit den Kosten im öffentlichen Schulwesen ist klar, daß die Privatschulen in der Vergangenheit immer automatisch und solidarisch mitgespart haben, wenn im öffentlichen Schulwesen gespart wurde. Es kommt also niemand darum herum zuzugeben, daß die im Haushaltsbegleitgesetz vorgesehene Schulgesetzänderung eine einseitige Sparmaßnahme zu Lasten der Schulen in freier Trägerschaft darstellt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wer es trotzdem versucht, handelt wider besseres Wissen, und das hätte Grund genug sein können, diese Schulgesetzänderung abzulehnen.

Die von den Koalitionsfraktionen vorgeschlagenen Änderungen sind kein Grund zum Jubeln. Schwerpunkt der Änderungsanträge ist die Planungssicherheit, die den Schulen in freier Trägerschaft durch die **Festschreibung der Schülerkostensätze** aus 1998 auf drei Jahre gewährt werden soll. Vertreter sowohl des Dänischen Schulvereins als auch der Waldorfschulen haben bei der Anhörung im Bildungsausschuß und auch in ihren Stellungnahmen die Befürchtung geäußert, daß sich die Zuschüsse in den nächsten Jahren - ungeachtet der Schulgesetzänderung - jedes Jahr um etwa 1 Million DM verringern könnten. Durch eine Festschreibung der Schülerkostensätze kann deshalb das Schlimmste abgewendet werden. Der Dänische Schulverein hat uns in einem Gespräch mitgeteilt, daß er diesen Ansatz zur **Planungssicherheit** auch begrüßt.

Sollten sich die Schülerkostensätze schulartspezifisch unterschiedlich entwickeln, sollten sie beispielsweise bei einigen Schularten steigen, dann vertrauen wir darauf, daß die Koalitionsfraktionen gegebenenfalls zu Eingeständnissen bereit sein werden.

Insgesamt reichen die vorgeschlagenen Änderungen aus unserer Sicht aber nicht aus. Damit meine ich nicht zuletzt auch das Grundsätzliche, das Verfahren. Deshalb werden wir - wie schon angekündigt - dem Bildungshaushalt nicht zustimmen können.

Ich möchte an dieser Stelle bereits jetzt die Landesregierung dazu auffordern, nicht noch einmal mit derartig bösen Überraschungen aufzuwarten.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Immerhin ist es nicht das erste Mal, daß wir eine einschneidende Veränderung des Schulgesetzes auf dem Weg über das Haushaltsbegleitgesetz erleben müssen. Auch im letzten Jahr wurde das Haushaltsbegleitgesetz genutzt, um den Privatschulen Nachteile zu bescheren. Ich muß das einfach so hart formulieren. Dabei ging es darum, wie der Schülerkostensatz berechnet wird.

Sie erinnern sich, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die **Waldorfschulen** hatten Ungereimtheiten bei der Berechnung der Schülerkostensätze entdeckt. Es ist klar geworden, daß das Land bei seiner Berechnung der Kosten des einzelnen Schülers in der öffentlichen Schule gar nicht die Anzahl der Schüler zugrunde legt, die das Jahr über die Schulen tatsächlich besuchen; vielmehr wird nur einmal im Jahr, nämlich im September, nachgeschaut, wie viele Schüler zu diesem Zeitpunkt die öffentlichen Schulen besuchen. Diese Zahl wird dann als Jahresdurchschnitt verwendet. Das ist natürlich ungerecht. Damit wird den unterschiedlichen Schülerzahlen vor und nach den Sommerferien nicht Rechnung getragen. Dagegen hatten die Waldorfschulen geklagt und auch gewonnen. Das hat ihnen aber nichts genützt; denn vorher wurde das Haushaltsbegleitgesetz 1997 verabschiedet. Die Erhebung im September wurde damit im Schulgesetz verankert.

Ich möchte deshalb der Regierung gegenüber die Hoffnung aussprechen, daß es nicht auch im nächsten Jahr wieder zu einer Schulgesetzänderung auf dem Weg über das Haushaltsbegleitgesetz kommen wird. Wir erkennen an, daß die Regierungsfractionen den übrigen **Organisationen der Minderheit und der friesischen Volksgruppe** trotz leerer Kassen entgegengekommen sind.

So werden die Zuschüsse für den Dänischen Landwirtschaftlichen Verein und für die Heimvolkshochschule Jarplund erhöht, während die Zuschüsse für den Dänischen Kulturverein SSF und für das Nordfriisk Institut auf dem Niveau der letzten Jahre bleiben.

Daher wird der SSW in guter Übereinstimmung mit der parlamentarischen Tradition in den nordischen Ländern dem Haushalt zustimmen. Denn das Land muß ja einen Haushalt haben; das schreibt die Verfassung sogar vor. Wir werden also letztlich dem Gesamthaushalt zustimmen und ihn mittragen.

(Beifall bei SSW und SPD)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Meine Damen und Herren, es ist verabredet worden, daß wir jetzt in die Mittagspause eintreten. Um 15:00 Uhr wird die Ministerpräsidentin als erste sprechen.

Ich wünsche guten Appetit und unterbreche die Sitzung bis 15:00 Uhr.

(Unterbrechung: 13:02 bis 15:01 Uhr)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung.

Zunächst begrüße ich auf der Tribüne die Besuchergruppen des Fördergymnasiums Flensburg, des CDU-Ortsverbandes Windeby und des CDU-Ortsverbandes Owschlag.

(Beifall)

Ich erteile das Wort der Frau Ministerpräsidentin Heide Simonis.

**Heide Simonis, Ministerpräsidentin:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Rede des Herrn Abgeordneten Kubicki heute morgen war ein schöner Beweis dafür, daß auch eine neue Brille nicht zu neuem Durchblick verhilft

(Beifall)

und manches, was er gesagt hat - ich gehe später darauf ein -, auch nicht dadurch besser und richtiger wird, daß es mehrfach wiederholt wird.

Die Handlungsbereitschaft einer Opposition zeigt sich für mich daran, welche konkreten Anträge sie stellt und ob bestenfalls die Presse am nächsten Tag schreibt, die Regierung war dumm, diese Anträge nicht anzunehmen, oder ob dümmstenfalls für die Opposition klar ist, daß es reine Show-Anträge waren.

Beim Entschließungsantrag merkt man die Absicht. Es geht schlicht darum, ein Nein zu provozieren, wenn man alles zusammenpackt, von dem man weiß, daß die anderen dazu nein sagen müssen, um hinterher sagen zu können, die reden ja nicht einmal mehr mit uns.

Ich nehme mir einmal einen Teil heraus, bei dem keiner von uns erwarten kann, daß wir schnell und ohne Diskussion zustimmen. In dem Entschließungsantrag

steht etwas, was auf den ersten Blick sogar ganz vernünftig erscheint, nämlich Mittel und Zuschüsse an die Kommunen zu geben, damit sie Schulen und Sportstätten modernisieren können. Ich frage mich natürlich, warum sie nicht das Geld der Kreditanstalt für Wiederaufbau nehmen, wo Bundesgelder enthalten sind, um so der mittelständischen Bauwirtschaft zu helfen.

Jetzt fangen wir einmal an zu überlegen, ob das wirklich so klug ist. Das ist nämlich eines unserer Probleme hier in diesem Land, daß wir einen zu hohen Besatz an **Bauwirtschaft** haben und daß es uns zu langsam gelingt, in andere Bereiche hinein umzustrukturieren, die langfristig und dauerhaft am Markt bleiben können. Jedes Jahr, wenn Arbeitslosigkeit losgeht, sagen wir in Schleswig-Holstein, wir sind deswegen so geplagt, weil wir im Bereich der Bauwirtschaft einen Überbesatz haben, der so schnell in die Arbeitslosigkeit geht. Also müßte man wirklich überlegen, ob einem solchen Antrag, den Sie dort eingefügt haben, von vornherein mit einem freudigen „Ja, das ist ein guter Gedanke!“, zugestimmt werden darf.

Frau Fraktionsvorsitzende Erdsiek-Rave hat Sie, Herr Kayenburg, heute morgen bereits gefragt, wo Ihr mutiger Ansatz bleibt, Unternehmern Subventionen dann nicht mehr zugestehen zu wollen, wenn sie Gewinne machen und über Jahre mit ihren Aufträgen - das ist ein teilweises Zitat von Ihnen - ausgelastet sind. Das ist eine gute Frage. Man könnte sich zusammensetzen und sich darüber unterhalten. Aber wenn es dann ganz konkret um Kürzungsvorschläge geht, wenn es sich wie bei der Wettbewerbshilfe - darum handelt es sich - ganz konkret abzeichnet, daß nicht mehr Subventionen gezahlt werden sollen und können - das ist ja der entscheidende Punkt -, dann fallen Sie doch alle gar zu gern in die Rolle des kleinen Häwelmanns, der ruft: „Mehr, mehr, mehr!“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Stimmt doch gar nicht! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, in Zukunft! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Daß Sie das nicht verstehen, leuchtet mir ein, aber daß das die Ministerpräsidentin nicht versteht!)

- Doch, doch, Sie haben gerufen: „Mehr, mehr, mehr!“

Daß wir uns nicht aus der Wettbewerbsfinanzierung herausziehen wollen, kann man aus den Ansätzen im Haushalt sehen. 22 Millionen DM sind kein

Pappenstiel. 350 Millionen DM für Bürgschaften sind auch kein Pappenstiel. Ich persönlich würde es sehr begrüßen, wenn wir uns vielleicht gemeinsam dazu durchringen könnten, in Bonn darauf hinzuweisen, daß die Bonner eine Verantwortung für die **Werften** haben und daß die Änderung der Zuschußquoten von einem Drittel zu zwei Dritteln zugunsten des Landes hin zu einem Verhältnis von einem Drittel zu zwei Dritteln zugunsten des Bundes nicht ganz fair ist.

Sie haben außerdem vergessen, daß wir den Vorschlag aufgreifen, sorgfältig zu beobachten, was mit unseren Werften passiert, wenn sie nicht - wie in anderen Ländern - den vollen Beitrag erhalten, sondern zum Teil erst einmal selber auf dem Markt Wettbewerbsfähigkeit zeigen müssen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das machen sie sowieso!)

- Das ist ja auch schön. Das ist ja auch gut, aber dann ist es ja vielleicht nicht ganz gescheit, von Anfang an mehr Geld rüberzugeben, Herr Kubicki, um Sie an Ihre eigene Argumentationskette zu erinnern.

Wo soll denn eigentlich der Einstellungsstopp stattfinden, Herr Kayenburg, den Sie so beharrlich fordern, wenn Sie gleichzeitig 170 zusätzliche Lehrerstellen fordern? Ich habe noch nicht mitgekriegt, ob dies additiv zu den 200 Lehrern, die wir in den letzten Jahren eingestellt haben, und zu den 210 zusätzlichen Polizeianwärtern sowie zu den drei zusätzlichen Richterstellen geschehen soll. Es bleibt ja nahezu nichts mehr übrig, wo man noch sagen könnte, die Einstellung wollen wir auf jeden Fall verhindern oder stoppen, wenn man all die Bereiche herausnimmt, die Sie in Ihrem Antrag bereits als sakrosankt bezeichnet haben.

Es ist als Opposition vielleicht ein bißchen einfacher, gleichzeitig Haushaltskonsolidierung und zusätzliche Stellen und mehr Wettbewerbshilfe und mehr von diesem und von jenem zu fordern. Aber manchmal muß man auch Antwort darauf geben, was machbar und was finanzierbar ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben diesen Vorschlag gemacht!)

Darüber könnte man sich dann vielleicht gemeinsam vernünftig unterhalten.

Ich möchte gern einen Teil dessen, was Sie heute morgen gesagt haben, aufgreifen. Als ich Ihnen zuhörte,

hatte ich das Gefühl, im erträglichen heiligen Zorn haben sie die Mißstände in diesem Land gezeißelt. Ich glaube nicht, daß das, was Sie heute morgen über die wirtschaftliche Entwicklung und die Arbeitsplätze gesagt haben, der Wirklichkeit in unserem Lande entspricht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich darf Ihnen einmal - auch weil dahinter die Leistung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer steckt - die Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Schleswig-Holstein zur Kenntnis geben: Mitte 1988 waren 742.000 Menschen in sozialversicherungspflichtigen

Beschäftigungsverhältnissen angestellt, Mitte 1996 waren es 813.000 Menschen. Das heißt, wir haben in den knapp acht Jahren etwa 71.000 mehr Stellen in diesem Land geschaffen. Das ist die Leistung derjenigen, die - -

(Martin Kayenburg [CDU]: Wer hat die geschaffen?)

- Das habe ich ja gerade sagen wollen. Wenn Sie nur einmal die Geduld hätten zuzuhören, mein Gott, ich würde hier vorn in die Knie brechen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist die Leistung der Unternehmer, die investiert und damit **Arbeitsplätze** zur Verfügung gestellt haben. Das ist die Leistung der Arbeitnehmer, die auf bestimmte Sachen verzichtet haben, auf Lohnzuwächse, die Überstunden gemacht haben, damit diese Leistung erbracht werden kann. Wenn Sie sich angucken, in welchen neuen Branchen wir in der Zwischenzeit diese Arbeitsplätze anbieten, dann sind es im Softwarebereich 7.000 Beschäftigte, im Umweltschutzbereich 13.000 Mitarbeiter. Und wenn Sie sich die einzelnen Bereiche wie Innovation und Kommunikation ansehen, dann könnte ich Ihnen - ich will die Zeit damit nur nicht verschwenden - von Motorola, von Talkline, von Micrologica, von MobilCom, von Orga und von Elac vorzählen. Hunderte von Mitarbeitern sind in diesen Firmen eingestellt worden. Es stimmt nicht, was Sie heute morgen gesagt haben. Das Bild, das Sie vom Land gezeichnet haben, stimmt absolut nicht.

Ich möchte noch eine letzte Zahl nennen: 1997 gab es 147 neue Betriebsgründungen, davon waren allein 50 % Existenzgründungen mit 2.341 neuen Stellen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo kommt die Zahl der Arbeitslosen her?)

- Ja, wo kommt die Zahl der Arbeitslosen her? In dem Strukturwandel, den wir haben, gehen einige Unternehmen kaputt, und einige sind nicht schnell genug, das aufzufangen. Deswegen ist es ja falsch, wie ich am Anfang gesagt habe, in die alten Betriebe, deren Strukturen für den zukünftigen Markt nicht wettbewerbsfähig genug sind, zu investieren und nicht zu überlegen, wie ich diesen Wandel sozial abfedere und wie ich an anderer Stelle die Impulse erhalte, daß dort neue Arbeitsplätze geschaffen werden können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und dies angesichts einer schwierigen Haushaltslage und Massenarbeitslosigkeit. Ganz en passant wird vom Wirtschaftsminister abends irgendwo im „Bericht aus Bonn“ verkündet - formvoll wie immer, das ist der Herr Rexrodt, das will ich nicht bestreiten -, daß nun leider Gottes die Zahl der Arbeitslosen in diesem Jahr auf 5 Millionen steigen wird. Mal eben so nebenbei. Keine Regierungserklärung dazu. Nichts im Parlament, was man dagegen machen will. Über Kamera wird dem erstaunten Volk in die Sonntagsabendstuben gesagt, was denn alles Neues auf uns zukommt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Was haben Sie dagegen gemacht?)

- Also, gegen Herrn Rexrodt ist mir noch nichts eingefallen. Das muß ich wirklich sagen, gegen diesen Mann fällt mir wirklich nichts mehr ein. Das einzige, was mir einfallen würde, könnte ich nur verwirklichen, wenn ich Mitglied in der F.D.P. wäre, nämlich seinen Rücktritt betreiben. Das hat keinen Zweck, denn ich gehe nicht in die F.D.P.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bewahre, es reicht schon, wenn Sie die SPD kaputtmachen!)

Auf der anderen Seite haben wir ein **Steuersystem**, das nicht nur nach meiner Meinung, sondern auch nach der Meinung meines Kollegen Teufel vollkommen aus dem Lot gekommen ist. Über Maßnahmen zur Durchführung notwendiger Korrekturen wären wir vermutlich unterschiedlicher Auffassung. Herr Teufel guckt aber in seinen Haushalt, sieht seine Schulden, die er in diesem Jahr noch einmal um eine Milliarde DM aufstocken mußte, und erschreckt sich. - Das kennen wir alles schon, wir tragen es mit großer Geduld und Würde. Er



hat sofort nach einer Sondersitzung der Ministerpräsidenten gerufen.

Wir haben also die Aufgabe zu lösen: Wie kriegen wir unsere Gesellschaft - indem sie den Zusammenhalt bewahrt - dazu, mutig, mit Zuversicht und auch ein bißchen risikofreudig eine Zukunft zu gestalten, von der wir alle zusammen heute noch nicht wissen, wie sie aussehen wird. Wir müssen nämlich zugeben, selbst wenn die Einnahmen wieder stärker sprudeln würden, könnten wir nicht alle Aufgaben einfach durch mehr Ausgaben lösen, denn wir müssen 2 Billionen DM Schulden, die wir unseren Kindern sonst weitergeben müßten, langsam, aber sicher wieder abbauen.

In früheren Jahren - darauf wurde schon hingewiesen - sind allzu leicht langfristige und kostenträchtige Projekte angeschoben worden. Zum Teil war das gut und auch politisch und von den Wählern so gewünscht. Heute merken wir aber, daß uns die Folgekosten zum Teil erdrücken.

Wenn ich mitbekomme, daß leitenden Funktionären vom **Deutschen Beamtenbund** zum Thema Euro - zu dem mir eine ganze Menge einfällt - zuerst einmal einfällt, daß wir ganz viele neue Stellen brauchen, um die Umstellung zu organisieren, und dafür natürlich Dauerbeamte brauchen, dann frage ich mich: Was geht in den Köpfen solcher Leute vor, die doch eigentlich als Beamte wissen und auch jeden Tag mitbekommen müßten, wie die Staatshaushalte aussehen? Was geht in ihren Köpfen vor, wenn sie als erstes immer nur sagen „mehr, mehr, mehr“, anstatt einmal zu fragen: Was kann ich denn tun, damit die Mehraufgaben organisiert werden können?

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]  
- Zurufe der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU] und Meinhard Füllner [CDU])

- Ich weiß auch, daß unsere Mitarbeiter bei uns im Land inzwischen zum Teil Herkulesarbeit leisten, weil sie im Zuge der Modernisierung auch mehr Aufgaben übernommen haben.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Eben habe ich nur von den Funktionären des Beamtenbundes gesprochen.

Wir haben festgelegt, daß bestimmte Bereiche nicht so sehr von Sparvorstellungen betroffen sein sollten wie andere. Dazu zählen zum Beispiel der Schul- und der Hochschulbereich. Allein für die Schuljahre 1996/97 und 1997/98 haben wir 200 zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung gestellt, wodurch an anderer Stelle Geld nicht mehr vorhanden ist, um andere Wünsche zu erfüllen.

(Angelika Volquartz [CDU]: Es sind aber zuwenig!)

Permanente Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik sowie Aufgabenverlagerung sollen uns dabei helfen, Luft zu schaffen, um die notwendigen neuen Aufgaben finanzieren zu können. Mit über 100 Maßnahmen seit 1988 haben wir die Leistungsfähigkeit und **Effizienz** der **Verwaltung** vorangebracht, wie Sie im Modernisierungsbericht der Landesregierung nachlesen können.

Was schlanker Staat wirklich ist, Herr Kollege Kubicki, das lesen Sie doch einmal in der Zusammenstellung des CDU-Wirtschaftsrates nach. Schleswig-Holstein wird dort ausdrücklich gelobt, weil wir es sozusagen an der Spitze aller alten Flächenländer geschafft haben, uns von einem langsam arbeitenden Staat, der sich zum Teil durch privatwirtschaftliche Fingerübungen hervortat, zu einem Staat zu wandeln, der seine ganz eng gefaßten Dienstleistungen neu definiert, sie dann unter großen Leistungen anbietet und unmittelbar beteiligte Unternehmen, die nicht Staatsaufgaben sind, aufgegeben hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja, ja!)

Uns braucht keiner mehr zu erzählen, wie das geht, wir haben das geschafft. Und ich kann Ihnen viele Beispiele dazu nennen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Technologiestiftung** des Landes - von Ihnen als Teufelswerk bekämpft - ist in der Zwischenzeit eine Institution geworden, deren Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wir zu verdanken haben, daß zum Beispiel im vergangenen Jahr Schleswig-Holstein eine von 22 Modellregionen in Europa geworden ist und viel Lob bekommen hat. Ich zeige Ihnen immer gern die Überschriften, daß wir sozusagen eine Revolution organisiert haben, daß wir

gezeigt haben, wie man Strukturwandel so organisieren und machen kann, daß Menschen mitmachen wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Das ist auch eine Leistung der Technologiestiftung. Aus der Wirtschaftsaufbaukasse und der Wohnungsbaukreditanstalt haben wir die Investitionsbank des Landes geschaffen. Als wir die LEG umorganisiert haben, haben Sie da ja gesagt? - Nein. Immer wenn es um Umorganisation und Strukturwandel geht, verkriechen Sie sich in Ihre Mäuselöcher - weg sind Sie. Dann kommen Sie wieder raus und sagen: Wir hätten gern eine Änderung.

(Beifall bei der SPD)

Sie hätten die ganze Zeit dabeisein können, Sie hätten zeigen können, daß Sie es besser können.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Nein sagen allein ist keine Leistung, vor allem, wenn Sie immer nur nein sagen, Herr Kubicki.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Haben wir ja gar nicht!)

Die **Investitionsbank** ist ein effizientes Förderinstrument, dessen Dienstleistung wir gerne entgegennehmen. Wir werden zu sehen bekommen, daß uns das Gebäudemanagement - auch mit Hilfe der Investitionsbank - einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung Modernisierung und Rationalisierung der Landesverwaltung erlauben wird.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Herr Kubicki, wissen Sie, ich dachte, Sie wären ein emanzipierter Mann. Immer diese elend blöden Hinweise, daß irgend jemand mit irgend jemand anderem verheiratet ist. Können Sie sich vorstellen, daß eine Frau oder ein Mann Ideen entwickelt, ohne daß er oder sie zu Hause nachfragen muß, ob der Ehepartner das erlaubt? Können Sie sich das vorstellen?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sozialdemokratische Familienbetriebe sind auch Familienbetriebe!)

- Ich wage sogar meine Meinung zu sagen, ohne daß mir mein Mann das erlauben muß, stellen Sie sich das einmal vor! Mein Mann hat auch eine eigene Meinung, das scheint aber bei Ehepartnern von F.D.P.-Mitgliedern nicht der Fall zu sein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der F.D.P.)

- Das scheint bei der F.D.P. nicht der Fall zu sein, denn Sie sprechen offensichtlich aus eigener Erfahrung.

Wenn ich mir hier anhören muß, daß wir einen Schritt in den Unrechtsstaat tun, dieser Vorwurf schwingt am Rande Ihrer Diskussion immer mit

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer hat das gesagt?)

- nahe dran sind Sie doch, Sie wollen doch das Bundesverfassungsgericht anrufen, weil wir die **Liegenschaftsübertragung** machen -, dann frage ich mich, warum der Berliner Senat die Schleswig-Holsteiner gebeten hat zu erklären, wie wir das gemacht haben und ob sie das nachmachen können. Ich frage mich, warum Baden-Württemberg nachfragt, warum die kommunalen Landesverbände mit dem Gedanken liebäugeln, das Modell zu übernehmen. - Sie sehen die Möglichkeit, mit Hilfe eines wirtschaftlichen Verhaltens, das ihnen erlaubt, aus totem Kapital lebendiges zu machen, neue Aufgaben anzusteuern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, daß die Anhörung im Finanzausschuß Ihnen einen Teil Ihrer Ängste hätte wegnehmen müssen und daß Sie in der Zwischenzeit hätten wieder ruhiger durchatmen können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die sind doch bestätigt worden!)

Schleswig-Holstein hat auf dem Weg zur inneren Sicherheit schon wichtige Schritte unternommen - das ist ein wichtiges Thema, denn es gibt Menschen, die zum Beispiel Angst um ihre Sicherheit auf den Straßen haben -, als noch keine Zeitschrift das Schlagwort „no tolerance“ kannte oder wußte, wie es geschrieben wird. Unsere Räte zur **Kriminalitätsbekämpfung**, in der sich Bürger zusammen mit Fachleuten engagieren, gelten im Bundesgebiet als vorbildlich. Sie sind eben keine „schwarzen Sheriffs“, sondern es sind Bürger, die versuchen, ein bißchen dazu beizutragen, daß sich das Umfeld beruhigt. Es handelt sich ja immer um ein

Umfeld, in dem Kriminalität auch gedeihen kann, wenn Hysterie überhandnimmt. Die ausreichende Präsenz von Polizeibeamtinnen und -beamten auf unseren Straßen ist gesichert. Auch Artikel in Zeitungen können aus meiner Sicht daran wenig ändern.

Ich habe heute morgen mit großem Interesse gehört, wie der Kollege Kubicki die Personalpolitik des Landes gegeißelt hat. Abgesehen davon, daß wieder einmal keine Ihrer Zahlen gestimmt hat und daß Sie jedesmal, wenn Sie hier vorne stehen, andere Zahlen nennen - das müßte Ihnen doch bei der Lektüre Ihrer eigenen Reden auffallen -, habe ich ganz schnell darum gebeten - man hat ja Gott sei Dank im Stammhirn immer noch etwas gespeichert - nachzuprüfen, wie es mit der Personalpolitik in Bonn aussieht. Man kann immer schön mit Steinen werfen, wenn man selbst nicht im Glashaus sitzt. Der Bundesrechnungshof hat Ihnen eine Menge ins Stammbuch geschrieben. Es wird herzlich beklagt, daß sie eine aufgeblähte Bürokratie haben und nicht eine einzige Chance ergriffen haben abzubauen; im Gegenteil: Durch Kopfstellen in Bonn und Berlin wurde klammheimlich das Personal aufgebläht. Das läßt mich eigentlich nicht glauben, daß Sie wissen, wovon Sie reden, Herr Kubicki.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:  
Die ziehen gerade um!)

Es ist nämlich nicht einfach, mit Mitarbeitern zu sprechen und ihnen klar zu machen, daß weniger Personal nahezu die gleichen Aufgaben, vielleicht sogar noch mehr erledigen soll.

Zu dem, was Sie heute morgen dazu vorgetragen haben, wie wir Haushaltsrecht umgestalten können, um andere Möglichkeiten der Kontrolle zu bekommen, muß ich sagen: Jawohl, Herr Kubicki, gut gebrüllt! Warum mußten aber die Länder erst in den Vermittlungsausschuß, und warum hat sich die Bonner Koalition geweigert, die Bundeshaushaltsordnung so zu ändern, daß wir solche Kontrollinstrumente in die Hand bekommen?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Also gut, Frau Simonis, ich werde Bundesminister!)

- Nein, Herr Kubicki. Sie können nur eines nicht machen: Immer in der Sicherheit, daß die Bonner Sie davor bewahren, daß das, was Sie wünschen, umgesetzt wird, hier sitzen und krähen, was Sie haben wollen. Das ist das Problem, das ich mit Ihnen gern beprechen wollte.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] )

Eines ist jedenfalls klar: Die **Personalkosten** werden durch die Budgetierung nach unten gefahren. Das ist schwer genug, und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wissen genau, was auf sie zukommen wird. Das, was Sie sich heute morgen zur 58er-Regelung geleistet haben, ist nun wirklich an der Grenze dessen, was ich als lächerlich empfinde. Es gibt nicht Mitarbeiter, die laufen gegangen sind, sondern es gibt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die für sich entschieden haben, daß sie ihre materiellen Wünsche durch ihre berufliche Tätigkeit erfüllt haben, und die bereit sind, auf Einkommen zu verzichten, um jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes eine Berufschance zu bekommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:  
Ich kenne das anders!)

Das war nämlich die Bedingung der 58er-Regelung. Es war vorher festgelegt, daß wir nichts sparen, sondern das Geld wieder einsetzen. Das heißt, es handelt sich um Menschen, die bereit waren, mit der jüngeren Generation zu teilen und eine Art neuen Generationenvertrag zu schließen. Das hat mit Laufengehen überhaupt nichts zu tun. Ich komme später noch einmal darauf zurück. Daß wir dabei auch eine Menge geschafft haben, das freut mich. Am Anfang habe ich nicht geglaubt - das gebe ich ganz offen zu -, daß so viele Menschen bereit sind, jetzt schon auf einen Teil ihres Einkommens zu verzichten und sich neue Möglichkeiten für ihren Ruhestand erarbeiten zu müssen, damit junge Leute untergebracht werden können.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gebe zu, Herr Kubicki, daß es schöner wäre, wir hätten eine höhere **Investitionsquote**. Gleichzeitig frage ich mich manchmal aber, wie wir all den Verbänden und Vereinen, hinter die Sie sich jedesmal als Fürsprecher stellen, helfen sollen, wenn wir noch höhere Investitionen vornehmen, wobei ich mir vom Wirtschaftsminister gerade haben sagen lassen, daß unsere Quote unter anderem deswegen zurückgegangen ist, weil die für 63 Millionen DM bestellten Bundesbahnzüge leider Gottes nicht dem gewünschten Leistungsprofil entsprochen haben und wieder

zurückgegeben werden mußten. Das ist eine reine Umbuchung und sagt über die Investitionsquote nichts aus. Wir hätten natürlich auch für fehlerhaft geliefertes Gut zahlen können. Das wollten wir aber nicht tun.

Allerdings, Herr Kubicki, sollte man nicht jede staatliche Investition in den Himmel heben. Ich weiß, wovon ich rede. Zur Zeit der sozial-liberalen Koalition - ich war im Haushaltsausschuß - haben die damalige Bundesregierung und die Mitglieder im Haushaltsausschuß - das ist jetzt schön in blau-gelb nachzulesen - für 10 Milliarden DM ein „Kernwasserwunderland“ gebaut - Kalkar. Dort können Sie heute für 100 DM übernachten und sich die alten Kühlschlangen angucken. Da kriegen Sie sogar eine Tasse Kaffee; das ist alles in den 100 DM drin. Das war ein teures Hotel.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Dafür war ein sozialdemokratischer Bundesminister verantwortlich!)

- Es ist doch völlig egal, wer das zu verantworten hat. Wir haben in der Zwischenzeit gelernt, öffentliche Investitionen daraufhin zu untersuchen, was ihr Sinn und Zweck in dieser Gesellschaft ist, um nicht hinterher einen solchen Blödsinn zu machen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann Ihnen sagen, wer die Bundesminister waren. Ich kann Ihnen auch sagen, wer von der F.D.P. dabei war. Aber was nutzt es denn? Es sind 10 Milliarden DM in den Sand gesetzt worden, und heute haben wir dort ein Kernwasserspaßbad, ein Wunderland im Kern des Kraftwerkes.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hat RWE in den Sand gesetzt!)

- Das haben - um es einmal vorsichtig zu formulieren; man könnte es noch gröber ausdrücken - auch Politiker in den Sand gesetzt.

Was wir langsam einmal miteinander besprechen müßten, ist die Frage, ob wir weiterhin für Investitionsruinen wie in Mülheim-Kärlich oder in Kalkar, für die uns hinterher nicht einmal etwas Vernünftiges einfällt, staatliche beziehungsweise Steuergelder aufwenden und dafür andere Sachen liegenlassen sollten, die dringend gemacht werden müssen.

Die SPD hat einen Antrag zum **Unterhaltsvorschuß** gestellt, der ein schönes Beispiel dafür ist, was der Staat sparen könnte, wenn Bürgerinnen und Bürger ihren Verpflichtungen nachkämen. Bund und Land haben im vergangenen Jahr gemeinsam rund 60 Millionen DM für den Unterhalt von Kindern ausgegeben, für Fälle also, in denen Väter und manchmal auch Mütter nicht für den Unterhalt ihrer Kinder aufkommen. Davon treiben wir 20 % erfolgreich wieder ein. Woran liegt das? Diejenigen, nämlich Bund und Land, die zahlen, haben keine Möglichkeit, das Geld einzutreiben. Da sollen die Kommunen tätig werden. Die Kommunen aber haben kein Interesse daran, etwas zu tun, weil sie kein Geld dafür bekommen, sondern ihnen nur Kosten entstehen. Hieran sieht man, daß man neue Sachen nur deswegen teuer machen muß, weil Bürgerinnen und Bürger ihre Verantwortung auf den Staat übertragen und ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. 48 % der Väter kommen ihren Unterhaltsverpflichtungen nicht nach, nicht weil sie nicht können, sondern weil sie es nicht wollen. Da reden wir vom schlanken Staat, aber wer außer dem Staat soll denn den Kindern zu ihrem Recht verhelfen?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der Staatsanwalt!)

- Wenn es der Staatsanwalt ist, dann ist es auch der Staat, Herr Kubicki! Es ist immer einer beim Staat, der dafür sorgen muß, daß diese Kinder ihr Geld bekommen.

Wir kämen 1998 - da appelliere ich trotz Wahlkampf an alle - ein gutes Stück voran, wenn sich jeder und jede wieder an seine und ihre eigene Verantwortung erinnern würde, wenn Arbeitgeber aus den riesigen Unternehmensgewinnen, die ihnen gegönnt würden, wenn sie etwas Vernünftiges damit machten, wieder Arbeitsplätze damit machen würden, wenn Schwarzarbeit und die Beschäftigung von Schwarzarbeitern etwas weniger selbstverständlich wäre, wenn Steuerhinterziehung nicht länger Volkssport Nummer eins wäre, wenn die Steuergesetzgebung so wäre, daß alle gleichmäßig zahlen würden, wenn Eltern die Erziehung ihrer Kinder etwas weniger den elektronischen Haushaltshilfen überließen und wenn die **Unternehmer** nicht zuerst für ihre eigenen Investitionsschwächen den DGB, die Gewerkschaften, den Staat und die Verwaltung verantwortlich machen würden, sondern sich die Forsa-Vergleichsstudie von Europa zur Hand nehmen und sich den Satz zu Gemüte führen würden: Der Nachholbedarf deutscher Unternehmer bei der Beseitigung unternehmensinterner Innovationsbarrieren

ist größer als irgendwo in Europa. - Das ist ein Satz, gegen den man etwas unternehmen kann. Da muß man überhaupt nicht auf Gewerkschaften gucken. Da muß man auch nicht die Bürokratie angucken, sondern da muß man sich an die eigene Nase fassen.

Die Frau Fraktionsvorsitzende der SPD hat heute morgen einen völlig überflüssigen Streit aufgespießt, der auch mich ärgert. Das ist der Versuch, im **Länderfinanzausgleich** durch ein bißchen Piksen ein Wahlkampfthema zu finden. Bayern und Baden-Württemberg haben ein neues Thema entdeckt. Damit können sie sich glanzvoll darstellen und die anderen als schwarze Schafe, die völlig ungerechtfertigterweise für ihre Faulheit Geld bekommen, brandmarken. Natürlich bin ich dafür, daß wir ab und zu einmal gucken, ob die Ausgleichszahlungen noch vernünftig sind. Allein schon das Bundesverfassungsgericht zwingt uns dazu. Aber die Kritik des Kollegen Stoiber verstehe ich überhaupt nicht. Wenn das stimmen würde, dann hätte Bayern das ganze Geld, das es 40 Jahre lang bekommen hat, genommen, um sich eine Hängematte zu kaufen. Das haben sie nicht getan. Schleswig-Holstein hat es auch nicht gemacht. Wir haben unsere Nehmerposition dazu genutzt, um zu Gebern zu werden. Ich empfinde es als höchst störend, daß die Bayern, die 40 Jahre lang abgezockt haben, plötzlich entdecken, daß ihnen am Finanzausgleich irgend etwas nicht paßt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Natürlich ist ein bißchen gesunder Wettbewerb unter den Ländern etwas Vernünftiges. Wenn die Bayern zum Wettbewerb ansetzen und sagen, wie arm sie sind, um Strukturhilfemittel zu bekommen, dann kann man fast ein bißchen grinsen. Aber wem wollen sie denn ihre BMWs und Mercedes verkaufen, wenn wir anderen nicht dafür sorgen, daß halbwegs gleiche Lebensverhältnisse vorhanden sind? Werden denn die Bayern auf 23 Milliarden DM Steuergelder für den Jäger verzichten, nur weil er zufällig in Bayern landet? Ich glaube das nicht. Das heißt, die Bayern gewinnen ganz schön daran, daß andere Leute brav ihre Steuern bezahlen. Sie gewinnen auch daran, daß andere Länder Anstrengungen unternehmen, damit die Bürger mehr Einkommen haben und damit mehr Steuern bezahlen können. Es hat keinen Zweck, sich über den Länderfinanzausgleich zu streiten, wenn die Länder sich weigern, über ihre Finanzminister vernünftige Zahlen vorzulegen; das tun sie im Moment zum Teil.

Einen Teil dieser Energie auf die Währungsunion und auf den Euro gelenkt, würde uns ein bißchen mehr helfen und der Bevölkerung die Angst nehmen, daß sie mit dem Euro eine Art Währungsschnitt machen muß, was wirklich falsch ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich würde Ihnen gern, damit nicht der falsche Eindruck bestehenbleibt, den Herr Kubicki heute morgen erweckt hat, noch einmal klarmachen, woher wir die 15 Millionen DM bekommen haben, die wir jetzt für ein Programm verwenden wollen, das Sie sicherlich noch in den Fachausschüssen besprechen werden und mit dem wir hoffen, für unsere Ausbildungsplatzsuchenden und für die **Jugendlichen Arbeitsplätze** schaffen zu können.

Die **58er-Regelung** hat uns in der Tat Geld in die Kassen geschwemmt, das wir zur Hälfte - das haben wir immer gesagt - brauchen, um zu sparen, zur anderen Hälfte aber ausgeben wollen, um damit jungen Leuten eine Chance zu geben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schauen wir mal!)

Wir haben uns genau die Bereiche angeguckt, in denen die größte Not herrscht und wo am wenigsten getan wird. Das sind Jugendliche mit Behinderungen. Das sind junge Mütter, die noch in der Ausbildung schwanger geworden sind und ein Kind bekommen haben. Das sind aber auch die jungen Leute, die sagen: Ich will nicht gleich in eine Ausbildung und Geld verdienen, sondern erst in einem freiwilligen sozialen Jahr oder einem freiwilligen ökologischen Jahr etwas für die Gesellschaft tun und erst danach für mich selber sorgen. Das sind die jungen Leute, die nicht genommen werden, weil sie nicht so fix wie andere sind. Das sind die jungen Leute, die in den Schulen nicht ganz mitgekommen sind. Das sind die jungen Leute, die ihren Lieblingsberuf nicht bekommen.

Wir haben ein Programm geschneidert, das diesen Gruppen hilft. Mehr als 650 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind vorzeitig in Pension beziehungsweise Rente gegangen. 850 jungen Leuten können wir heute mit diesem Programm helfen. Für den Fall, daß es in dem einen oder anderen Fall nicht läuft, denke ich, besteht immer noch die Möglichkeit, diese Mittel umzuschichten. Jedenfalls zeigen wir damit - wenn Sie uns erlauben, auch mit Hilfe des Parlaments -, daß wir die jungen Leute ernst nehmen und ihnen helfen wollen, den Start ins Leben nicht mit Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe zu machen, sondern daß sie Selbstvertrauen

erwerben können und in der Lage sind, später für sich und die Ihren selber zu sorgen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zur **A 20** machen. Konflikte in der Politik sind etwas völlig Normales und Natürliches. Ich glaube, daß die Bevölkerung da in der Zwischenzeit viel erwachsener geworden ist als mancher Politiker.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Das hat die Bevölkerung der SPD voraus!)

Bürgerinnen und Bürger würde es schrecken, wenn Konflikte hinter geschlossenen Türen nicht gelöst werden. Sie verstehen es, wenn Konflikte auf den Tisch gelegt und gelöst werden. Natürlich ist es ein Konflikt, wenn sich ein Teil unserer Bevölkerung für den Naturschutz und die Erhaltung von Flächen einsetzt und andere Teile unserer Bevölkerung sagen, daß wir Infrastrukturmaßnahmen brauchen, um Verkehre schneller bewältigen zu können.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wenn das an einer Stelle zusammenstößt, geht es darum, diese Konfliktsituation aufzulösen.

Es ist uns gelungen, eine Lösung vorzuschlagen, in der sowohl der Wunsch nach schnellen Verkehrsverbindungen als auch der Wunsch nach größtmöglicher Schonung von naturschutzwürdigen Flächen zusammen in eine Verordnung gefaßt werden können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wunderbar!)

Daß mancher dasteht und sagt, es hätte alles viel schneller und besser kommen können, bestreite ich nicht eine Sekunde. Mir ist es aber immer noch lieber, wir machen kleine Schritte, die sauber, nachvollziehbar und vor Gericht bestandsfest sind, als schnell zu handeln, irgend etwas mit heißer Nadel zu nähen, was hinterher nicht zusammenhält, nur damit Sie nicht meckern.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: So wie bei der Elbvertiefung!)

Es ist die Aufgabe des Umweltministers,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie beim Liegenschaftsdeal!)

für seine Interessen zu kämpfen, es ist die Aufgabe des Wirtschaftsministers, für seine Interessen zu kämpfen, und es ist nicht die Aufgabe der Ministerpräsidentin, die beiden wie zwei kleine Jungs an den Köpfen zu packen und diese aneinanderzuschlagen,

(Martin Kayenburg [CDU]: Hätten Sie mal!)

sondern es ist die Aufgabe der Ministerpräsidentin, so lange zu warten, bis ein vernünftiger Vorschlag vorgelegt wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist uns gelungen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nur Sieger!  
- Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das Kabinett der Sieger!)

Eines muß ich Ihnen sagen: Gemessen an den Kriegszuständen beim BDI war das, was wir gemacht haben, eine Fingerübung an Demokratie.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort erteile ich dem Herrn Abgeordneten Stritzl.

**Thomas Stritzl [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Regierungsentwurf für den Haushalt 1998 entspricht - auch in der Fassung der rot-grünen Änderungsanträge - nicht den Grundanforderungen, die man an einen soliden Haushalt stellen muß - zugegeben: in einer schwierigen Zeit stellen muß. Aber gerade dann, wenn die Finanzspielräume besonders eng sind, muß auch der Haushalt besonders solide sein.

Herr Finanzminister, ein Haushalt, der das widerspiegelt, was wir im Jahr 1997 erlebt haben, Schulden auf Rekordniveau, Investitionsleistungen im Keller und dann noch Defizite in dreistelliger

Millionenhöhe, das ist der Stoff, aus dem die Alpträume sind.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Aber Sie können trotz allem offensichtlich ruhig schlafen

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Natürlich!)

und sind nach wie vor nicht zur Umkehr bereit. Schlimmer noch: Nun soll auch noch das Tafelsilber des Landes unter Umgehung der Verfassung zur Ausfinanzierung des rot-grünen Koalitionsvertrages verhökert werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierung und den Regierungsfractionen, die Opposition wird diesen Weg des Ausweichens, des Wegtauchens vor der Lösung der haushaltspolitischen Probleme des Landes nicht mitgehen.

(Beifall bei der CDU)

Ich darf Ihnen deshalb - auch im Namen von Herrn Kubicki - ankündigen, daß wir diese Transaktion, den **Immobiliendeal**, verfassungsrechtlich überprüfen lassen werden, zunächst durch ein Gutachten von einem renommierten Finanzverfassungsrechtler der Bundesrepublik Deutschland. Wenn das **Gutachten** dann, wie wir erwarten, das bereits vom Landesrechnungshof und in der Anhörung des Finanzausschusses angeklungene Urteil der Verfassungswidrigkeit bestätigen sollte, werden wir auch den **Gang nach Karlsruhe** zur verfassungsrechtlichen Überprüfung nicht scheuen, sondern ihn gehen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie versuchen immer wieder darzustellen, daß Sie zu Transaktionen dieser Art, zum Immobiliendeal, gezwungen seien, weil es angeblich keine Alternativen gebe. Ich will Ihnen sagen: Es gibt einen Vorschlag der F.D.P.-Fraktion, der auch im Finanzausschuß erörtert worden ist.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die CDU-Fraktion hat gar keine Änderungsanträge gestellt!)

- Herr Hentschel, zu Ihnen komme ich noch.

Es gibt eine entsprechende Alternative der CDU um die Frage der **Veräußerung des WOBAU-Vermögens**. Wir haben Ihnen mehrere Weg aufgezeigt. Der Oppositionsführer, Martin Kayenburg, hat Ihnen das heute noch einmal deutlich erklärt. Herr Hentschel, folgendes will ich vorweg gern sagen. Im Finanzausschuß gab es einmal einen Zwischenruf eines Abgeordneten der SPD nach dem Motto, die Schaffung von Genossenschaften sei blanker Kapitalismus. Ich kann Ihnen nur folgendes sagen. Wenn das wirklich die Mehrheitsauffassung bei Rot-Grün sein sollte, daß genossenschaftliches Eigentum mit Kapitalismus zusammenhänge, kann ich Ihnen nur empfehlen, sich bei Ihren eigenen Gewerkschaftsführern einmal umzuhören, was die von genossenschaftlichen Modellen halten. Die nämlich befördern sie und wünschen sie.

Ich kann auch nicht erkennen, daß es „unsozial“ sei, Mietern ihre Wohnung zum Kauf anzubieten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mettenhof!)

Nun will ich Ihnen eines sagen. Es gibt drüben bei mir, am Ostufer folgende Fälle. Es wurden Wohnungen an Private veräußert. Leute können jetzt ihre Wohnung nicht an Nachmieter weitervermieten, weil derjenige, dem die Wohnungen jetzt gehören, sagt: „Nee, nee, weitervermieten ist nicht.“ Warum wohl? - Da wird jetzt „Kasse gemacht“.

Diesen Weg wollen wir nicht. Den gehen wir nicht. Deswegen haben wir das andere Modell vorgeschlagen.

Also: Alternativen gibt es. Insgesamt hat der **CDU-Antrag** - das werden Sie feststellen, wenn Sie ihn gelesen haben; Sie hatten ja seit dem 18. November Zeit dazu -

(Holger Astrup [SPD]: Soviel Zeit braucht man nicht!)

rund 830 Millionen DM bewegt. Ich verstehe, daß das bei einer Mehrheitsfraktion wie der SPD, die sich nur in Promillegrenzen an die Veränderung des Regierungsentwurfs macht, Erstaunen auslöst. Gleichwohl: Das Erstaunen kann nicht Handlungskompetenz ersetzen. Zu dieser Kraft wollten wir Sie ermutigen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Denn mit dem Antrag werden mehrere Ziele nicht nur verfolgt, sondern auch erreicht. Wir schaffen die Möglichkeit, in Arbeit, Bildung und Sicherheit insgesamt rund 40 Millionen DM zusätzlich zu investieren,

(Holger Astrup [SPD]: Das haben wir heute morgen schon gehört!)

und schaffen gleichzeitig ein Polster für die Senkung der Nettoneuverschuldung um rund 190 Millionen DM. Dabei enthält der Antrag - darauf möchte ich hinweisen - entsprechende Einsparungs- und Umschichtungskorridore, wie Sie sie der Lektüre der Seiten 6 bis 13 entnehmen können.

Ich gebe zu: Es sind teilweise unbequeme, unpopuläre Vorschläge. Das wissen wir. Aber wir kriegen den Karren nur aus dem Dreck, wenn wir gemeinsam die **Kraft zur Umkehr** haben. Das geht nicht ohne schmerzhaft Operationen, für den einen oder anderen, vielleicht auch schwierige politische Operationen. Dazu gehört natürlich für eine Regierung die Frage der „**Eindampfung**“ von Ministerien. Aber was wir uns nicht mehr leisten können, können wir uns nicht mehr leisten. Deswegen fordern wir: Ohne Aufgabe der Sachfunktion die Strukturen verschlanken! Das führt dann im Ergebnis dazu, daß wir gesagt haben: Frauenministerium abschaffen, Umwelt- und Agrarministerium zusammenführen!

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es geht um den Stopp der **Entbeamtungspolitik**, Herr Kollege. Wenn wir wissen, daß wir kein Geld in der Kasse haben, ist es kein kluges Rezept, 30 % pro Stelle mehr an Personalmitteln in die Hand zu nehmen und dies dann - bei allem Respekt, Herr Kollege! - auch noch als Zukunftsvorsorge zu verkaufen, obwohl man weiß, daß die 30 %, die ich mehr in die Hand nehmen muß, kreditfinanzierte Mittel sind. Ich kann Ihnen nur sagen: Das ist keine Vorsorge, sondern eine lässige Sünde, wenn man dies jetzt nicht abstellt. Wir haben den Mut zu sagen, wissend, daß das andere vielleicht populärer ist: Im Interesse des Landeshaushalts stopp mit der Entbeamtungspolitik!

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer zahlt die Pensionen? Unsere Kinder! Unsere Kinder zahlen die Pensionen!)

Bequem ist natürlich auch nicht die Forderung - das weiß ich doch - nach einer **40-Stunden-Arbeitswoche** als Regelarbeitszeit im öffentlichen Dienst für Beamte und für Angestellte. Aber wir müssen es schaffen. Andere Optionen haben wir in diesem Bereich nicht. Das wissen Sie im Ergebnis.

Natürlich ist es unbequem zu sagen: Wir schaffen das **Beauftragtenwesen** ab. Ich weiß, daß wir damit den Haushalt im Ergebnis nicht sanieren können.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist aber neu!)

Es ist aber ein Stück im Gesamtkonzept, Kollege Astrup. Ich finde, daß wir dies nicht nur unter finanzpolitischen Gesichtspunkten erörtern sollten, sondern auch unter der Fragestellung, wie Staatsaufbau eigentlich gemeint ist. Wir haben ein parlamentarisches, demokratisches System, in dem die Gewalten geteilt sind, Rechtsprechung, Rechtsetzung und ausführende Gewalt.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Es mag sein, daß Sie der Auffassung sind, daß es auch in Bonn zu viele Beauftragte gibt. Wenn wir beide aber richtig vermuten, warum es diese Beauftragten gibt, sollten wir beide den Mut haben zu sagen: Dann schaffen wir sie doch gemeinsam ab, von mir aus auf beiden Ebenen. Ich habe überhaupt kein Problem damit.

Was mir Sorge macht, ist, daß wir eine schleichende Aushöhlung der Verantwortungssysteme haben

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

durch die Beauftragten, die den Landtag auf der einen und die Regierung auf der anderen Seite aus deren spezifischen Verantwortungsbereichen herausnehmen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Fordert Ihr Kollege Würzbach das auch in Bonn?)

- Ich habe gerade eben meine Meinung dazu gesagt.

(Holger Astrup [SPD]: Wir haben aber nach Würzbachs Meinung gefragt!)

- Sie können ihn gern fragen, er ist heute aber leider nicht hier.



(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Er wird auch nicht hierher kommen! - Frauke Walhorn [SPD]: Gott sei Dank!)

Eine weitere Frage ist, ob es nicht sinnvoll ist, neben der Frage der Entschuldung zusätzliche **Optionen auf dem Arbeitsmarkt** zu setzen.

Frau Ministerpräsidentin, bei allem Respekt kann ich Ihre Auffassung, daß es sich um überkommene Strukturen handle, was die Bauwirtschaft oder Werften angeht, beim besten Willen nicht teilen. Ich kann nicht erkennen, daß es sich bei der Bauwirtschaft um eine überkommene Struktur handelt, die sich dem Markt nicht anpassen kann. Weil wir alle den **Investitionsstau** im Bereich der Landesliegenschaften und der dem Land gehörenden Gebäude beklagen - der Finanzminister an erster Stelle; es ist ja eine seiner tragenden Ideen -, sollen diese nun auf die Investitionsbank übertragen werden, weil man so glaubt, den Investitionsstau angeblich abbauen zu können. Frau Ministerpräsidentin, wenn ich Ihre Diktion zugrunde lege, darf die Investitionsbank allerdings genau das nicht tun, um nicht **überkommene Strukturen der Bauwirtschaft** zu unterstützen. Ich bitte Sie herzlich, Ihre Formulierung an dieser Stelle noch einmal zu überdenken; denn das könnten Sie der IG Bau und den betroffenen Menschen in der Region nicht vermitteln. Nein, wir brauchen einen Impuls für die Bauwirtschaft, gerade in der Fläche unseres Landes.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Stritzl Seite an Seite mit den Gewerkschaften!)

Jetzt komme ich zum Thema Werften, Herr Kollege Böttcher! Ich finde es erstaunlich, wie Sie mit den Sorgen und Nöten der **Werften** und den dort Beschäftigten umgehen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Es geht dabei - damit das völlig klar ist - nicht um die Unterstützung eines offensichtlich prima florierenden Unternehmens, was ja ein Lob an Belegschaft und Management ist. Wenn eine Werft wie hier in Kiel über 100 Millionen DM Gewinn ausweisen kann, ist das prima. Ich sage offen: Das ist natürlich nicht die Botschaft, die dazu anreizt, zusätzliche Hilfe anzubieten. Das ist doch völlig klar.

Es geht jedoch vielmehr um die **mittelständischen Werften** in der Region, die ab dem Jahr 2000 keine

Aufträge mehr akquirieren können, wenn wir jetzt nicht den Mut haben zu sagen: Wir helfen euch, weil euch die bestehenden nationalen und internationalen Wettbewerbsverzerrungen nicht in die Lage versetzen - selbst wenn ihr gut seid -, die Aufträge zu bekommen, weil die anderen mehr dazugeben, so daß ihr im Endeffekt teurer seid, obwohl ihr in der Leistung vielleicht besser seid, und den Auftrag deshalb nicht bekommt, sondern der Auftrag an den preiswerteren Anbieter geht. Diese Form **staatlich gewollter Wettbewerbsverzerrung** müssen wir aufbrechen. Denn wenn diese Werften erst einmal weg sind, kriegen wir die Arbeitsplätze nicht wieder, und daran hängen Familien, daran hängen Ausbildungschancen, daran hängen Existenzen. Deswegen bitte ich Sie: Unterstützen Sie den Antrag der F.D.P.! Wir werden es tun.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Ich kann mich nicht entsinnen, daß Sie im Finanzausschuß dazu etwas gesagt haben!)

- Ich habe es gerade eben ganz deutlich gesagt, Kollege Astrup, aber ich merke schon: Wenn die Brille über die Ohren rutscht, wird es manchmal ein bißchen schwieriger mit der Akustik. Ich habe auf die Problematik hingewiesen, die Subventionen im Prinzip in sich bergen, gerade dann, wenn es um die Werften geht. Um den Werftenstandort Kiel geht es bei dieser Frage Gott sei Dank nicht.

(Holger Astrup [SPD]: Inzwischen haben Sie eine Meinung zu dem Thema; das beruhigt mich!)

Die Bildung ist ebenfalls ein Bereich, um den wir uns intensiv kümmern müssen. Deswegen sieht unser Antrag eine entsprechende **Verstärkung im Lehrerbereich** vor,

(Holger Astrup [SPD]: Mehr Gesamtschulen!)

übrigens auch im Bereich der immer wieder behaupteten Chancengleichheit einen entsprechenden Ausgleich der Überversorgung der Gesamtschulen.

(Zurufe der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Frauke Walhorn [SPD])

Ich komme zur **inneren Sicherheit**, die schon angesprochen worden ist! Auch hier müssen wir eine Verstärkung vornehmen. Was der Innenminister zur

Zeit vollzieht, ist im Ergebnis ein **Abbau von Präsenz** der Polizei. Er weiß es, und wir wissen es. Ich will Ihnen gern einmal etwas vorlesen aus einem Papier, das Ihnen sicherlich bekannt ist - die Aussage können Sie wahrscheinlich unterstreichen. Da heißt es:

„Es ist ungerecht, wenn das Kriminalitätsrisiko vom Geldbeutel abhängt, weil die Mehrheit der Bevölkerung vom Staat unzureichend geschützt wird.“

Dieses Zitat stammt aus einem Entschließungsantrag der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag.

(Angelika Volquartz [CDU]: Ach nee!)

Wer hat denn die Zuständigkeit für die innere Sicherheit? - Sie ist Sache der Länder! Wenn die innere Sicherheit Not leidet, müssen wir etwas tun, und wir fordern Sie auf, dafür etwas zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Wie gesagt, unsere Alternativen liegen auf dem Tisch. Lassen Sie mich etwas zu der uns von Ihnen vorgehaltenen Kritik sagen! Wir haben unsere Haushaltsanträge und Vorstellungen bewußt am 18. November - übrigens als einzige Fraktion - vor der zweiten Nachschiebeliste der Regierung entwickelt

(Holger Astrup [SPD]: Es wird immer abenteuerlicher!)

und bewußt als Gesprächsangebot gekennzeichnet. Ich weiß, daß es ungewöhnlich ist, daß eine Opposition anbietet: Laßt uns gemeinsam etwas tun! - Aber es geht nur gemeinsam - das ist meine feste Überzeugung -, wenn wir es mit der Konsolidierung ernst meinen.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Kollege, wir haben unsere Vorschläge am 18. November präsentiert, Ihnen öffentlich dargelegt, und das Schwarze war die Schrift. Am 19./20. November führte die SPD-Fraktion dann eine Klausurtagung zum Thema „Haushalt“ durch. Ausweislich des eigenen Pressedienstes der SPD - Kollege Neugebauer kann daraus nachher ja noch zitieren - hat sich die SPD ausführlich mit den Vorschlägen der CDU befaßt.

(Reinhard Sager [CDU]: Hört, hört! Aber nichts begriffen!)

Also kommen Sie nicht und sagen, Sie hätten nichts gesehen. Die SPD hat alles abgelehnt. Damit muß ich leben; das Land wird leider darunter leiden. Sich aber hier hinzustellen und zu behaupten, man habe nichts gewußt und nichts gesehen, stimmt nicht.

Wir haben im Landtag und im Finanzausschuß wiederholt deutlich gemacht, welchen Weg wir gehen, daß wir nicht mehr wie beim letzten Mal im Finanzausschuß 400 Einzelanträge - oder wie jetzt die F.D.P. 120 Anträge - stellen. Ich kann nicht erkennen, daß Einzelanträge bei Ihnen die Aufnahmefähigkeit erhöhen. Auch die lehnen Sie in Gänze ab.

(Widerspruch der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Selbst wenn ich Ihre Lust am Kleinteiligen in Rechnung stelle - Einzelanträge führen bei Ihnen nicht zum Erfolg. Die Situation ist so dramatisch - -

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt doch gar nicht!)

- Ja, Sie haben beispielsweise den Antrag zum Hundefutter übernommen. Dafür werden Ihnen die Polizeirevierhunde sicherlich besonders dankbar sein.

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup [SPD]: Ist das vielleicht unwichtig?)

Dabei haben Sie leider vergessen, daß auch ein guter Polizeihund einen Hundeführer braucht, und den wiederum wollen Sie ja nicht einstellen. Gegen wildernde Tiere haben wir nichts - -

(Heiterkeit bei der CDU - Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Wir haben - der Situation gerecht werdend - ein Rahmenprogramm vorgelegt. Wir haben es nicht nur angekündigt, sondern auch zur Diskussion gestellt. Sie haben gesagt, Sie machten nicht mit, wollten und könnten darüber mit uns nicht reden, es sei Ihre und nicht unsere Verantwortung.

(Holger Astrup [SPD]: Ein Journalist da draußen hielt das für Faulheit, Herr Kollege!)

- Kollege Astrup, da Sie immer auf Bonn verweisen, bin ich sicher, daß Sie die Antragslage kennen. Wir haben Ihnen - darauf habe ich hingewiesen - auf 13 Seiten die Einsparungskorridore durchgerechnet und

dargestellt, wie wir sie uns vorstellen. Sie sprechen von einem Versagen der Opposition, denn die Opposition komme ihrer Parlamentsverpflichtung nicht nach.

(Holger Astrup [SPD]: Richtig!)

Gucken Sie bitte in den Ergänzungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion! Bei einem Haushalt von über 400 Milliarden steht auf ganzen acht Seiten - wir haben 13 Seiten bei 18 Milliarden - nicht eine einzige Zahl. Das ist die wirkliche Situation. Wenn Sie die Kritik schon aussprechen, dann richten Sie diese an die eigene Adresse!

Wir haben in Verantwortung für das Land gehandelt. Ihre Politik des „Augen zu und durch“ können Sie nicht an der Opposition, sondern Sie müssen sie an den eigenen koalitionsinternen Schranken festmachen.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch zwei Bemerkungen zu Themen machen, die hoch jubelt wurden. Erstens zu dem **15-Millionen-Posten** für die **Ausbildung**. Wenn ich es richtig sehe, haben Sie im Haushalt 1998 aus den angeblich ersparten 15 Millionen - zumindest soweit es uns nachvollziehbar vorliegt - nur sieben Millionen für die Ausbildung veranschlagt.

(Holger Astrup [SPD]: Ja, 50 %!)

- Bitte, wo ist der Rest? 50 % von 15 Millionen sind 7,5 Millionen, Herr Kollege! Wo ist das restliche Geld? Das kommt dann sicherlich demnächst.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein Zweijahresprogramm!)

Zweitens zur Frage der Beihilfe. Ihre **Beihilferegelung** entspricht nicht dem, was wir im Land brauchen. Unser Antrag liegt vor.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen, wozu Ihr Antrag führen wird. Nach Äußerungen des Landrats von Dithmarschen wird folgendes geschehen, falls Ihre einschneidenden Regelungen bei der Beihilfe Wirklichkeit werden sollten. Ich zitiere:

„Der Wegfall der Erträge wird darüber hinaus zu einer deutlichen Verschlechterung der

stationären Versorgung in den Krankenhäusern des Landes führen.“

Das ist dann die Realität Ihrer sogenannten neuen Beihilferegelung. Wir lehnen sie auch aus diesem Grunde ab.

(Beifall bei der CDU)

Nun noch zwei Abschlußbemerkungen.

Erstens. Ich höre mit Freude, daß es jetzt eine Aussage der Ministerpräsidentin gibt, daß die Verwirklichung der **A 20** weder verteuert noch verzögert wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ein Sieg des Umweltministers! - Zurufe von der SPD)

Das ist eine Äußerung der Ministerpräsidentin, in die ich in diesem Falle volles Vertrauen setze.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Steenblock hat sich durchgesetzt!)

Übrigens geschah dies nach Abschluß der Hauptausschußsitzung der Grünen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gestern!)

- Ja, gestern. Herr Stellvertretender Ministerpräsident, wenn ich es richtig verstanden habe, haben Sie Ihr Verbleiben im Amte mit einer Verteuierung beziehungsweise Verzögerung wenn nicht gar Verhinderung des Anliegens **A 20** verknüpft.

(Zurufe - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter Stritzl, kommen Sie bitte zum Schluß.

**Thomas Stritzl [CDU]:**

Ich kann Sie nur bitten - um nicht den traurigen Weg vom „grünen Edelmann“ zum „politischen Hampelmann“ zu gehen -, Ihrer Ankündigung jetzt auch Taten folgen zu lassen.

(Zurufe von der CDU: Bravo!- Lebhafter Beifall bei der CDU)

Zweitens nun ein wirklich letzter Satz als Abschlußbitte: Sie haben die Chance,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Vertan!)

das Angebot der ausgestreckten Hand der CDU, aber vielleicht auch der F.D.P. zur Konsolidierung des Haushalts jetzt noch anzunehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Wenn Sie es nicht tun, wird sich die finanzpolitische Situation des Landes weiter drastisch verschlechtern.

An die Adresse der Landesregierung und insbesondere des Finanzministers noch folgendes: Wenn Sie so verfahren wollen, dann übernehmen Sie bitte auch dafür die politische Verantwortung, und tragen Sie die Konsequenzen. Geben Sie Ihren finanzpolitischen Führerschein lieber selbst zurück, bevor der Wähler Ihnen diesen entzieht.

(Anhaltender rhythmischer Beifall bei der CDU - Beifall bei der F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Neugebauer.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gib dir einen Ruck, Günter, und halte nicht die Rede vom letzten Jahr!)

**Günter Neugebauer [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Stritzl, das waren markige Worte, wie wir sie von Ihnen eigentlich auch gewohnt sind.

(Frauke Tengler [CDU]: Wer hat, der hat!  
- Klaus Schlie [CDU]: Nur kein Neid!)

Seit November bieten Sie die ausgestreckte Hand an, Kollege Stritzl, aber wir haben sie nie gesehen.

(Klaus Schlie [CDU]: Brille aufsetzen!)

Wenn man Ihre Rede und das, was der Kollege Kayenburg heute morgen gesagt hat, in drei Sätzen zusammenfassen will, dann stellt man fest: Erstens. Die Steuereinnahmen sprudeln. Zweitens. Der Bund trägt keine Verantwortung für die Haushaltsprobleme des Landes. Drittens. Die Erde ist eine Scheibe.

(Widerspruch und Zurufe von der CDU - Klaus Schlie [CDU]: Heute abend fragen wir uns dann: Was wollte der uns sagen?)

Bis auf die schleswig-holsteinische CDU bezweifelt in Deutschland niemand, daß die dramatischen Einbrüche bei den Steuereinnahmen und die hohe Arbeitslosigkeit nicht nur in allen anderen Bundesländern und im Bund, sondern eben zu diesen dramatischen Haushaltsproblemen auch in Schleswig-Holstein beigetragen haben.

(Zurufe von der CDU)

Wer dies ignoriert und die Folgen für die Haushaltsaufstellung kritisiert, der braucht entweder Nachhilfeunterricht, Kollege Stritzl, oder er sollte seinen parlamentarischen Hut aufsetzen und gehen.

(Zuruf von der CDU - Demonstrativer lebhafter Beifall bei der CDU)

Aber darin zeichnet sich ja die CDU aus: Draußen vor Ort geben Sie Versprechungen ab und machen gegenüber den Verbänden Ankündigungen, und hier im Landtag kritisieren Sie die Verschuldung und verweigern gleichzeitig jeden Beitrag zu den aktuellen Sparbemühungen, zu denen wir alle verpflichtet sind.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie zugeben, daß im Vergleich zu allen anderen Bundesländern Schleswig-Holstein vermutlich unübertroffen ist

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja, bei der Verschuldung!)

bei der Verschlankung der Verwaltung, beim Abbau von Personalstellen und -kosten sowie bei strukturellen Einsparungen und Kürzungen.

Die vielen Demonstrationen vor dem Landeshaus und die vielen Beschwerdebriefe, die wir bekommen, sind doch nicht Ausdruck einer Gefälligkeitspolitik oder einer zu großen Bewilligungspolitik, sondern sie sind leider Ausdruck eines Zwangs, Kürzungen vorzunehmen, zu denen die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen gezwungen sind, und bei den Empfängern Opfer und Einsicht zu verlangen.

Wir haben kein Ausgabe-, sondern ein **Einnahmeproblem**, und Sie wissen das, auch wenn Sie es verdrängen, weil - das werde ich Ihnen gleich noch

nachweisen - die Steuereinnahmen seit 1994 dramatisch zurückgegangen sind, weil das Steuerrecht legal die schon vielzitierten Schlupflöcher erlaubt und weil die Steuerschätzkommission aufgrund der Vorgaben des von der F.D.P. gestellten Wirtschaftsministers im Bund mit ihren Prognosen noch viel fehlerhafter ist als jede Wetterprognose.

Die Oppositionsparteien haben heute wieder lautstark das 1997 entstandene Defizit und die Risiken des Haushalts 1998 beklagt. Aber ich frage Sie: Wer hat denn mit dazu beigetragen, daß uns im Haushalt 1998 etwa 270 Millionen DM Vermögensteuer fehlen?

Wer hat denn mit dazu beigetragen, daß den Ländern nach der Kfz-Steuerreform insgesamt 1 Milliarde DM fehlen, wovon auf Schleswig-Holstein rund 25 Millionen DM entfallen?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Und wer wollte in Bonn eine Steuerreform verabschieden - die Gott sei Dank im Bundesrat gebremst worden ist -,

(Lachen bei der CDU - Zurufe von CDU und F.D.P.: Oh, oh!)

die, wäre sie verwirklicht worden, die **Steuereinnahmen** des Landes Schleswig-Holstein im Jahre 1998 um weitere 600 Millionen DM reduziert und damit die Haushaltsprobleme potenziert hätte?

(Beifall bei der SPD - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: So ist das!)

Das waren CDU und F.D.P., und deswegen haben Sie auch kein Recht, die Zustände hier in Schleswig-Holstein zu kritisieren,

(Angelika Volquartz [CDU]: Das Recht nehmen wir uns; da müssen wir nicht fragen!)

die infolge der Politik Ihrer beiden Parteien in Bonn herbeigeführt worden sind.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir sollten uns einig sein - wo bleibt da Ihr Handeln in Bonn? -, daß die Spitzenverdiener in Schleswig-Holstein faktisch nur noch durch die Zahlung der Sektsteuer zur

Finanzierung der strukturellen Aufgaben in Schleswig-Holstein beitragen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was für eine Steuer? - Martin Kayenburg [CDU]: Ich habe noch nicht registriert, daß die alle nur Champagner trinken! - Weitere Zurufe)

Bis auf die hiesige CDU bestreitet doch niemand, daß die veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer in Schleswig-Holstein zu einer Bagatellsteuer verkommen sind und das Prinzip der Versteuerung nach der Leistungsfähigkeit auf den Kopf gestellt worden ist.

(Widerspruch und Zurufe von der CDU)

Nun habe ich die als Tischvorlage verteilte Resolution von der CDU gelesen. Man gewinnt den Eindruck, Schleswig-Holstein schwimme im Geld. Das Gegenteil ist leider der Fall.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie müssen es nur richtig einsetzen!)

- Zu Ihnen komme ich gleich, Kollege Kayenburg. Lassen Sie mich Ihnen anhand einiger Beispiele etwas Nachhilfeunterricht geben.

1996 hatten wir einen Rückgang der Steuereinnahmen von 979 Millionen DM; das waren fast 10 % der Steuereinnahmen. 1997 hatten wir im Ergebnis 514 Millionen DM Steuern weniger, als im Februar 1997 bei der Haushaltsaufstellung veranschlagt worden war.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie schwindeln doch! Das war gegenüber Ihrer Schätzung und nicht gegenüber den tatsächlichen Summen! Das ist doch kalter Kaffee!)

- Aufgrund der Schätzung, an die sich alle Bundesländer und auch der Bundeshaushalt orientiert haben, Kollege Kayenburg!

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie waren doch an dieser falschen Schätzung selbst beteiligt! - Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

- Hören Sie erst einmal zu; Sie müssen sich die richtigen Zahlen einmal anhören, und dann kommen Sie vielleicht auch zu einer anderen Einschätzung.

(Ursula Röper [CDU]: Gehen Sie doch von den realen Zahlen aus!)

1998 mußten wir mit einer **Reduzierung der Steuereinnahmen** gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung 1994 in Höhe von 2 Milliarden DM für 1998 fertig werden. Daß wir das geschafft haben, verdient doch ein Lob, auch wenn wir leider bei den Investitionen das Ziel nicht ganz erreichen konnten und auch leider die Nettokreditaufnahme angehoben werden mußte. Dennoch hat die Regierung - so denke ich - im Jahre 1997 sowohl mit der Haushaltssperre als auch mit dem Nachtrag zum Haushalt 1997 zeitnah reagiert.

(Ursula Röper [CDU]: Das ist doch wohl ein Scherz!)

Wenn wir stärker gespart hätten, was Sie zwar pauschal verlangen, wozu Sie aber keine konkreten Vorschläge haben, dann hätten wir etwas gemacht, was wir nicht wollten, nämlich das Land kaputtgespart. Wir hätten viele Vereine und Verbänden, die eine wichtige und bezuschussungswürdige Arbeit leisten, praktisch dazu bringen müssen, diese Arbeit einzustellen. Das wollten wir nicht. Wir wollen die Zukunft gestalten, und deswegen kann man heute feststellen: Wir halten Reformkurs, und wir haben mit diesem Haushalt unsere Schwerpunkte auch mit den entsprechenden Haushaltsansätzen durchsetzen können:

Die aktive Beschäftigungspolitik, die Unterrichtsversorgung und die Hochschulausbildung auf einem hohen Niveau, den Umweltschutz, die Modernisierung des Staates,

(Beifall bei der SPD)

die Stärkung der inneren Sicherheit durch entsprechende Ausstattung bei Polizei und Justiz, die Wohnungsbauförderung und die Kindertagesausstattung.

Da ich nur wenig Redezeit habe, möchte ich das auch nur in wenigen Zahlen ausdrücken: Wo sind denn die Bundesländer in Deutschland, die wie Schleswig-Holstein im Jahre 1998 100 weitere Planstellen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung anbieten?

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Die gibt es nicht!)

Können wir uns nicht mit 540 Millionen DM für die Hochschulausbildung sehen lassen, mit 1,5 Millionen DM für die betreute Grundschule, mit über 100

Millionen DM für die Ausstattung der Kindertagesstätten in Schleswig-Holstein? Mit der Neueinstellung von 200 Polizistinnen und Polizisten können wir uns, denke ich, genauso sehen lassen wie mit den 64 Millionen DM für die aktive Beschäftigungspolitik in Form des Programms „Arbeit für Schleswig-Holstein“. Das soll uns erst einmal jemand nachmachen!

Nun weiß ich ja, daß der Kollege Kubicki dies ständig kritisiert, aber mit den Programmen **ASH I** bis **ASH III** ist es uns gelungen, insgesamt 77.000 Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen oder mit ganz besonderen Problemen der Arbeitslosigkeit behaftet gewesen sind, eine Perspektive zu geben, vielleicht nicht auf Dauer, aber wir haben ihnen den Einstieg in den ordentlichen Arbeitsmarkt ermöglicht oder wenigstens erleichtert.

Ich denke an die 260 Millionen DM Fördermittel für den Bau neuer Wohnungen in Schleswig-Holstein. Auch dies ist ein arbeitsplatzschaffendes Programm. Ich denke auch an die Fortsetzung des Regionalprogramms - das haben Sie mit keinem Wort erwähnt -, für das wir 30 Millionen DM bereitstellen, und auch unsere Leistungen für die Werften in Schleswig-Holstein, meine Damen und Herren, können sich sehen lassen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das sieht man an Ihrem Antrag, jawohl!)

- Kollege Kayenburg, wenn Sie sich wirklich einmal redlich anschauen würden, was in den letzten Jahren zur Sicherung der Arbeitsplätze auf den schleswig-holsteinischen **Werften** mit Ihren und mit meinen Steuermitteln geleistet worden ist, kämen Sie zu einer anderen Beurteilung.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie müssen sagen, was Sie nicht mehr tun!)

Allein im Jahre 1997 waren es 42 Millionen DM, in diesem Jahr sind es immerhin noch 40 Millionen DM, und es ist wahrscheinlich von einem Bürgschaftsvolumen von fast 400 Millionen DM auszugehen.

Nun schlagen ja nicht Sie vor, sondern die F.D.P. tut es, die Verpflichtungsermächtigung zu erhöhen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Gut so!)

Ich sage dazu: Wie in der Vergangenheit wird diese Landesregierung und werden die sie tragenden

Fraktionen auch in Zukunft ihren Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze auf den Schiffswerften in Schleswig-Holstein leisten. Wir werden vor dem Hintergrund der aktuellen Beschäftigungssituation und der Auftragslage im Sommer oder im Spätsommer dieses Jahres entscheiden. Aber Sie müssen doch auch zur Kenntnis nehmen: Wenn sich nicht der Bund vor wenigen Jahren seiner nationalen Verpflichtung entzogen und die Finanzierung von zwei Dritteln auf ein Drittel umgestellt hätte, dann hätten wir heute doch überhaupt keine Finanzierungssorgen! Wo bleibt nun Ihr Protest an die Adresse der Bundesregierung?

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann müssen Sie sich einmal die Steuerentwicklung bei Bund und Ländern angucken, Herr Neugebauer! Da müssen Sie dann schon bei der Wahrheit bleiben!)

- Das tue ich gern. Ich bin nur bei der Wahrheit; dazu bin ich auch verpflichtet. Nur, Ihre These ist falsch! Von den vielen Steuererhöhungen, die der Bund in den letzten Jahren vorgenommen hat, hat im wesentlichen - man kann sagen, fast ausschließlich - nur der Bund profitiert und nicht die Länder!

(Martin Kayenburg [CDU]: Damit beweisen Sie nur, daß Sie es nicht wissen!)

- Ich kann Ihnen das nachher zeigen. Ich habe den Vorgang nicht bei mir; er liegt bei mir auf dem Tisch. Ich kann Ihnen das nachher zeigen, Kollege Kayenburg!

(Ursula Röper [CDU]: Das würde uns wirklich interessieren!)

Lassen Sie mich noch erwähnen - für das Protokoll und für die Menschen draußen, aber auch für Sie, weil es Sie möglicherweise noch überzeugt, unserem Haushalt zuzustimmen -,

(Martin Kayenburg [CDU]: Typische Fensterrede von Neugebauer!)

daß es uns Sozialdemokraten gelungen ist, noch weitere wichtige Akzente im Haushalt zu setzen. Ich nenne die **Jugend- und Familienförderung**, die nach unserer Überzeugung nicht weiter dem Spardruck geopfert werden darf, ich nenne wichtige soziale Projekte, zum Beispiel Gesundheitsräume für Drogenabhängige und neue zusätzliche Plätze beim freiwilligen sozialen Jahr, Kollege Baasch. Ich nenne den Schwerpunkt

„Erwachsenenbildung“, bei dem wir jetzt darauf drängen werden, die Einrichtungen in Schleswig-Holstein zur Bildung einer Gesamtkonzeption mit einer Eigenprofilierung und einem höheren Anteil der Eigenfinanzierung zu veranlassen, und ich nenne auch die Kulturarbeit. Sie wird nicht zerschlagen, sondern sie bleibt Schwerpunkt unseres politischen Wollens.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir unterstützen die Landesregierung in ihren Bemühungen, die **Personalkosten** zu reduzieren. Es ist uns gelungen, im Haushalt 1998 mehr als 500 Planstellen einzusparen. Wir haben die Personalbudgetierung durchgesetzt, und wir haben doch mit der 58er Regelung, meine Damen und Herren - wenn ich mich recht erinnere, haben Sie dazu heute überhaupt noch kein Wort verloren -, nicht nur erreicht, daß der Umstrukturierungsprozeß beschleunigt, daß auch Druck auf die Verwaltung ausgeübt wird, sondern daß durch die freigewordenen Mittel meines Wissens 700 jungen Menschen eine neue Perspektive durch Aus- und Fortbildung ermöglicht werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Nun noch ein Wort zur **Beihilfe**! Ich nehme an, der Herr Kollege Stritzl ist nicht mehr auf dem neuesten Stand. Wir legen Ihnen heute einen Antrag vor, der die Artikel 7 und 8 des Haushaltsbegleitgesetzes ändert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der verschlimmert die Lage ja nur noch!)

Wir greifen auch nicht ohne Not zu diesem Schritt. Wir haben Probleme im Haushalt. Wir reduzieren doch nicht den Standard der stationären Versorgung, sondern wir sagen nur: Wer Wahlleistungen bei der stationären Versorgung im Krankenhaus in Anspruch nehmen will, soll dies nicht auf Kosten aller Steuerzahler tun, sondern kann sich dagegen selbst versichern. Niemand wird schlechtergestellt. Ich denke, das ist auch das Prinzip von Solidarität gegenüber anderen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann müssen wir das bei der gesetzlichen Krankenversicherung auch tun!)

Wir haben aber im Interesse des Vertrauensschutzes nicht nur erreicht, daß das Inkrafttreten auf den 1. März verlegt wird, damit Gespräche mit den Krankenversicherungen stattfinden können, sondern wir

haben Ausnahmetatbestände geschaffen, und zwar für diejenigen, die das 70. Lebensjahr vollendet haben, für diejenigen, die - bei bestimmten Voraussetzungen - angeborene Leiden haben, sowie schließlich für jene Angehörige von gesetzlichen Krankenversicherungen, die nicht die Möglichkeit haben, sich zusätzlich zu versichern, meine Damen und Herren.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Lassen Sie mich im Hinblick auf die Einnahmeseite ein Wort zu der Veräußerung von Liegenschaften und Beteiligungen sagen. Es ist uns nicht leichtgefallen, uns von **Liegenschaften** in diesem Umfang zu trennen. Diese Maßnahme ist Ausdruck der Finanzierungsknappheit. Nach reiflicher Überlegung und langen Beratungen sind wir zu der Erkenntnis gekommen - wir bleiben insofern bei unserer Absicht - : Die Übertragung der Liegenschaften in Verbindung mit der Einführung eines zentralen Gebäudemanagements führt zu einem Ergebnis, das wirtschaftlicher ist als das gegenwärtige Verfahren.

Zweitens haben wir die Anregungen aus den Debatten im Finanzausschuß sehr ernstgenommen und das Regelwerk geändert. Um Ihre Kritik, Herr Kubicki, aufzunehmen: Der politische Einfluß des Landes bleibt gewahrt - jetzt indirekt -; er ist auf jeden Fall größer, als wenn wir die Immobilien an Fremde, an Dritte verkauft hätten, was ja ebenfalls im Gespräch gewesen ist.

Lassen Sie mich auch dies für das Protokoll sagen - bei Ihnen habe ich nicht mehr den Eindruck, daß es Ihnen hilft oder Sie überzeugt -: Dem Land werden die Überschüsse aus der Zweckrücklage der Investitionsbank und sämtliche Wertsteigerungen sowie das eingesetzte Eigenkapital bei einer möglichen Rückführung zufließen.

Wir respektieren die ablehnende Haltung. Wir teilen sie nicht, aber wir respektieren, daß man zu einer anderen Feststellung gelangen kann. Wir verwahren uns jedoch, Kollege Kubicki - das sage ich, weil von dem Kollegen Stritzl hier der Gang nicht nach Canossa, aber doch nach Karlsruhe angedroht oder angekündigt worden ist -, ganz entschieden gegen den Vorwurf verfassungswidrigen Handelns. Über die **Verfassungswidrigkeit** entscheidet weder die Opposition noch der Landesrechnungshof, sondern das tun die dazu berufenen Richter in Karlsruhe.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann müssen wir dort ja auch

hin! Das kann man aber ganz emotionslos machen!)

Meine Damen und Herren, der vorliegende Haushaltsentwurf, den wir jetzt gleich verabschieden wollen, trägt natürlich nicht ausschließlich eine sozialdemokratische Handschrift; das ist in einer Koalition normal.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist bedauerlich!)

Vieles hätten wir, Kollegin Heinold, besser, anders oder gar nicht gemacht. Aber daß es uns in einer Situation dramatischer Steuereinbrüche gelungen ist, die Gestaltungsfähigkeit der Landespolitik zu erhalten, und daß als Ergebnis unserer Fraktionsberatungen - der Finanzminister hat sich darüber sehr gefreut - die Nettokreditaufnahme jetzt sogar noch um 400.000 DM gesenkt werden kann, ist doch wohl eines Lobes wert, Frau Fröhlich!

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sind unserer sozialen und ökologischen Verantwortung für das Land gerecht geworden. In diesem Zusammenhang haben wir uns natürlich auch vorgenommen - vorgenommen, muß ich sagen -, die Vorschläge der anderen Fraktionen intensiv zu prüfen. Zu Ihnen, Herr Kubicki, komme ich gleich noch.

Was den SSW angeht, so haben wir von drei Vorschlägen zwei akzeptiert. Die Änderung des Schulgesetzes wollten wir in der vorgeschlagenen Form nicht mitmachen, aber die gefundene Lösung ist - wie Frau Erdsiek-Rave heute morgen schon gesagt hat - ein fairer Kompromiß zwischen den Sparzwängen einerseits und der Planungssicherheit für die **Schulen der dänischen Minderheit** und die Freien Waldorfschulen andererseits.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zur F.D.P.!

(Lothar Hay [SPD]: Das geht ja schnell!)

Respekt, Kollege Kubicki - nicht für das Ergebnis Ihrer Arbeit, aber für den Versuch, doch nachzudenken,

(Lachen bei CDU und F.D.P.)



konkrete Alternativen vorzulegen. Darin haben Sie sich von der größeren Oppositionspartei um mehr als 100 % unterschieden.

(Reinhard Sager [CDU]: Kubicki schwillt schon die Brust!)

Wir haben diese Fleißarbeit natürlich mit besonders intensiver Beratung honoriert, und wie Sie gemerkt haben, haben wir einige Anträge von Ihnen übernommen; die meisten mußten wir ablehnen, weil wir eine andere politische Überzeugung haben. Aber Ihre sinnvollen Vorschläge zur Verbesserung der Polizeiausstattung, Kollege Zahn, und zur Verbesserung der Vereinsarbeit im Umweltschutz haben wir gern übernommen.

(Beifall der Abgeordneten Klaus-Peter Puls [SPD] und Peter Zahn [SPD])

Nun zur CDU! Kollege Stritzl - der Kollege Oppositionsführer ist gegangen -, Ihre Verweigerung - hierin habe ich mich noch einmal schlaumachen lassen -, konkrete Haushaltsalternativen vorzulegen, soll in der Parlamentsgeschichte dieses Landes ohne Beispiel sein.

(Reinhard Sager [CDU]: Glatt gelogen!  
Glatt gelogen!)

- Ich sage, so bin ich informiert worden.

(Reinhard Sager [CDU]: Glatt gelogen!)

- Beweisen Sie das Gegenteil!

(Lachen bei der CDU)

Sie wissen doch selbst: Die heute als Tischvorlage eingebrachte Resolution ist eine politische Bankrotterklärung.

(Widerspruch des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Nun sagen einige Kollegen aus meiner Fraktion, das hätten die CDU-Leute nur gemacht, weil sie nicht den Fehler des Vorjahres machen und sich nicht wieder mit zu vielen Nullen blamieren wollten.

(Angelika Volquartz [CDU]: Oh, oh!)

Ich glaube, daß die Kollegen damit Unrecht haben. Ich glaube, daß Sie vielmehr der Meinung sind, politischen

Erfolg erzielen zu können, indem Sie weiter vor Ort draußen im Land Versprechungen machen, die Politik von SPD und Grünen kritisieren, hier im Landeshaushalt die Verschuldung kritisieren, sich aber konkreten Alternativen zu Kürzungen auch bei Zuschußempfängern verweigern.

(Thomas Stritzl [CDU]: Was? - Hineingucken in den CDU-Antrag! Seiten 6 bis 13! 8 Seiten! - Zuruf der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

- Herr Stritzl, der Kollege Kayenburg, Ihr Fraktionsvorsitzender, hat für die Fraktion im September 1997 in den „KN“ angekündigt, konkrete Vorschläge zum Abbau von 250 Millionen DM Subventionen und Zuschüssen machen zu wollen. Wir müssen heute registrieren: Aus der Ankündigung ist nichts geworden; Sie haben nichts vorgelegt.

Selbst das, was Sie vorgelegt haben, Ihre Resolution - um ein Beispiel zu nennen -, nach der Sie bei den Sechsterteln 67 Millionen DM einsparen wollen,

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

versehen Sie mit dem Hinweis, das möge in der Gesamtsumme gekürzt werden, aber bitte nicht bei den Einzeltiteln, weil Sie nicht den Mut haben, konkret zu sagen, der Zuschußempfänger, der Verband soundso bekommt den und den Betrag weniger.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Entlarvender kann man nicht darstellen, daß einem der Mut zur politischen Alternative fehlt.

(Thomas Stritzl [CDU]: Oha, oha!)

Was Ihre Vorschläge zur WOBAU-Veräußerung angeht, so sage ich folgendes: Sie haben sich doch im Herbst des letzten Jahres von dieser Stelle aus erregt,

(Klaus-Peter Puls [SPD]: Pfui!)

als wir über die Veräußerung von 900 Wohnungen der Kieler Werkswohnungen GmbH gestritten haben. Sie hatten ja Tränen in den Augen, als Sie sich Sorgen um die Belange der Mieter machten.

(Zuruf von der SPD)

Jetzt wollen Sie einfach einmal 18.000 Mieter, ihre Familien in WOBAU-Wohnungen durch solche Verkaufsabsichten verunsichern. Das machen wir nicht mit!

(Lachen bei der CDU)

Im übrigen kann man die LEG nur einmal verkaufen. Wir schlagen vor, Anteile der LEG zu verkaufen, in denen ja die WOBAU-Eigentumsverhältnisse enthalten sind.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Man kann dann nicht zweitens auch noch die WOBAU verkaufen.

Meine Damen und Herren, das, was die CDU mit ihrem Katalog vorgelegt hat, ist ein Katalog von Luftbuchungen. Ich will nur zwei Beispiele nennen, und zwar zunächst die Beauftragten. Ich finde es schon ziemlich peinlich, mit welchem Federstrich Sie einfach alle Stellen für Beauftragte des Landes streichen wollen. Es ist ja nicht nur so, daß wir deren Arbeit wollen und anerkennen. Sie können die Menschen mit der Streichung der Stellen doch nicht in die Kieler Förde werfen; die haben Schutzrechte, das heißt, es entfallen keine Personalkosten.

Dann zu dem, was die Beamten angeht! Hier gibt es doch einen Widerspruch. Bei den Liegenschaften oder bei der Verschuldung kritisieren Sie die Verlagerung von Aufwendungen auf künftige Generationen und Haushaltspläne. Bei der Frage der Verbeamtung halten Sie das für vernünftig. Sie müßten doch konsequenterweise vorschlagen, sämtliche Arbeiter und Angestellten des Landes morgen zu Beamten zu machen. Wir würden in diesem Jahr Geld einsparen, aber in den Haushalten der nächsten Jahre hohe Belastungen haben.

Nein, das lassen wir nicht durchgehen. Deswegen kann ich zum Schluß feststellen: In schwieriger finanzpolitischer Zeit ist es uns gelungen, auch mit dem Haushalt 1998 Zukunftsvorsorge zu betreiben; er ist - der Herr Finanzminister hört gerade nicht zu -

(Klaus Schlie [CDU]: Das kann ich verstehen!)

nicht frei von Risiken insbesondere auf der Einnahmeseite. Aber zum Glück haben wir einen Finanzminister, der im Gegensatz zu seinem Kollegen

in Bonn nicht den Durchblick verloren hat und uns hier seriöse Haushaltsdaten vorgelegt hat.

(Martin Kayenburg [CDU]: Gut, daß Ihnen keiner mehr zuhört!)

- Aber das wird nicht ausreichen, Kollege Kayenburg. Das, was wir brauchen, wenn wir auch künftig seriöse Haushaltspolitik betreiben wollen,

(Klaus Schlie [CDU]: Ist eine neue Regierung!)

ist die Fortsetzung der Struktur- und Funktionalreform, ist die Reform des Steuerrechts, ist eine bessere Finanzausstattung und ist ein Politikwechsel in Bonn.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Bevor ich das Wort weitergebe, will ich auf der Tribüne Gäste begrüßen. Ich begrüße Gäste aus dem SPD-Ortsverein Rethwisch. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile jetzt der Frau Abgeordneten Heinold das Wort.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Stritzl, ich erwarte nicht, daß Sie grüne Parteitagsbeschlüsse lesen und richtig wiedergeben. Insofern ist auch okay, was Sie zur A 20 gesagt haben. Aber ich wäre doch enttäuscht, wenn Sie die Unart grüner Parteitagsarbeit mit seitenlangen Tischvorlagen übernehmen. Ich bitte Sie ganz herzlich: Eignen Sie sich das nicht an. Und nur Mut für 1999: Einmal verrechnet, ist nicht immer verrechnet. Auch Flugangst kann überwunden werden.

Wenn Sie Probleme haben, die Zahlen und die Nullen und die Punkte richtig zu setzen, dann möchte ich Ihnen sagen, daß ich einen phantastischen Referenten habe. Gegen ein geringes Honorar - so denke ich - würde er ihnen behilflich sein.

(Thomas Stritzl [CDU]: Bezeichnen Sie den Minister als Referenten?)

- Ich habe einen phantastischen Referenten.

Herr Stritzl, ich liebe Rätsel, aber nur Rätsel, die gut sind und die eine Auflösung haben. Wenn Sie, wie damals in Ihrer Pressemitteilung geschehen, ankündigen, 67 Millionen DM im Zuschußbereich - Herr Neugebauer hat es erwähnt - kürzen zu wollen, ohne zu sagen, wo, dann ist das ein Rätsel ohne Auflösung, und dann ist es in meinen Augen auch unredlich; denn von den mutigen Sparmaßnahmen, die Sie einfordern, erwähnen Sie an dieser Stelle keine einzige.

Weil die Kraft zu durchgreifenden Einsparungen fehlt, versucht man den Haushalt letztlich mit unsäglichen Mitteln über die Runden zu retten. - So kommentiert der Bund der Steuerzahler die Finanzpolitik des Bundes 1997 bis 2001.

Nach Ansicht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie kommt einer völlig orientierungslosen und unglaublich gewordenen Finanzpolitik von CDU und F.D.P. die Schlüsselrolle für die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu. Das Aufplustern von F.D.P. und CDU in Schleswig-Holstein ist also völlig unangebracht, wenn es um eine solide Haushalts- und Finanzpolitik geht.

(Beifall des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wer wie Frau Schmitz-Hübsch in einer Pressemitteilung Rot-Grün für die hohe Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein verantwortlich macht, der hat die Landesgrenze anscheinend noch nie überschritten.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wer wie die CDU den Verkauf von Liegenschaften kritisiert und gleichzeitig die gleiche Summe durch den Verkauf von Wohnungen einnehmen will, akzeptiert zumindest einmal, daß sich die Landesregierung angesichts der sinkenden Steuereinnahmen andere Einnahmequellen durch Verkäufe schaffen muß. Damit hat die CDU schon einen Schritt nach vorn getan; denn im Frühjahr hat sie dies noch anders dargestellt und nicht von Einnahmeverbesserung, sondern von notwendigen Strukturmaßnahmen gesprochen, das gegeneinander gestellt. Das ist damit relativiert. Vielen Dank dafür.

15 Jahre Kohl: Deutschland vor der Pleite? - Im Bund und in einigen Ländern wurde in 1997 genauso wie auch in Schleswig-Holstein mit der Nettokreditaufnahme die Summe der Investitionen überschritten. Hohe Lohnnebenkosten sind zu einer Belastung des Produktionsfaktors Arbeit geworden. Die Bundesregierung finanziert Arbeitslosigkeit statt Arbeit; sie investiert nicht in die Zukunft, sie vernachlässigt Investitionen in Bildung, Weiterbildung und Umschulung.

CDU und F.D.P. blocken eine Einkommensteuerreform ab. Stillstand und Verkalkung sind ihr Markenzeichen geworden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das könnte ja meine Rede sein!)

Die Notwendigkeit einer ökologischen Steuerreform wird inzwischen von fast allen gesellschaftlichen Kräften anerkannt. Nur die Bundesregierung ignoriert sie.

Schleswig-Holstein leidet unter einem Bundesfinanzminister, der durch eine dramatische Verschuldung, durch eine unverantwortlich hohe Arbeitslosigkeit und durch die permanente Entlastung der Wohlhabenden zu einem rasanten Abwärts der **Steuereinnahmen** beigetragen hat. Schleswig-Holstein leidet unter einer F.D.P., welche den verbalen Ausrutscher „Partei der Besserverdienenden“ zum einzigen programmatischen Inhalt ihrer Bonner Politik gemacht hat und damit jegliche Reformpolitik blockiert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie sollen hier keine Wahlrede halten, Frau Kollegin, sondern etwas zum Haushalt sagen!)

Die Eingriffe in das **Steuerrecht** haben in den letzten Jahren dazu geführt, daß Reiche immer reicher wurden und der Bund tatsächlich Mehreinnahmen hatte. Länder und Kommunen hingegen bekamen nach unserer Auffassung dabei nur ein paar Krumen ab. Herr Stritzl, Sie vertreten dazu ja eine andere Auffassung. Wir können uns im Finanzausschuß gern einmal darüber auseinandersetzen. Es ist jedenfalls eine interessante Diskussion.

(Thomas Stritzl [CDU]: Können Sie das einmal mit Zahlen belegen?)

- Nein, das kann ich nicht. Deshalb sage ich ja: Diese Diskussion würde ich gern mit Ihnen anhand von

Zahlen führen. Diese interessante Frage könnten wir dann klären.

Deshalb müssen Menschen mit unterem und mittlerem Einkommen, aber auch Länder und Kommunen bei weiteren Umfinanzierungsvorschlägen der Schwarz-Gelben aufpassen wie die Luchse. Die Grünen sind nicht bereit zu schweigen, wenn die Umverteilung des Reichtums inzwischen dazu geführt hat, daß 25 % des privaten Vermögens nur einem Prozent der Bevölkerung gehört. Eine größere Gerechtigkeit bei der Einkommensverteilung ist unabdingbar.

Deshalb müssen wir bei der Diskussion um den Landeshaushalt vor allem auch die Einnahmeseite genau betrachten. Hatten wir 1992 noch 695 Millionen DM **Einnahmen** aus der Einkommensteuer, so waren es 1997 nur noch 312 Millionen DM. Das ist ein Minus von fast 60 % des Einkommensteueraufkommens innerhalb von nur fünf Jahren.

Wesentliche Ursachen dafür waren die Anhebung der Sparerfreibeträge und die Steuervergünstigungen für Investitionen in Ostdeutschland. Politisch war dies gut gemeint, aber es führte zu enormen Steuerausfällen. Der Nachteil dabei ist vor allem, daß das deutsche Steuersystem dazu verleitet, Investitionen in erster Linie unter steuerlichem Aspekt vorzunehmen. Großkonzerne melden einen Rekordgewinn nach dem anderen, aber sie zahlen kaum noch Steuern. Bonbons für unsere Sponsoren - so könnte die Überschrift für die Finanzpolitik von CDU und F.D.P. lauten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und SPD!)

Vor allem die F.D.P. ist verstärkt auf Sponsoren angewiesen. Das läßt für das Wahljahr 1998 nichts Gutes vermuten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Machen Sie sich da man keine Sorgen!)

- Herr Kubicki, die F.D.P. in Schleswig-Holstein ist ein personifizierter Störfaktor.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer?)

- Die F.D.P. in Schleswig-Holstein. Kein Programm, keine Ideen, wenig Geld und schwindende Prozente. Also, bitte, ein bißchen mehr Ruhe!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Machen Sie sich darum keine Sorgen!)

Zu dem, was ich eben sagte, fand ich neulich folgende Pressemitteilung:

Die Bundesregierung hat ihr Herz für eine Randgruppe entdeckt: die Golfspieler. Künftig sollen alle Golfvereine als gemeinnützig gelten und von der Körperschaftsteuer befreit sein.

Ich weiß nicht, Herr Kubicki und Herr Stritzl, ob Ihre Parteien das inzwischen umgesetzt haben. Meine Politik ist das nicht. Aber Herr Kubicki kann dazu gleich noch etwas sagen.

Den Vorschlag einiger Bundesländer, angesichts wegbrechender Steuereinnahmen jetzt den Länderfinanzausgleich als Sündenbock zu definieren, halte ich für falsch und unsolidarisch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Richtig ist hingegen, den Sinn und Unsinn von Bundesergänzungszuweisungen und Sonderzuweisungen zu prüfen.

Wenn wir über den **Länderfinanzausgleich** reden, wird deutlich, daß SPD und Grüne immer wieder unterschiedliche Aspekte verfolgen. Die Ministerpräsidentin hat Sorgen um den Absatz von BMWs, falls sich der Länderfinanzausgleich ändert. Das ist nicht meine Sorge. Aber im Bereich Bildung und in anderen Bereichen möchte ich natürlich eine gerechte Verteilung innerhalb der Bundesrepublik gewährleistet sehen.

Für Schleswig-Holstein als Schwellenland im Länderfinanzausgleich ist es immer wieder eine Freude, auch einmal etwas abgeben zu können und somit nicht nur zu den „armen Verwandten“ zu gehören.

Die einzige Möglichkeit, die Einnahmeseite im Landeshaushalt wirksam zu verbessern, sind Verkäufe. Über den **Verkauf von Liegenschaften** ist heute schon viel gesagt worden. Von meiner Seite beziehungsweise von grüner Seite nur noch soviel dazu: Wir haben uns einer breiten Diskussion um die Modalitäten des Verkaufs gestellt, bis hin zu einer von uns angeregten Anhörung von Fachleuten. Wir haben Kritik ernstgenommen und Änderungsvorschläge eingebracht. Wir haben als Grüne immer wieder betont, daß die Diskussion um die Verfassungsmäßigkeit eine Scheindiskussion ist, weil der Investitionsbegriff zum einen veraltet und zum anderen nicht klar definiert ist. Wir stehen zu den Verkäufen, weil wir die

Einnahmeseite verbessern wollen, ohne einen klassischen Kredit aufzunehmen.

Die Grünen sehen angesichts der kontinuierlich hohen Arbeitslosenzahl das **wirtschaftliche Gleichgewicht** als gestört an. Wir fänden es politisch richtig, daß auch der Landtag dies formal erklären sollte. Damit würde sich die Diskussion um die Verfassungsmäßigkeit des Haushalts 1998 erledigen. Denn dann wäre es egal, ob die Gelder aus dem Liegenschaftsverkauf als Kredit zählen würden oder nicht. In jedem Fall ist aber der Erlös aus dem Verkauf zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung notwendig. Eine Klage, egal, ob von F.D.P. oder CDU - vielleicht tun Sie sich zusammen; das ist günstiger -, würde zumindest Licht ins Dunkel der unterschiedlichen Auffassungen der Verfassungsrechtler bringen. Insofern habe ich überhaupt keine Angst davor, sondern begrüße es eher.

Der Haushalt 1998 ist aber bei aller Enge ein politisch gestalteter Haushalt. Unsere heutigen Änderungsanträge tragen zu weiteren Schwerpunktsetzungen bei. Das notwendige Sparen hat uns nicht davon abgehalten, Visionen, Ideen und politische Ziele zu formulieren und diese durch Akzente im Haushalt 1998 zu verwirklichen.

Eckpfeiler für das von uns und von den Wählerinnen und Wählern in Schleswig-Holstein gewollte rot-grüne Projekt **Umweltpolitik** und **Jugendpolitik** stehen bei unseren Änderungsanträgen diesmal im Vordergrund. Arbeitslose und Minderheiten erhalten durch spezielle Maßnahmen unsere Unterstützung. Wir scheuen uns nicht, mit der Einberufung eines Eine-Welt-Beirats auch in Zeiten knapper Kassen über die Tagespolitik hinauszugehen. Wir halten Beauftragte so lange für notwendig, wie Kinder durch die Bonner Familienpolitik vernachlässigt werden, wie Flüchtlinge keine faire Chance auf Asyl haben, wie Lesben und Schwule diskriminiert werden und solange es kein Antidiskriminierungsgesetz für Behinderte gibt.

Wir lassen uns unsere Erfolge von der Opposition nicht madig machen. Wir wissen, daß in Zeiten notwendiger Sparmaßnahmen nichts schlimmer wäre als eine Kahlschlagpolitik à la Würzbach.

Nichts wäre ungerechter als eine weitere Bevorzugung derjenigen, die sich selber helfen können, so wie es die F.D.P. unter dem Anschein der Liberalisierung immer wieder vorschlägt.

Die Landesregierung hat durch die 58er-Regelung dazu beigetragen, daß die Verwaltungsreform Schubkraft

erhält und Stellen abgebaut werden. Durch das gegebene Versprechen, 50 % der real eingesparten Gelder in **Ausbildungsplätze** zu reinvestieren, gelingt es nun, 1998/99 mit einem 15-Millionen-DM-Programm rund 860 neue Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen zu fördern.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Die breite Fächerung des Konzepts macht zudem deutlich, daß damit vor allem Jugendlichen und jungen Erwachsenen geholfen wird, sich ins Arbeitsleben zu integrieren.

Diese Kraftanstrengung in Zeiten sinkender Steuereinnahmen ist für ein kleines Land wie Schleswig-Holstein vorbildlich. Die Grünen bedanken sich hiermit ausdrücklich bei der Ministerpräsidentin und ihrem Kabinett für dieses kreative und innovative Programm.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Verwaltungsstrukturreform, Aufgabenkritik und Aufgabenanalyse verändern die Verwaltung täglich. Hinzu kommen muß verstärkt die kritische Auseinandersetzung mit der Bevölkerung über den Umfang staatlicher Leistungen.

Angesichts der hohen Verschuldung ist hier die Politik gefragt. Auch wenn wir uns mit jedem neuen Sparvorschlag angreifbar machen, ist es doch einfacher, als regionaler Abgeordneter so zu tun, als wollte man die beschlossenen Strukturmaßnahmen eigentlich gar nicht haben. Aber wer will es denn verantworten, wenn wir die Verschuldung weiter hochtreiben, Doppelstrukturen bestehen lassen und aus Angst vor der eigenen Courage ein Polizeiorchester spielen lassen, als hätte sich die finanzielle Situation in Deutschland in den letzten Jahren nicht verändert?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

1998 wird für die Landesregierung, vor allem aber für den Finanzminister, wiederum kein Eichhörnchenjahr werden, in dem er fleißig einsammeln und Vorsorge treffen könnte.

Aber die CDU und F.D.P. machen es uns leicht, hinter Finanzminister Möller zu stehen und auch seinen

defizitären Haushaltsabschluß 1997 zu billigen. Das möchte ich hier in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Denn ein Kräfteressen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, macht nur unter gleichwertigen Partnern einen Sinn.

(Martin Kayenburg [CDU]: Da müssen Sie noch lange wachsen!)

Bei einem Monopoly-Spiel würde Möllers Verkauf von Gebäuden akzeptiert werden, während Waigels Versuche der Höherbewertung eines Goldschatzes oder aber der Senkung der Steuerlast ohne Gegenfinanzierung als falscher Joker durchfallen würden - genauso wie in der Realität.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki** [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der heutige Tag ist ein schwarzer Tag für das Land Schleswig-Holstein, denn das **Bundesverwaltungsgericht** hat heute entschieden, daß der **Sofortvollzug zum Bau der A 20** ausgesetzt wird, und wir stehen damit vor dem Problem, daß eine Regierung, die im April letzten Jahres den Planfeststellungsbeschluß gefaßt

(Martin Kayenburg [CDU]: Stillstand im Land!)

und einen Sofortvollzug angeordnet, ihn aber nicht vollzogen hat, nun vor einem Trümmerhaufen ihrer eigenen Politik steht.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es! - Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn ich die Begründung des Bundesverwaltungsgerichtes richtig verstehe, dann dürfte sich die Sozialdemokratie dieses Landes in absehbarer Zeit fragen lassen müssen, ob das, was vor der letzten Landtagswahl passiert ist, nämlich die Nordtrasse ernsthaft noch einmal zu prüfen, nicht zu

einem Bumerang zu Lasten der Interessen dieses Landes werden wird.

Ich stelle von diesem Platz aus heute fest: Eine zentrale, für die Anbindung Schleswig-Holsteins überlebenswichtige Frage ist aufgrund eines Fehlverhaltens dieser Landesregierung negativ für das Land entschieden worden. Das bedauern wir sehr. Die entsprechenden Konsequenzen werden wir daraus noch ziehen müssen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich bedaure auch sehr, daß die Ministerpräsidentin dieses Landes nicht anwesend ist, die ja heute morgen die Rede des Fraktionsvorsitzenden der F.D.P. nicht so sehr gelungen fand - ich fand sie ausgesprochen gut -

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

und die in ihrer Replik sehr schnell, wenn auch wenig nachgedacht, erklärte, sie wisse gar nicht, woher ich die **Zahlen** über die wundersame **Stellenvermehrung** des Landes Schleswig-Holstein hätte. Und die würden sich ja auch von Jahr zu Jahr ändern. Letzteres stimmt natürlich, weil sich auch die Haushaltspläne von Jahr zu Jahr ändern. Ein schlichter Blick in die Bemerkungen des Landesrechnungshofes für 1996 und 1997, Herr Minister oder Frau Ministerpräsidentin, hätte Sie eines Besseren belehrt, denn die Zahlen, die wir als Fraktion haben - und noch vertrauen wir ja dem Landesrechnungshof, weil wir an dessen Kompetenz keine Zweifel haben -, stammen aus den Bemerkungen des Rechnungshofes. Insofern können wir jedenfalls für uns in Anspruch nehmen, daß wir bei der Quellensuche einigermaßen genau waren. Ich stelle Ihnen die Zahlen auch gern zur Verfügung. Ich habe sie mir extra noch einmal herunterkommen lassen.

Zu dem Haushalt und seiner Struktur ist heute morgen bereits sehr viel gesagt worden - sehr viel Richtiges gesagt worden -, und ich möchte zunächst einmal dem Vorsitzenden des Finanzausschusses, Lothar Hay, ausdrücklich für die souveräne Führung des Finanzausschusses - unabhängig von der Frage völlig unterschiedlicher Auffassungen - danken.

(Beifall)

Angeichts der Tatsache, daß wir von der Landesregierung und anderen - zwar nicht in dem Umfang wie heute von der Union - in Fragen von sehr fundamentaler Bedeutung immer mit Tischvorlagen bombardiert worden waren, war es eine ausgesprochene Leistung, das alles einigermaßen zu „handlen“. Ich

möchte noch hinzufügen, ich hätte nicht gedacht, daß es zu Holger Astrup noch eine Steigerung geben könnte. Auch hier bin ich eines Besseren belehrt worden.

Ich komme jetzt auf einen sehr entscheidenden, mich persönlich und wahrscheinlich auch Teile der Regierungsfractionen berührenden Punkt zu sprechen. Es handelt sich um die Frage, wie wir als Parlamentarier mit dem **Haushaltsvollzug** fertig werden, und zwar mit der Tatsache, daß wir beispielsweise im August 1997 einen Nachtragshaushalt verabschiedet haben, an den sich die Regierung dann vier Monate lang einfach nicht gehalten hat. Ich bin ausgesprochen dankbar und froh, daß wir im Haushaltsgesetz des nächsten Jahres - das sage ich ausdrücklich als Kompliment - verankern, daß die Regierung bei der Erwirtschaftung ihrer globalen Minderausgaben nicht verfahren kann, wie sie will, sondern die Parlamentarier jedenfalls noch fragen muß - auch die Mitglieder der Regierungsfractionen -, ob die **politische Schwerpunktsetzung** im Vollzug dann auch tatsächlich noch dem entspricht, was das Parlament mit seiner Beschlußfassung vorher zum Ausdruck gebracht hat. Insofern akzeptieren - -

(Günter Neugebauer [SPD]: So sind wir!)

- Kollege Neugebauer, es gibt - selten genug - aber auch einmal Anlässe, die Sozialdemokraten zu loben.

Ein weiteres Risiko des Haushaltsjahres 1998 - Herr Finanzminister Möller, vielleicht sagen Sie noch einmal etwas dazu - ist die Erwirtschaftung von **Ausgaberesten** für **Einnahmen**, welche Sie bereits getätigt haben, die Sie in 1997 noch bilden müssen, aber **Ausgaben**, die im investiven Bereich erst 1998 erfolgen. Das betrifft sowohl die wunderbaren Eisenbahnwaggons wie auch die Liegenschaft „Hiroshimaplatz“. Das ist eine Größenordnung von zirka 90 Millionen DM, die Sie irgendwoher noch nehmen müssen. Wir haben momentan noch Zweifel daran, daß in der entsprechenden Größenordnung Ausgabereste tatsächlich bereitgestellt werden können. Aber das werden wir ja sehen. Es ist eine zusätzliche Belastung des Haushaltes 1998, die bisher nirgendwo im Zahlenmaterial auftaucht, Kollege Neugebauer.

Nun komme ich zu dem von uns allen sehr geliebten und geschätzten „**Immobiliendeal**“. Ich gebrauche diesen Begriff tatsächlich, weil er sich mittlerweile in der Öffentlichkeit eingebürgert hat, ohne daß damit kriminogene Auswirkungen unterstellt werden.

Herr Kollege Neugebauer, es wäre nett, wenn die Mehrheitsfractionen dieses Hauses zur Kenntnis genommen hätten, daß es parallel dazu einen Vorschlag der F.D.P. gab, die Liegenschaften des Landes in eine landeseigene GmbH zu überführen. Es war übrigens auch ein Vorschlag der F.D.P.-Fraction, die Baubetreuung in eine Baubetreuungs-GmbH zu übernehmen beziehungsweise die Verwaltung der Liegenschaften in einer eigenen Gesellschaft zu strukturieren. Wir haben immer gesagt, ob das öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich organisiert werden soll, müssen wir sehen, das müssen Wirtschaftlichkeitsberechnungen ergeben. Insofern, Frau Kollegin Heinold, sind wir gar nicht so weit voneinander entfernt, wenn es darum geht, zur Verbesserung der Finanzsituation des Landes etwas zu tun, und dazu auch gehören kann, Liegenschaften zu veräußern oder bestimmte Leistungen, die das Land bisher im eigenen Bereich organisiert hat, privatrechtlich wirklich ausgelagert zu organisieren.

Daß wir ein Gutachten in Auftrag geben, muß Sie nicht verwundern, denn wenn Sie Opposition wären, würden Sie es in gleicher Weise tun. Die verfassungsrechtliche Frage ist tatsächlich - ich sage es einmal - zumindest offen. Da es noch keine höchstichterliche Entscheidung gibt und da nach meiner persönlichen Auffassung - ich habe im Ausschuß versucht, das zu erklären - die verfassungsrechtlichen Bedenken bei der Konstruktion überwiegen, könnten wir auch völlig emotionslos - wenn denn der Gutachter zu dem Ergebnis kommt, die bisherige Konstruktion unterliege höchst starken verfassungsrechtlichen Bedenken - Karlsruhe anrufen, um in dieser Frage endgültig und nicht nur für Schleswig-Holstein, sondern bundesweit bei einer Umgestaltung des bisherigen Haushaltsrechts Klarheit darüber zu bekommen, was eigentlich mit dem **Kreditbegriff** gemäß **Artikel 115 des Grundgesetzes** und **Artikel 53 der Landesverfassung** überhaupt noch angefangen werden kann. Lassen Sie uns jetzt wirklich emotionslos - -

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich unterstelle niemandem, daß er bewußt und systematisch Verfassungsbruch betreibt. Das unterstelle ich niemandem, das sage ich ausdrücklich, weder dem Finanzminister noch den Regierungsfractionen. Ich sehe auch Ihre Not, den Haushalt konsolidieren zu müssen und einen Weg zu beschreiten, von dem ich gesagt habe, darüber nachzudenken ist schon einmal charmant, er stößt sich nach meiner bisherigen Auffassung nur an den bisher geltenden Regelungen. Die könnten wir ja möglicherweise auch ändern und

dann so verfahren. Aber wir haben einfach nicht mehr die Zeit dafür.

Herr Minister, lieber Kollege Neugebauer, angetreten sind die Sozialdemokraten und die Grünen ja auch - ich habe die Pressemeldung da - mit drei Punkten, die erfüllt sein müssen:

Erstens: Bei diesem Immobiliendeal muß die Wirtschaftlichkeit nachgewiesen werden.

Zweitens: Es muß der Einfluß des Landes und des Landtages erhalten bleiben. Ich will jetzt nicht die Sitzungen zitieren, die wir im Schleswig-Holstein-Saal mit großen Erklärungen über die Sinnhaftigkeit dieses Immobiliendeals hatten, weil gerade damit gewährleistet sei, daß der Einfluß des Landtages erhalten bleibe.

Drittens: Es dürfen keine durchgreifenden rechtlichen Bedenken gegen diese Form der Konstruktion bestehen.

Zu Punkt eins, Kollege Neugebauer, können wir feststellen, daß die **Wirtschaftlichkeit** nicht nachgewiesen ist.

(Günter Neugebauer [SPD]: Aber auch nicht das Gegenteil!)

- Ja, ich komme gleich dazu, Kollege Neugebauer. Es ist ja schon schön, wenn Sie sagen, es reicht mir jetzt, daß ich feststelle - -

(Zuruf von der SPD: Nein!)

- Ich komme gleich dazu!

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Kollege Neugebauer, Sie sind angetreten - ich will Ihre Pressemitteilung jetzt nicht zitieren - -

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Ich gehe gleich und hole sie. Die Wirtschaftlichkeit muß nachgewiesen sein! Sie haben gejubelt wie ein Weltmeister, nachdem die I-Bank eine wunderschön - auch graphisch wunderschön - dargestellte Berechnung vorgelegt hat, von der sie selbst anschließend gesagt hat, es sei ja gar keine Wirtschaftlichkeitsberechnung. Die Wirtschaftlichkeit sei nunmehr nachgewiesen.

Es gibt gar keine Alternativrechnung - bis auf diese nette des Rechnungshofes - für alternative Modelle. Es gibt keine Alternativrechnung für die Frage, was passiert, wenn wir Liegenschaften in eigener Hand behalten, wenn wir das Gebäudemanagement trotzdem als öffentlich-rechtliche Anstalt ausgliedern und damit die bessere Bewirtschaftung der Gebäude erreichen und das Einsparpotential realisieren. Was passiert, wenn sich das Land alternativ weiter verschuldet? Wir haben festgestellt - übrigens auch mit Zustimmung der I-Bank -, daß unter sonst gleichen Annahmen der Verbleib der Liegenschaften beim Land wirtschaftlicher als die Veräußerung an die I-Bank wäre. Ich habe das bereits gesagt, weil sich das Land preiswerter oder kostengünstiger oder zinsgünstiger verschulden kann als die I-Bank. Alternativrechnungen dazu, was bei der Veräußerung an die landeseigene GmbH und deren anschließenden Anteilsverkauf oder Beleihung passiert, was beispielsweise bei einer Fondslösung, wie das Land Berlin sie vorgeschlagen hat, passiert, sind gar nicht angestellt worden.

Deshalb ist die Aussage, eine Wirtschaftlichkeitsberechnung liege vor - übrigens von der I-Bank selbst, wie Herr Rieck ja sagte -, zu keinem Zeitpunkt erhoben worden, und sie kann auch nicht mit Zahlen unterfüttert werden. Der erste Punkt ist also nicht erfüllt. Ich gebe allerdings zu, daß diese Konstruktion nicht unwirtschaftlicher ist als das Belassen des alten Zustandes. Darüber sind wir uns völlig einig.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wir sagen, sie ist wirtschaftlicher als die gegenwärtige!)

- Sie wird erst dann wirtschaftlicher, wenn das Gebäudemanagement funktioniert. Das würde auch funktionieren, wenn wir die Liegenschaften nicht auf die I-Bank übertragen, sondern in eigenem Eigentum behalten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Eigentümerstellung ändert daran überhaupt nichts. Die neue Landesanstalt wird ja von einem Mitarbeiter der LEG, der über herausragende Kompetenz verfügt, und im übrigen von Mitarbeitern der Landesbauverwaltung geführt; auf die I-Bank kommt es in diesem Zusammenhang überhaupt nicht an. Nur diese Anstalt erwirtschaftet die Rationalisierungspotentiale.

Der zweite Punkt, der genannt wurde, lautet: **Einfluß des Landes** erhalten! Im Prinzip können Sie der



Opposition dafür danken, daß wir ständig darauf beharrt haben zu erklären, daß, wenn der Einfluß des Landes - so wie von Ihnen in § 64 a der Landeshaushaltsordnung vorgesehen - erhalten bleiben soll, wir mit der bisherigen Konstruktion sehr nahe in die Nähe der Verfassungswidrigkeit kämen, im Hinblick auf Artikel 53 der Landesverfassung. Es käme dann doch zu dem, zu dem es nicht kommen soll - die Frau Ministerpräsidentin hat das schon in den Mund genommen -, nämlich zu einer Art Treuhandgesellschaft.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Ich finde es sehr schön, daß Sie sich wieder einmal auf die Opposition berufen können. Das wollten wir damit allerdings nicht erreichen. Aber man wird ja schlauer. Auch zur jetzigen Konstruktion bestehen Bedenken, weil Sie - unabhängig von der Tatsache, wer im Liegenschaftsausschuß später das Sagen hat - das Problem haben, daß die I-Bank wie eine 100prozentige Tochter des Landes zu behandeln ist. Das ausschließliche **Haftungs- und Wirtschaftlichkeitsrisiko** für den gesamten Immobiliendeal verbleibt beim **Land Schleswig-Holstein**. Nicht nur alle Chancen, sondern auch alle Risiken verbleiben da. Deshalb ist er wie eine Kreditaufnahme des Landes für sich selbst zu behandeln. Das ist meine Auffassung, sie ist - wie schon gesagt - nicht höchststrichterlich abgesichert, aber ich bin davon überzeugt, daß sich diese Auffassung im weiteren Verfahren durchsetzen wird.

Sie haben das Problem, daß Sie den Landtag nicht mehr in irgendeiner Form beteiligen. Lothar Hay, machen wir uns nichts vor: Die nach- oder vorträgliche Unterrichtung des Landtages stellt keine wirkliche Einflußnahme dar. Herr Kollege Neugebauer, das kennen wir aus dem Bereich der I-Bank und der Landesbank. Wir werden nicht einmal konsultiert, sondern gerade einmal informiert, weil es das Gesetz so vorschreibt. Das war es dann aber auch. Eine wirkliche Einflußnahme des Landtages auf diese Geschäfte findet nicht statt.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wir haben andere Erwartungen, die haben wir auch zu Protokoll gegeben!)

- Herr Kollege Neugebauer, ich habe gesehen, wie die anderen Erwartungen - das sage ich ohne Häme - im Zusammenhang mit der Ausgliederung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesbank aus

der Rentenversicherung, von Frau Heinold und Herrn Hay formuliert, in der Wirklichkeit realisiert wurden. Das einzige, was die öffentlichen Meldungen erreicht haben, war, daß wir für eine Sitzung des Beirates am Tisch etwas nach oben gerutscht sind. Das war alles. Jetzt rutschen wir bedenkenlos wieder nach unten. Das zeigt ganz deutlich, welche Wertschätzung die Landesbank, die I-Bank und andere Institutionen dieses Landes diesem Parlament noch entgegenbringen.

Die entscheidenden Fragen für uns als F.D.P.-Fraktion waren: Warum gibt es diese Konstruktion? Wo ist sie erdacht worden? Wer hat sie erfunden? Herr Kollege Neugebauer, die ganzen Beratungen haben bei mir den Eindruck verstärkt, daß die einzigen, die den ganzen Bereich überhaupt überblicken, nicht im Bereich der Landesregierung oder vielleicht in der Regierungsfraktion des Parlamentes sitzen, sondern im Bereich der Landesbank Schleswig-Holstein.

(Martin Kayenburg [CDU]: So war es!)

Das ist nichts Verwerfliches, sondern durchaus achtenswert. Wenn man die zeitliche Nähe zu den Eigenkapital- oder Haftkapitalproblemen der Landesbank und den Immobiliendeal betrachtet, die Tatsache, daß nur auf diese Art und Weise der I-Bank 300 Millionen DM Zweckvermögen zugeführt werden können, die zur Hälfte als Haftkapital der Landesbank herangezogen werden können - -

(Holger Astrup [SPD]: Du weißt doch, aus welchen Gründen! Was soll das denn noch?)

- Das war nicht heraus, zu dem Zeitpunkt, als es geboren wurde! Erst im weiteren Verlauf hat die Landesbank erklärt, daß sie die Zweckrücklage nicht in Anspruch nehmen will, solange Brüssel nicht entscheiden kann.

Herr Kollege Astrup, dann entstand auf wundersame Weise bei der Landesbank der Zwang, 150 Millionen DM Kernkapital zu bilden, nämlich genau den Betrag, der mit der Zweckrücklage auch dagewesen wäre, als stille Beteiligung der LEG, die das ja eigentlich gar nicht wollte, und der Provinzial Schleswig-Holstein. Ich sage einmal: Ein Schelm, wer Schlechtes dabei denkt.

(Günter Neugebauer [SPD]: Reiner Zufall!)

- Reiner Zufall, natürlich! Die zeitliche Nähe und die Art und Weise spricht für mich Bände, andere Alternativen konnten zum damaligen Zeitpunkt gar nicht mehr untersucht werden, weil hier zwei im gleichen Boot saßen, den gleichen Zwang hatten. Ich möchte das nur beschreiben, man muß das nicht beklagen. Das führte aber jedenfalls nicht dazu, daß wir uns als Landesparlament die günstigste Alternative haben aussuchen können.

Herr Kollege Neugebauer, ich bin - auch im Namen meines Hundes - den Sozialdemokraten äußerst dankbar, daß sie die Versorgung der Polizeihunde Schleswig-Holsteins um 10.000 DM angehoben haben.

(Holger Astrup [SPD]: Kriegt der auch was ab?)

Das ist ein weitreichendes Entgegenkommen. Dafür habe ich mich auch schon sehr ausdrücklich bedankt. Aber es gibt auch noch andere Bereiche, in denen wir uns gewünscht hätten, daß uns die Sozialdemokraten entgegengekommen wären. Dazu spreche ich beispielhaft die Frage des **Schulbaufonds** an, nämlich ob wir die Schulbausanierungsförderung für die Kommunen nicht erhöhen müssen. Ich spreche beispielsweise die Frage an, ob wir die **Kommunikationsausstattung** an den Schulen nicht schnellstmöglich verbessern müssen, in Ausweitung des vergleichsweise bescheidenen Ansatzes, der gegenwärtig schon unternommen wird. Zeit ist hier nicht nur Geld, Zeit bedeutet hier, die Lebenschance einer ganzen Generation zu wahren, eine Beteiligungschance einer ganzen Generation zu schaffen.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

Dazu müßten nur vergleichsweise geringe Beträge eingesetzt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Wir haben im Lande doch schon einen Schulbaufonds, den müssen wir doch nur etwas anheben. Damit würden wir auch die Chance für mehr Arbeitsplätze im handwerklichen Bereich schaffen, Herr Kollege Neugebauer, statt für Arbeitsverhältnisse im Bereich von ASH III, IV oder anderen.

Herr Kollege Neugebauer, daß Sie in diesem Punkt hinterherlaufen, wird Sie sehr schnell einholen. Denn die Demonstration der Schülerinnen und Schüler im

letzten Jahr war eine Demonstration für mehr Bildung, für mehr Möglichkeiten einer künftigen Lebensgestaltung. Hier haben Sie vergleichsweise wenig getan, obwohl nicht viel dazu gehört hätte, uns entgegenzukommen.

Ein weiterer Punkt ist die Frage der **Wettbewerbshilfen für die Werften**. Es kommt mir langsam komisch vor, daß ich als Liberaler nun dafür eintreten muß, daß die schleswig-holsteinischen Werften im Wettbewerb nicht schlechter gestellt werden als die Konkurrentinnen und Konkurrenten in Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Bremen oder Niedersachsen. Wir können uns grundsätzlich darüber unterhalten, ob man die Wettbewerbshilfe auszahlen muß, ob man Subventionen dieser Art braucht. Wenn es denn aber schon - übrigens in einer gemeinsamen Aktion der Bundestagsabgeordneten der Küstenländer, auch der der SPD - gelungen ist, für sie 80 Millionen DM zusätzlich im Bundeshaushalt zu verankern, und wenn ich von schleswig-holsteinischen Werften höre, daß besonders zwei in strukturschwachen Gebieten vor möglichen Vertragsabschlüssen stehen, die über mehrere Jahre hinweg Arbeitsplätze garantieren und sichern können und dem Land Schleswig-Holstein Steuereinnahmen in nicht unbeträchtlicher Höhe einbringen könnten, dann frage ich mich, ob das Signal, wir prüfen das im Mai/Juni, obwohl das bis Ende März entschieden werden muß, das richtige Signal ist, diesen schleswig-holsteinischen Werften bei der konkreten Auftragsvergabe oder Auftragshereinnahme zu helfen.

Ich denke, es wäre ein leichtes gewesen, dieses vergleichsweise bescheidene Signal, eine Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung, zu setzen und damit die Möglichkeit des Wirtschaftsministers, im Zweifel schnell zu belegen, zu schaffen und uns und auch den Werften entgegenzukommen. Ich bedauere sehr, daß Sie das nicht getan haben oder sich so weit haben bisher nicht durchringen können. Irgendwann kann es zu spät sein. Wenn die Aufträge weg sind, dann können wir jaulen und jammern, sie werden im Zweifel nicht wiederkommen.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Ein dritter Punkt betrifft die Frage der Beihilferegelung. Herr Kollege Neugebauer, die Tischvorlage, die ich heute zur **Beihilferegelung** erhalten habe, verschlimmert meiner Meinung nach die Situation, anstatt sie zu verbessern. Schade, daß wir keine Chance mehr haben, sie im Ausschuß zu beraten.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich habe jetzt leider nicht die Zeit, das näher auszuführen, aber ich werde Ihnen das gleich juristisch begründen. Sie zwingen mit Ihrer Stichtagslösung 1. März jemanden - wenn ich den Gesetzestext, den Sie vorgeschlagen haben, ernst nehmen soll -, während einer laufenden Behandlung von einem Zwei-Bett-Zimmer in den Kreißsaal von Heide Simonis umzuziehen - ich formuliere das einmal etwas polemisch. Das kann doch nicht Sinn der Veranstaltung sein. Da wir nicht mehr ausreichend Zeit und Gelegenheit hatten, darüber im Ausschuß zu beraten, wird Sie die Rechtsprechung auch in diesem Punkt, wie in anderen Punkten, wieder einholen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Herr Kollege Neugebauer, ich habe die mittelfristige Finanzplanung gelesen. Ab und zu sollte man einem Juristen, wenn man ihm schon nicht vertraut, wenigstens glauben, daß er einen Gesetzestext lesen kann. Es mag sein, daß ihr etwas anderes wolltet. Aber das, was im Gesetzentwurf steht, hat die Konsequenz, die ich gerade beschrieben habe. Das belege ich später.

Ich möchte noch ein letztes Wort zur mittelfristigen Finanzplanung sagen. Herr Finanzminister, ich habe heute morgen schon versucht, darauf einzugehen.

Die **mittelfristige Finanzplanung** bei der Frage der Verschuldung - darauf habe ich schon hingewiesen - ist mittlerweile nicht mehr aussagekräftig. Auch die ständigen Prognosen, wir werden im Jahre 1999, 2000, 2001 die Nettoneuverschuldung auf 800 Millionen DM zurückfahren, die wir ja seit geraumer Zeit in diesem Lande abgeben, haben sich nicht bewährt. Ich denke, Sie dürften sich glücklich schätzen, wenn es Ihnen gelingt, die Neuverschuldung nicht weiter ansteigen zu lassen. Das wäre auch schon ein Erfolg.

Haushalte der öffentlichen Hand sind wie große Tanker. Sie brauchen sehr lange, bis sie auf Ruderbefehle reagieren. Herr Finanzminister, bei allen Anstrengungen, die ich bei Ihnen sehe - ich sage noch einmal: von den mir bekannten sozialdemokratischen Finanzministern sind Sie der beste,

(Beifall bei der SPD)

was nicht heißt, daß es nicht andere Finanzminister gibt, die gleich gut oder besser sind -, wird es wirklich Zeit - wie sie sagten -, in die Ausgabenstruktur des Landeshaushalts hineinzugehen. Die Einnahmeseite ist

zwar auch ein Problem, aber kein strukturelles. Die Ausgabenseite ist ein strukturelles Problem. Im Jahre 2000 sind wir mit den Liegenschaftsverkäufen am Ende. Wenn es bis dahin nicht gelingt, auf der Ausgabenseite wirklich neue Strukturen einzuziehen, stehen wir - wer auch immer Finanzminister des Landes Schleswig-Holstein sein wird - im Jahre 2001 vor einer nahezu unlösbaren Aufgabe. Das wünsche ich Ihnen nicht. Deshalb wünsche ich mir, daß CDU und F.D.P. im Jahre 2000 die Regierung übernehmen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Verlauf der Haushaltsberatungen mit zwei Nachschiebelisten und mit vielen Änderungen des Entwurfs zur Änderung des Investitionsbankgesetzes kann uns nicht zufriedenstellen. Das ist auch im Finanzausschuß mehrfach zur Sprache gebracht worden. Zweimal wurde die Lesung des Haushalts verschoben. Bei der zweiten Nachschiebeliste mußte teilweise von völlig neuen Zahlen ausgegangen werden. Man muß der Landesregierung zugute halten, daß die unsicheren Steuerschätzungen zu der Lage beigetragen haben und daß mit dem Liegenschaftsmodell völliges Neuland betreten wurde. Dazu kommt, daß die Landesregierung bei den Beratungen zum Investitionsbankgesetz vielen Kritikpunkten des Finanzausschusses entgegengekommen ist. Das war zeitraubend, aber natürlich zu begrüßen. Die notwendige Beratung des Haushaltsentwurfs der Landesregierung durch das Parlament ist dadurch zwar erschwert worden, allerdings nicht in einem solchen Ausmaß, daß noch eine dritte Lesung des Haushalts - wie von der CDU heute morgen gefordert - nötig und sinnvoll wäre.

Die endgültigen **Eckdaten** des Haushalts einschließlich der zweiten Nachschiebeliste zeigen mehr als deutlich die finanzpolitischen Probleme des Landes auf. Die Zinssteuer- und die Zinsausgabenquote steigen im Haushaltsjahr 1998 weiter an. Dies zeigt die wachsende Belastung des Haushalts durch die Zinsaufwendungen für die Schulden des Landes. Obwohl die Landesregierung für 1998 eine geringe Senkung der Nettokreditaufnahme vorsieht und somit die Kreditfinanzierungsquote leicht sinkt, steigt die Pro-Kopf-Verschuldung des Landes weiter an. Dazu

kommen einmalige Einnahmen durch die Veräußerungen der Anteile des Hamburger Flughafens und anderer Formen von Landesvermögen. Die globalen Minderausgaben sind im Haushaltsentwurf im Verhältnis zum letzten Jahr gefallen, betragen aber immer noch fast 80 Millionen DM.

Der finanzpolitische Spielraum bleibt deshalb auch in der **Finanzplanung** des Landes bis zum Jahre 2001 sehr eng. Die Investitionsquote fällt weiter, obwohl beispielsweise die Werftenhilfe zum ersten Mal vom Bundesfinanzministerium unter den Investitionsbegriff eingeordnet wurde. Bei gleichbleibenden Investitionsausgaben in Höhe von zirka 1,5 Millionen DM rechnet die Landesregierung in ihrer Finanzplanung nur noch mit einer Investitionsquote von 10 %. Da ist es kaum ein Trost, daß diese Quote immer noch höher ist als die im Haushaltsvollzug für 1997 erreichte Investitionsquote von nur 9,8 %.

Wir alle wissen, daß auch die **geplanten Steuereinnahmen** für das Haushaltsjahr 1998 und für die Jahre danach auf tönernen Füßen stehen. Der vorläufige Haushaltsabschluß für das Jahr 1997, in dem 500 Millionen DM weniger Steuern eingenommen worden sind, als geplant waren, sollte uns als Warnung dienen. Im Ergebnis lag die Nettokreditaufnahme im Haushaltsjahr 1997 damit erstmalig über der Grenze des Artikel 53 der Landesverfassung. Die Investitionen gemäß Artikel 53 waren 1997 kleiner als die Nettokreditaufnahme. Wäre der Haushalt von vornherein mit diesen Eckdaten aufgestellt worden, wäre er nicht verfassungskonform gewesen. Artikel 53 darf nur bei einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts aufgehoben werden.

Ich verstehe aber diesbezüglich nicht die Aufregung von CDU und F.D.P. Wir haben in Schleswig-Holstein die höchste Arbeitslosigkeit seit den fünfziger Jahren. Gleichzeitig sind die erwarteten Steuereinnahmen dramatisch gefallen. Beispielsweise ist die Einkommensteuer - wir alle wissen es - bundesweit von zirka 41 Milliarden DM im Jahre 1993 auf geschätzte 5 Milliarden im Jahre 1997 gefallen. Die Länder und Kommunen sind von dieser Entwicklung überproportional betroffen. Wenn Finanzminister Waigel beim Haushaltsvollzug 1997 eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts feststellt, dann gilt das auch für Schleswig-Holstein. Der SSW begrüßt in diesem Zusammenhang, daß der Bundesrat über alle Parteigrenzen hinweg eine Initiative gestartet hat, die darauf abzielt, die Steuerlöcher besonders bei der Einkommensteuer zu stopfen.

In Zukunft wird zu überlegen sein, ob die von der Verfassung definierte Grenze der **Neukreditaufnahme** nach Artikel 53 der Landesverfassung wirklich noch Sinn macht. Durch die strukturellen Veränderungen in der Finanzpolitik sind Begriffe wie Investition oder Kredit heute durchaus zu hinterfragen. Auch durch die neuen Steuerungsmodelle, wie die Budgetierung, und durch die neuen Finanzierungsmodelle, wie das Liegenschaftsmodell, ergeben sich für zukünftige Haushalte ganz andere Rahmenbedingungen, die mit dem bisherigen Instrumentarium möglicherweise gar nicht erfaßt werden können. Die Landeshaushaltsordnung unterliegt schon jetzt einigen Änderungen. Wir hoffen, daß das geplante Symposium über die neuen Steuerungsinstrumente und über die geplante Änderung des Haushaltsrechts uns einige aufschlußreiche Impulse geben wird.

Für den **Haushaltsvollzug 1998** wird es spannend sein zu verfolgen, wie sich die erstmalig eingeführten Personalkostenbudgets in den Ministerien auswirken werden. Ressorts, die ihre Personalkostenbudgets am Jahresende überschreiten, erhalten im Folgejahr eine zusätzliche Kürzung. Sparsamere Ressorts dagegen können eingesparte Mittel im Folgejahr für Fortbildungsmaßnahmen und EDV-Beschaffungen verwenden. Dieses Instrument sollte sich positiv auf die Einhaltung der Personalkosten auswirken.

Der **Veräußerung der Landesliegenschaften** - dies sagte ich heute morgen schon - stimmt der SSW nur mit großen Bedenken zu, weil wir angesichts der Haushaltslage eine weitere Sparrunde vermeiden wollen. Wir bleiben bei unserer Meinung - ich will auch deutlich sagen: das ist für uns eine politische Entscheidung. Es ist nicht die wirtschaftlichste aller Lösungen, aber die bisherigen Erläuterungen im Finanzausschuß deuten darauf hin, daß der geplante Verkauf der Landesliegenschaften im Zusammenhang mit der Optimierung der Bewirtschaftung auf jeden Fall wirtschaftlicher ist als das bisherige System.

Die **verfassungsrechtlichen Bedenken** des Landesrechnungshofs sind bei der Anhörung im Finanzausschuß nur teilweise ausgeräumt worden. Die Argumentation der Landesregierung, daß es sich nicht um eine weitere Kreditaufnahme, sondern um einen Verkauf - wenn auch in Form von sozialgebundenem Eigentum - handelt, konnte bei der Anhörung des Gutachters der Landesregierung nur unter Vorbehalt bestätigt werden. Zwar hat die Landesregierung ihren bestimmenden Einfluß im Liegenschaftsausschuß reduziert. Ob damit aber die Definition eines ordnungsgemäßen Verkaufs im herkömmlichen Sinne erfüllt ist, konnte nicht eindeutig bestätigt werden. Es

bleibt also weiterhin eine Ermessensfrage, ob es sich um einen realen Verkauf oder um eine indirekte Kreditaufnahme des Landes handelt. Wäre letzteres der Fall, dann würde der Haushalt 1998 die Kreditgrenze des Artikel 53 überschreiten.

Für den SSW stellt sich im Zusammenhang mit diesem Finanzierungsweg immer noch die Frage nach dem künftigen Einfluß des Landtages auf die Liegenschaften. Vielleicht könnte eine gewisse Kontrolle durch Zielformulierungen in den künftigen Mietverträgen zwischen den Ministerien und der neuen Eigentümerin der Liegenschaften gesichert werden. Ich denke, dieser Weg muß mit bedacht werden.

Insgesamt ist es richtig, daß das gefundene Modell noch seine Funktionstüchtigkeit in der Praxis erweisen muß. Trotz großer Skepsis sind wir - wie ich schon sagte - bereit, der Landesregierung bei ihrem Vorhaben zu folgen, auch weil die einzige - von der CDU - vorgeschlagene Alternative zur Schließung der Finanzierungslücke, der Verkauf der Wohnungen der WOBAU, bei uns auf sozialpolitische Bedenken stößt. Da hilft es nichts, daß Sie sagen, man könnte es auch über ein Genossenschaftsmodell machen. In Ihrer Pressemitteilung werden weitere Möglichkeiten genannt, beispielsweise der Verkauf dieser Wohnungen.

Wir werden die Umsetzung des Liegenschaftsmodells weiter kritisch und konstruktiv begleiten.

Zu der **Ämterneuordnung** ist zu sagen, daß Reformen notwendig sind. Sie sind es auch bei den öffentlichen Behörden. Das alles steht außer Frage. Leider bleibt die inhaltliche Debatte darüber, was mit der angestrebten Strukturreform über das Sparen hinaus erreicht werden soll, zunehmend auf der Strecke. Ich sagte das auch schon heute morgen in meinem Redebeitrag. Wir meinen, daß die Verwaltungsreform nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Kosteneinsparung durchgeführt werden darf. Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung der Dienstleistungen sind ganz wesentliche Aspekte. Es kommt nicht nur auf ein besseres Serviceniveau der Behörden an, sondern vor allem darauf: Dienstleistungen so nah an die Bürger wie möglich! Deshalb meinen wir auch, daß bei der Neuorganisation oder bei der Zusammenlegung von Landesbehörden regionale Rücksichten genommen werden müssen. Weitere Schließungen der Landesbehörden im Landesteil Schleswig sind für uns ohne entsprechende Kompensation nicht hinnehmbar.

Im Hinblick auf die Verwaltungsreform ist eine schwerwiegende Umstrukturierung durch das sogenannte **Behördenstrukturanpassungsgesetz** vorgenommen worden. Die bisherigen sechs Ämter für Land- und Wasserwirtschaft sind in jeweils drei Ämter für die Entwicklung ländlicher Räume und drei staatliche Umweltämter aufgeteilt worden. Wir vom SSW haben uns bei dieser Neuordnung der Stimme enthalten. Wir sahen die Zwänge zur Entscheidung, meinten aber, daß die inhaltliche Diskussion im Landtag zu kurz kam. Wir vertreten nicht nur den Standpunkt, daß die Verwaltungsreform nicht überhastet vorangetrieben werden darf, sondern wir meinen auch, daß die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr als bisher in die Planungen einbezogen werden müssen.

CDU und F.D.P. sagen in ihren Anträgen, daß sie das Beauftragtenwesen abschaffen wollten. Das von ihnen sogenannte „Beauftragtenunwesen“ sei inzwischen zu einer „Nebenregierung“ erstarkt, führt die CDU aus. Statt der **Beauftragten** solle das Parlament, also die Abgeordneten und der Eingabenausschuß, gestärkt werden. Wir halten es für unangebracht, die Arbeit der Beauftragten im Land in derartiger Weise pauschal zu verunglimpfen, wie es hier geschieht.

Sicherlich ist in einigen Fällen eine Bündelung der Aufgaben möglich und auch sinnvoll. Im Zusammenhang mit der neu einzurichtenden Stelle eines Flüchtlingsbeauftragten hat der SSW eine solche Bündelung vorgeschlagen. Wir haben das aus der Überlegung heraus getan, daß Hauptaufgabe der oder des Flüchtlingsbeauftragten sein muß, den Hilfesuchenden zur Seite zu stehen.

Wir meinen, daß die Bürgerbeauftragte das leisten kann. Eine weitere Überlegung war natürlich auch die Kostenfrage. Es ist immer teurer, ein Büro neu einzurichten, als ein vorhandenes Büro zu erweitern. Unser Vorschlag ist gerade hinsichtlich dieser Haltung stark kritisiert worden.

Angesichts der gähnenden Leere unserer Haushaltskasse wollen die Koalitionsfraktionen die Stelle einer oder eines Flüchtlingsbeauftragten jetzt zum Ehrenamt erheben. Diese neue Entwicklung veranlaßt mich, Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, darum zu bitten, nochmals zu überlegen, ob der Vorschlag des SSW unter diesen Umständen nicht sinnvoller ist.

Was den **Eingabenausschuß** des Landtags betrifft, so meinen wir, daß mit der Institution der

Bürgerbeauftragten weit mehr zu erreichen ist. Wir wünschen uns, daß bei der engagierten „Ombudsfrau“ Sigrid Warnicke eine Bündelung der Aufgaben stattfindet, so daß sie in Zukunft als echter Ombudsmann im skandinavischen Sinne aktiv werden kann. Die Institution eines Ombudsmanns bevorzugen wir, weil diese mit Eingriffsmöglichkeiten gegenüber den Behörden ausgestattet ist.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei unserem **Minderheitenbeauftragten**, Kurt Schulz, ganz herzlich für seinen engagierten und unermüdlichen Einsatz zugunsten der Minderheiten in unserem Land bedanken.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, das sollte an dieser Stelle einmal gesagt werden.

In der ersten Lesung des Haushalts habe ich die Vielfalt der Förderprogramme und auch die vorgesehene finanzielle Ausstattung der Programme gelobt und darauf hingewiesen, daß die Landesregierung weiterhin einen Schwerpunkt bei der Wirtschaftsförderung setzt. Diese Zielsetzung findet die Unterstützung des SSW. Eine aktive **Standort- und Industriepolitik** ist unerlässlich, um das Land wirtschaftlich voranzubringen.

Der SSW begrüßt deshalb ausdrücklich die Weiterführung des **Regionalprogramms** im endgültigen Haushalt 1998. Allerdings findet die langfristige Planung für das Regionalprogramm für den Zeitraum nach 1999 nicht unsere unmittelbare Zustimmung. Die geplante Kürzung der Mittel im Jahr 2000 von über 30 Millionen DM pro Jahr auf nur 10 Millionen DM setzt voraus, daß der wirtschaftliche Rückstand der strukturschwachen Regionen gegenüber dem Rest des Landes wirklich eingeholt worden ist. Angesichts der aktuellen Lage dürfte dies eine wenig realistische Prognose sein.

Leider hat die Landesregierung in der zweiten Nachschiebeliste die Zuschüsse für die **Werftenhilfe** weiter gestrichen. Natürlich ist es bedauerlich und - wie ich finde - verwerflich, daß der Bund seinen Anteil von ursprünglich zwei Drittel auf ein Drittel zurückgefahren hat. Trotzdem vertreten wir die Auffassung, daß das Land seinen vollen Anteil an den Zuschüssen für die Werftenhilfe beibehalten sollte. Eine weitere Wettbewerbsverzerrung zuungunsten der schleswig-holsteinischen Werften - auch im Verhältnis zu den Werften der übrigen norddeutschen

Küstenländer - muß unbedingt verhindert werden. Für den Landesteil Schleswig geht es dabei insbesondere um die mittelständischen Werften in Flensburg und Husum.

Die F.D.P. schlägt nun vor, den restlichen Anteil des Landes durch künftige Verpflichtungsermächtigungen in den Haushalten 1999 bis 2001 sicherzustellen. Da es sich um eine Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung für die Jahre ab 1998 handelt, belastet der Antrag der F.D.P. den Haushalt nicht unmittelbar in diesem Jahr. Der Antrag - auch das sagte ich bereits heute morgen - findet die Zustimmung des SSW.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile jetzt das Wort Herrn Minister Möller.

**Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn etwas aufgreifen, was der Vorsitzende des Finanzausschusses, Herr Hay, und Herr Kubicki erwähnt haben, nämlich das neue **Haushaltsgrundsätze-Fortentwicklungsgesetz**, das gegen den Widerstand des Bundestages und gegen den Widerstand der F.D.P. im Bundestag im Vermittlungsausschuß von uns durchgesetzt worden ist.

Wir werden in Zukunft mehr neue Steuerungsinstrumente haben, mehr Budgetierung. Hier ist eine möglichst schnelle Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung eingefordert worden. Das alles bedeutet für alle, die am Haushalt beteiligt sind - für die Landesregierung, den Finanzminister, den Landesrechnungshof und selbstverständlich für den Haushaltsgesetzgeber - ein Umdenken.

Lassen Sie uns das kommende Jahr nutzen - wir haben ein Jahr Zeit für die Anpassung der Landeshaushaltsordnung -, darüber ausführlich getrennt, aber auch gemeinsam zu diskutieren, wie wir unser Haushaltsrecht transparenter machen können. Ich hoffe, daß es uns gelingt, durch das neue **Haushaltsrecht** mehr **Transparenz** und eine **Vereinfachung** zu schaffen. Auch eine Budgetierung kann das Haushaltsrecht verkomplizieren. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten!

Es ist gesagt worden, „Ich reiche Ihnen die Hand“, Herr Sprecher der CDU! Ich als Finanzminister reiche

dem Haushaltsgesetzgeber die Hand zu einer konstruktiven Zusammenarbeit in dieser Frage.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Ich finde, es war ein ausgesprochen faires Angebot der **Koalitionsfraktionen** im Finanzausschuß an die **Opposition**, die zweite Lesung des Haushalts vom Dezember auf den Januar zu verschieben. Der Haushalt war verabschiedungsreif.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Wegen der Nachschiebeliste und um Ihnen mehr Zeit zu geben, haben wir gemeinsam gesagt: Wir verschieben.

Wir wollten Ihnen auch die Möglichkeit geben, Ihren Taschenrechner zu justieren. Herr Stritzl, die Zeit hat nicht gereicht. Wenn Sie heute quasi nackt, ohne Anträge, dastehen und sagen, wir sollten Ihre Hand nehmen, sage ich Ihnen: Es ist zu spät. Aber wir sind bereit, Ihrer Forderung nachzukommen, notfalls allein die Verantwortung zu übernehmen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Sie haben sie! Sie haben sie! Grundsätzlich!)

Wir sind das Land, das als erstes einen **vorläufigen Haushaltsabschluß** vorgelegt hat und dem Haushaltsgesetzgeber einen Vorschlag unterbreitet, die Ergebnisse der November-Steuerschätzung noch mit in den Haushalt einzuarbeiten. Was den Haushaltsabschluß angeht, so wird dieser sehr unterschiedlich gehandhabt. Ich will Ihnen sagen, wie Herr Waigel es gemacht hat. Er genehmigt sich im Nachtragshaushalt 21,5 Milliarden mehr an Krediten. Die Kreditaufnahme ist damit um 20 % auf über 70 Milliarden gestiegen. Jetzt, da er sechs Milliarden weniger braucht, wird dies als großer Erfolg der Haushaltskonsolidierung gefeiert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie bei Ihnen, Herr Möller!)

Wir haben sowohl die Kreditermächtigung als auch die Kreditaufnahme nicht erhöht. Ich halte es für wesentlich besser, das bedauerliche **Haushaltsdefizit**, das wir haben, in den nächsten Jahren zu finanzieren - und es ist finanziert -, als es über die Kreditaufnahme auf die kommende Generation abzuwälzen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Genauso werden wir es erleben, daß das Senken der Arbeitslosenzahl von 4,5 Millionen um 50.000 jedesmal als großer Erfolg der Bundesregierung dargestellt wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie bei Ihnen!)

Wir werden es auch erleben, daß es ein großer Erfolg der Finanzpolitik des Bundes ist, wenn die Bundesbank - bedingt durch den Dollarstand - die Devisenreserven neu bewertet.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der Goldschatz!)

Ich will unseren Haushaltsabschluß 1997 nicht in gleicher Weise schönreden. Wir haben zum dritten Mal ein Haushaltsdefizit, und zwar 1997 von 105 Millionen. Die **Investitionsquote** ist niedrig, und die **Neuverschuldung** ist in der Tat - das habe ich immer wieder gesagt - unser strukturelles Problem. Aber wir haben die Neuverschuldung weder im Nachtrag noch im Haushalt angehoben, sondern gehen lieber den unbequemen Weg des Defizitausgleichs.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CDU)

Wir haben - wenn Sie mit Recht darauf hinweisen, wir hätten eine niedrige Investitionsquote, an dieser negativen Zahl ist gar nicht zu rütteln - mit minus 2,2 % die niedrigste Steigerungsrate, seitdem wir Statistiken über Landeshaushalte haben. Das hat natürlich Auswirkungen. Wenn im Nachtragshaushalt ganz bewußt gesagt wird, die Ausgaben bei den 6er-Titeln sollen getätigt werden, so muß man, wenn man eine restriktive Haushaltspolitik fährt, sicherlich auch bei den Investitionen kürzen.

Erfreulich an dieser Bilanz ist auch, daß die **Personalkosten** insgesamt nur um 1,3 % gestiegen sind und daß sich die Vorstufe der Budgetierung sehr wohl bewährt hat. Wir haben die Personalkosten erstmalig für verbindlich erklärt, und fast alle Ressorts haben ihr Personalbudgets unterschritten.

Es ist vorhin gesagt worden, wir hätten den höchsten Stand an Steuereinnahmen. Das ist natürlich nicht wahr. Wir liegen deutlich unter dem Wert von 1995. Es

ist weiterhin gesagt worden, wir hätten - was den **Schuldenanstieg** angeht - die höchsten Steigerungsraten. Das stimmt. Der Schuldenanstieg von 1988 bis 1998 beträgt 64 %.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das hatten wir errechnet!)

Hier ist das Problem der deutschen Einheit mit zu verkräften gewesen. Herr Kayenburg, in den zehn Jahren davor betrug die Steigerungsrate allerdings 140 %.

Als wir damals die Regierung übernommen haben, sind wir das **Land** mit der zweithöchsten **Pro-Kopf-Verschuldung** gewesen, und wir sind es bedauerlicherweise auch heute noch, auch wenn andere Länder, die Ostländer, erschreckend schnell aufholen.

(Unruhe)

Einer Versuchung haben wir allerdings widerstanden, und das zeigt folgende Zahl: Unsere **Gemeinden** in Schleswig-Holstein sind mit durchschnittlich 1.700 DM pro Kopf die am geringsten verschuldeten Gemeinden in der ganzen Republik.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben der Versuchung widerstanden, wie andere Länder in den Topf des kommunalen Finanzausgleichs zu greifen,

(Klaus Schlie [CDU]: 100 Millionen haben Sie denen geklaut! - Anhaltende Zurufe und Widerspruch bei der CDU - Glocke des Präsidenten)

weil wir sehr wohl wissen, daß Politik für Bürgerinnen und Bürger auch in den Kommunen gemacht wird. Darum haben wir uns am kommunalen Finanzausgleich nicht vergriffen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Es ist bezeichnend, daß die Sprecher der Opposition das Wort „Steuerreform“ gar nicht mehr in den Mund nehmen wollten. Denn sie haben längst Abschied genommen von einer **Steuerreform**, bei der sie uns suggerieren wollten, die öffentlichen Haushalte könnten 1999 eine Nettoentlastung von 55 Milliarden DM verkräften. Das war von vornherein abwegig, und die Konsequenzen sind jetzt gezogen worden.

Herr Kubicki, ich weiß, daß 600 Milliarden steuerliche Verlustvorträge in Unternehmen vagabundieren, die die Unternehmen noch einsetzen können. Ich will im nachhinein gar nicht daran herumdeuteln, daß wir für die deutsche Einheit natürlich Investitionserleichterungen brauchten; aber es wird eindeutig Mißbrauch betrieben, den wir abstellen müssen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ich fordere ein, daß die **Zusagen** umgesetzt werden, die uns die **Bundesregierung** gemacht hat, nämlich die Neufinanzierung des Familienlastenausgleichs, die Abschaffung der Vermögensteuer und die Änderung bei der Kfz-Steuer für die Länder aufkommensneutral zu gestalten und die Einnahmeausfälle zu kompensieren, sei es durch das Schließen von Steuerschlupflöchern.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie haben die Steuerreform verhindert!)

Allein im Jahr 1997 fehlen uns 170 Millionen DM, die uns als fairer Leistungsausgleich bei der Grunderwerbsteuer, bei der Erbschaftsteuer und bei der Kfz-Steuer versprochen worden sind. Wenn wir diese 170 Millionen DM bekommen hätten, hätten wir heute sogar einen Haushaltsüberschuß gehabt.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wer sich die Haushaltsberatungen in allen Ländern und im Bund ansieht - Verkauf von Telekom, Lufthansa, Flughafenanteilen -, weiß, daß alle **öffentlichen Haushalte** sehr stark von der Substanz leben - alle! Deshalb muß man auf der Einnahmenseite etwas machen, meiner Meinung nach vorrangig im Steuerbereich, aber auch bei der Aktivierung von Finanzreserven.

In der Frage der **Liegenschaften** liegen wir gar nicht so weit auseinander, Herr Kubicki! Sie haben einen Vorschlag eingebracht, die CDU hat einen Vorschlag eingebracht, den wir aus grundsätzlichen wohnungsbaupolitischen Gründen ablehnen. Man kann nicht die Wohnungen und die LEG-Anteile verkaufen. Man kann sich nur für das eine entscheiden. Wir haben uns gegenüber der Wirtschaft verpflichtet, die LEG teilweise zu privatisieren.

(Unruhe)



Wir müssen anerkennen, daß wir hier Neuland betreten. Wir wollen damit dreierlei, erstens wie auch im Privatbereich das **Liegenschaftsmanagement** professionalisieren, zweitens den Immobilienbesitz dadurch aktivieren, daß wir Cash bekommen und damit die **Nettokreditaufnahme** reduzieren, und drittens die **Bauverwaltung** reformieren - Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts, Abschaffung von drei Hierarchiestufen.

(Anhaltende Unruhe)

Herr Kubicki, wir haben uns nicht für Ihre GmbH-Lösung entschieden, weil die bei unserem größten Auftraggeber, dem Bund, bei der Bauverwaltung in Rheinland-Pfalz auf wenig Gegenliebe gestoßen ist, und sind deshalb den Weg der Anstalt des öffentlichen Rechts gegangen.

Uns war von vornherein klar, daß wir Neuland begehen. Wir bekennen uns dazu, daß wir das Know-how, das wir im Landesbereich bei der LEG und der Landesbank haben, sehr wohl nutzen und auch Gutachter bemüht haben. Wir haben Konsequenzen ziehen müssen. Ich war der Anwalt, der gesagt hat: Soviel Rechte für den Landtag wie möglich. Unser eigener Gutachter hat allerdings gesagt, das gehe bei der Konstruktion nicht, und deshalb werden die Konsequenzen gezogen.

(Anhaltende Unruhe)

Herr Kubicki, die **Einflußmöglichkeiten des Landes** - ich will gar nicht von der Option des Rückkaufes sprechen - sind in unserem Modell wesentlich größer als bei jedem Fondsmodell oder jeder privaten Veräußerung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Der Landtag entscheidet allein, welche Liegenschaften wirklich übertragen werden, und der Landtag hat vor einer Weiterveräußerung immer die Möglichkeit zu entscheiden: Wir kaufen selbst zurück.

(Anhaltende Unruhe)

Ich denke, so wie das Regelwerk jetzt vorliegt, haben wir die Bedenken unseres eigenen Gutachters wie auch der EU berücksichtigt. Es stimmt nicht, daß etwa für einen vorübergehend drohenden Liquiditätsengpaß bei

der Landesbank das Liegenschaftsgeschäft, das erst in 1998 beginnt, im Jahre 1997 von Bedeutung ist. Das ist nicht wahr. Schauen Sie sich die Zahlen bei der Landesbank an. Sie sind hervorragend. Ich habe darüber im Finanzausschuß berichtet. Selbst mit einem weiteren Zukauf von Anteilen der Hamburger Landesbank wird die Landesbank zurechtkommen, ohne daß wir Geld nachschießen müssen.

Strittig geblieben ist leider die Frage der **Wirtschaftlichkeit**. Ich denke, daß Herr Rieck in der vergangenen Woche noch einmal sehr deutlich gemacht hat, wie wirtschaftlich unter langfristigen Aspekten die Gesamtunternehmung ist.

Umstritten ist auch die Frage des **Kreditbegriffs**. Wir fühlen uns aber durch unseren Gutachter voll bestätigt, und ich teile auch die Auffassung von Herrn Kubicki. Ohne viel Aufregung sollen diejenigen, die diese Auffassung nicht teilen, den Weg nach Karlsruhe gehen. Denn eben weil so viele Länder auf Schleswig-Holstein starren und unser Modell nachahmen wollen, ist es wichtig, daß das Verfassungsgericht dazu deutlich etwas sagt.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Gang nach Karlsruhe ist Ihr gutes Recht, und deshalb sollten wir uns auch hier nicht darüber streiten.

Ich will nun noch etwas zur **Personalvermehrung** sagen. Herr Kubicki, die Zahl von 4.600 Stellen stimmt natürlich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die Ministerpräsidentin sagte eben, sie stimmt nicht!)

Ich will Ihnen einmal vorlesen, wo diese Stellen geschaffen worden sind. Es sind 800 Referendare, die zur Zeit der CDU-Regierung in schwarzen Kassen, aber nicht im Stellenplan geführt worden sind

(Günter Neugebauer [SPD]: Unerhört! - Klaus Schlie [CDU]: Na, na!)

und die wir jetzt etatisiert haben. Es sind weiterhin 2.400 kostenneutrale Stellen in den Universitätskliniken und in den Landeskrankenhäusern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die wieder aufgelöst werden!)

Es sind 500 Stellen bei der Polizei und 900 Stellen in den Schulen. Sind nicht gerade Sie es, die im Bereich Polizei und Schulen noch mehr Stellen fordern?

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Sie können es drehen und wenden wie Sie wollen. Was den **Personalkostenanteil** des Landes angeht, haben wir mit die niedrigsten Personalkosten in der ganzen Bundesrepublik.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir im Haushalts-Ist einen vorübergehenden Anstieg haben, liegt das daran, daß der Haushalt um 2,2 % gesunken ist und die Personalkosten nur - ich sage bewußt „nur“ - um 1,3 % gestiegen sind.

Wir werden natürlich, was die Personaleinsparkonzepte angeht, die infolge der Strukturmaßnahmen beschlossen worden sind, dieses Einsparkonzept durchhalten müssen.

Ich bedanke mich an dieser Stelle bei den 673 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, daß gerade in den Bereichen, in denen wir durch Strukturänderungen einen Personalüberhang haben - ich nenne Straßenbauverwaltung, Bauverwaltung, die Ämter für Land- und Wasserwirtschaft oder die Versorgungsverwaltung -, der Personalabbau durch die **58er-Regelung** wesentlich beschleunigt werden konnte. Damit hat die Bauverwaltung heute einen Personalstand, wie wir ihn eigentlich für das Jahr 2001 geplant haben. Das erhöht die Wirtschaftlichkeit des Staates und der Anstalten des öffentlichen Rechts.

(Beifall bei der SPD)

Was die **Beihilfe** angeht, sollten wir darüber später noch diskutieren. Aber typisch für die Opposition ist folgendes. Sie sagt: Um Gotteswillen keine Investitionen kürzen!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein, natürlich nicht!)

Aber dort, wo es um den konsumtiven Bereich geht, machen sie Rosinenpickerei mit den Argumenten des Landesrechnungshofs.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Wir haben uns den Bericht des Landesrechnungshofs zur Beihilfe ebenfalls angesehen. Die Ausgaben des

Landes sind in den letzten zehn Jahren netto um 35 % gestiegen und die Ausgaben der Beihilfe um 83 %. Ich denke, hier haben wir einen Handlungsbedarf.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich finde es auch vom Grundsatz her richtig, wenn es keine unzumutbaren Härten sind, wie zum Beispiel für Pensionäre im Alter von 70 oder mehr Jahren oder für Leute mit chronischen Krankheiten, sich mit einem zusätzlichen Versicherungsschutz zu versehen.

Ich komme zum Schluß. Die mittelfristige Finanzplanung ist angesprochen worden. Es bleibt Zielsetzung dieser Regierung und der sie tragenden Koalition, die **Nettokreditaufnahme** zurückzuführen. Deshalb ist es gut, daß wir im letzten Jahr nicht erhöht haben und in diesem Jahr die Nettokreditaufnahme ebenfalls nicht erhöhen; sie wird leicht unter der Höhe des Vorjahres liegen. Aber wir müssen für die Jahre 2000 und folgende Vorsorge treffen, wenn die Einnahmen aus den Liegenschaften nicht mehr da sind. Und es sind ja auch die entsprechenden **Vorsorgeentscheidungen** getroffen durch die Strukturmaßnahmen, die auf den Weg gebracht worden sind, durch die Hochschulreform, die nicht sofort greift, sondern vielleicht erst im Jahre 2001 oder im Jahre 2002. Und wir müssen auch noch strukturelle Eingriffe im Bereich der Universitätskliniken beschließen. Wir haben zwei hochleistungsfähige Universitätskliniken und sind nicht der Auffassung, daß wir jede Hochleistungsmedizin universitär in Lübeck und in Kiel abdecken müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Ich bin deshalb so zuversichtlich - auch wenn Sie meinen, unsere Zahlen seien alle schlecht; ich habe Ihnen im Finanzausschuß die Zahlen genannt -, weil die bereinigte **Steigerung der Ausgaben** - ich nenne nur einmal die Zeit der SPD-Regierung von 1990 bis 1996 - folgendes sagt: Schleswig-Holstein hat die zweitniedrigste Steigerungsrate mit 23,7 %. In Bayern sind es dagegen plus 34,7 %. Und Sie stellen sich hin und sagen, es geschehe nichts.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die Bayern haben ja auch mehr!)

Auch bei den bereinigten **Ausgaben je Einwohner** haben wir inzwischen einen Mittelplatz, und wir haben einen Spitzenplatz bei den Ausgaben pro Einwohner im

Jahre 1988 übernommen. In den meisten Gemeinden haben wir die besten Werte.

Die **Personalkosten** - auch die spielen immer wieder eine Rolle - haben mit 26,9 % in sechs Jahren die drittniedrigste Steigerungsrate aller Länder gehabt.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Minister, kommen Sie bitte zum Schluß!

**Claus Möller**, Minister für Finanzen und Energie:

Ich denke, das ist der Beweis, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Wir sind auch auf dem richtigen Weg, wenn wir die drittniedrigsten **Subventionen** in der Abgrenzung je Einwohner in der ganzen Republik haben. Deshalb sollten wir sehr sorgfältig abwägen, welche Subventionen wir in Zukunft uns noch leisten können.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin davon überzeugt, daß wir im Jahre 2000 dem Landtag einen Haushalt vorlegen können mit einer Nettokreditaufnahme unter 1 Milliarde DM. Ich bin überzeugt, daß wir das schaffen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Herr Kubicki, Sie haben in Anspielung auf des Kaisers neue Kleider von dem nackten Haushalt gesprochen. Herr Kubicki, besser ein nackter Haushalt mit klaren Inhalten - und transparenter als nackt geht es nicht - als eine modische Opposition ohne Alternativen!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Zu einem Kurzbeitrag erteile ich das Wort dem Herrn Oppositionsführer.

**Martin Kayenburg** [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat natürlich versucht, den Haushalt schönzureden und hat nur auf Bonn hingewiesen. Das ist ihr gutes Recht. Gleichwohl müssen wir klarstellen, daß hier mit Zahlen umgegangen worden ist, die so

nicht richtig sind. Zahlen, die willkürlich sind, müssen korrigiert werden, Frau Ministerpräsidentin. Es gibt überhaupt keinen Zweifel, daß die Zahl der **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** angestiegen ist. Dies ist auch ein Ergebnis der Wirtschaftspolitik dieses Landes, aber doch wohl insbesondere ein Ergebnis der Unternehmen im Lande. Sie sind uns die Erklärung schuldig geblieben, warum die **Arbeitslosenzahlen** in so erheblichem Umfang gestiegen sind.

(Holger Astrup [SPD]: Vorhin argumentierten Sie andersherum!)

Dies ist genau der Fehler der Politik dieser Landesregierung, Herr Astrup!

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Ach so!)

Wenn ich Sie zitieren darf, daß nur Investitionen und Wachstum dazu führen, daß zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden und daß der Schlüssel zur Lösung der finanziellen Probleme von Bund, Ländern und Gemeinden wie auch der sozialen Sicherungssysteme in der Stärkung von Wachstum und Beschäftigung liegt, so ist dem nichts hinzuzufügen. Sie hätten einfach einmal lesen müssen, was Ihre Kollegen in Bonn in ihren Entschließungsantrag hineingeschrieben haben. Das hat Herr Stritzl hier ja auch schon deutlich gemacht.

(Rhythmischer Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen da gern ein weiteres Zitat vorlesen:

„Schließlich ist die echte Kreditaufnahme höher ausgewiesen, weil die Übertragung von Anteilsrechten nach dem Platzhaltermodell eine verdeckte Kreditfinanzierung ist.“

Wenn dieser Vorwurf bei dem Verkauf von Anteilen bei Telekom und anderen gilt, dann gilt er hier um so mehr; denn das ist ein Vorwurf der SPD für das, was die Regierung hier im Lande tut.

(Beifall bei der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, wenn Sie sagen, die **Zahl der Beschäftigten** in **Bonn** sei gestiegen, dann will ich Ihnen doch einmal die Zahlen vorlesen. 1990 gab es 300.000 Stellen des Bundes; 1991 waren es einigungsbedingt 381.000 Stellen, und heute, im Jahre 1998, sind es 315.000 Stellen.

Durchschnittlicher Rückgang seit 1991: 2,4 % pro Jahr!

Bei den Ministerien sieht es nicht anders aus: Ursprünglich waren es 18.500 Stellen, 1991 waren es plus 700 Stellen - einigungsbedingt -, aber seit 1991 gab es einen Rückgang um 1,3 % per annum. Auch in dieser Hinsicht sollten wir die Zahlen so darstellen, wie sie in der Tat sind!

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Mit anderen Worten: In Bonn ist gehandelt worden, und anders, als Sie es Herrn Kubicki vorgeworfen haben, hat dort auch der Wirtschaftsminister gehandelt.

Wenn Herr Möller eben darauf hingewiesen hat, daß er mit Rücksicht auf die Opposition und auf das Angebot die **Beratungen des Haushalts** verschoben habe, dann möchte ich Ihnen nur nahelegen, doch einmal in die Presseerklärung der Kollegin Erdsiek-Rave vom 12. November 1997 zu schauen. Sie haben gesagt, der Haushalt sei verabschiedungsreif gewesen. Hier aber steht, die Verschiebung sei eine Sache der Solidität.

(Zurufe: Hört, hört! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Daraus kann ich nur schließen: Sie hatten am Ende des vergangenen Jahres noch keinen soliden Haushalt.

Eine letzte Zahl: Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, daß Sie mit den vorgesehenen 15 Millionen DM zusätzliche **Ausbildungsplätze** schaffen wollen. Unabhängig davon, daß man dies hinterfragen muß und dann feststellt, daß es in der Tat nur 7 Millionen DM sind, darf ich Sie daran erinnern, daß Sie selbst auf eine Kleine Anfrage der Kollegin Volquartz im August 1997 gesagt haben, daß Sie bis zum Jahre 2002 400 Ausbildungsplanstellen im Bereich der Schulen abbauen wollen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört!)

Auch hier bedarf es der Wahrheit und der Klarheit; Sie können sich jetzt nicht hier hinstellen und erklären, wir stocken die Zahl 1998 auf, um 400 Stellen davon im Jahre 1999 abzubauen.

Wenn Sie gesagt haben, Handlungsbereitschaft einer **Opposition** zeige sich für Sie erst in konkreten **Anträgen**, so reden Sie doch bitte einmal mit Ihren Kollegen in Bonn. Ich bitte Sie, den Entschließungsantrag Ihrer Bonner Kollegen vom 26. November 1997 zur Hand zu nehmen; er liegt in etwa

auf der Linie dessen, was wir hier vorgelegt haben. Wenn wir Nachhilfe gebraucht und sie uns aus Bonn geholt hätten, dann wäre sie nicht anders als in der dort vorgelegten Form ausgefallen.

Ich denke, die Opposition - die CDU und die F.D.P. - hat in den Ausschüssen hervorragende Arbeit geleistet.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir haben Alternativvorschläge gemacht, wir haben einen Entschließungsantrag vorgelegt, der für Sie neu ist. Ihr Verhalten zeigt wiederum nur Ihr Beharrungsvermögen; vielleicht müssen Sie sich mit Neuem erst einmal auseinandersetzen.

(Lachen des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Ein letztes Wort, Herr Neugebauer!

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Noch ein letztes Wort?

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Ich hatte bisher kein „letztes Wort“ angekündigt. Wenn es also gestattet ist, kommt jetzt noch ein letztes Wort - nicht zu dem Haushalt, sondern zu dem Urteil über die A 20. Einige haben sich ja so sehr gefreut. Ein bißchen Wasser sollte man in die Freude über dieses **Urteil** gießen.

Herr Steenblock, Sie haben immerhin **96 FFH-Gebiete** für Schleswig-Holstein angemeldet; darunter war die Wakenitz nicht aufgeführt. Ich kann für Sie nur hoffen, daß das Urteil, das heute ergangen ist, nicht eine Freude ausgelöst hat, die Sie wiederum - wie bei der A 20 in der vergangenen Woche - eine Bauchlandung machen läßt.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.  
- Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN]: Ich würde erst  
einmal das Urteil lesen, bevor ich dazu  
rede!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Haushaltsberatung.

(Unruhe)

Ich bitte jetzt um etwas mehr Aufmerksamkeit. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden aufgrund der Antragslage keinen Abstimmungsmarathon zu absolvieren haben. Dennoch werden wir etwas umfangreicher abzustimmen haben als sonst üblich.

Da der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU auch Geschäftsordnungsanträge enthält, lasse ich zunächst über diesen Antrag, also die Drucksache 14/1214, abstimmen.

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

(Thomas Stritzl [CDU]: Keine Kraft zum Umsteuern!)

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 3, 7 und 10 zur Abstimmung auf. Zunächst lasse ich über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/942, Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Investitionsbankgesetzes und des Sparkassengesetzes, in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung insgesamt abstimmen. Wer dieser Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich lasse dann über den Antrag des Ministers für Finanzen und Energie, Drucksache 14/1169, Einwilligung in die Verwertung von Grundstücksrechten in der Haseldorfer Marsch, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Es ist beantragt worden, den Antrag des Ministers für Finanzen und Energie, Drucksache 14/1202, Einwilligung in die Veräußerung der landeseigenen bebauten Liegenschaft in Kiel, Beseler Allee 41/Adolfstraße 48, dem Finanzausschuß zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um

das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie sehen, die Opposition verweigert sich doch gar nicht!)

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen über den Haushalt.

Als erstes rufe ich den Einzelplan 01 auf. Änderungsanträge liegen nicht vor, also lasse ich über den Einzelplan 01 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 01 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung einstimmig angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 02 auf. Auch hierzu liegen keine Änderungsanträge vor, so daß ich über den Einzelplan 02 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen lasse. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Einzelplan 02 ist angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 03 auf. Änderungsanträge liegen nicht vor. Ich lasse über den Einzelplan 03 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Der Einzelplan 03 ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 04 auf. Auch zu Einzelplan 04 liegen keine Änderungsanträge vor, so daß ich über diesen Einzelplan ebenfalls in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen lassen kann. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 04 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 05 auf. Änderungsanträge liegen nicht vor. Ich lasse über den Einzelplan 05 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Einzelplan 05 ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 06 auf und lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P., Drucksache 14/1215, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Lothar Hay hat dagegen gestimmt!)

Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und SSW bei Stimmenthaltung des Abgeordneten Haller abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Einzelplan 06 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Einzelplan 06 ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Bevor wir zum Einzelplan 07 kommen, haben wir im Zusammenhang mit Einzelplan 06 noch über den Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Einzelplan 06, Drucksache 14/1220, abzustimmen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Entschließungsantrag ist einstimmig angenommen worden.

Ich rufe jetzt den Einzelplan 07 auf und lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD, Drucksache 14/1218, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich lasse jetzt über den Einzelplan 07 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung mit der soeben beschlossenen Änderung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 07 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und SSW angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 08 auf. Änderungsanträge liegen nicht vor. Ich lasse über den Einzelplan 08 in der

vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 08 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 09 auf. Änderungsanträge liegen nicht vor. Ich lasse über den Einzelplan 09 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Einzelplan 09 ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 10 auf. Änderungsanträge liegen nicht vor. Ich lasse über den Einzelplan 10 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 10 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 11 auf. Änderungsanträge liegen nicht vor. Ich lasse über den Einzelplan 11 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 11 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 12 auf. Änderungsanträge liegen nicht vor. Ich lasse über den Einzelplan 12 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 12 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 13 auf. Änderungsanträge liegen nicht vor. Ich lasse über den Einzelplan 13 in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 13 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 16 auf. Änderungsanträge liegen nicht vor. Ich lasse über den Einzelplan 16 in der

der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Der Einzelplan 16 ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe nunmehr das Haushaltsbegleitgesetz 1998 auf und lasse zunächst über die Änderungsanträge abstimmen. Wir kommen zunächst zum Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/1217. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/1219, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist auch dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1223, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Ich rufe den letzten Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/1225, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich lasse jetzt über das Haushaltsbegleitgesetz insgesamt abstimmen. Wer dem Haushaltsbegleitgesetz in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung mit den soeben beschlossenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist das Haushaltsbegleitgesetz 1998 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die

Stimmen von CDU, F.D.P. bei Stimmenthaltung der Abgeordneten des SSW angenommen.

Ich weise darauf hin, daß durch die Annahme von Änderungsanträgen das Haushaltsvolumen 18.104.445.500 DM, die Verpflichtungsermächtigungen 1.789.286.000 DM und die Kreditermächtigung 4.391.488.300 DM betragen. Ferner erhöht sich bei Titel 1103-325 01, Kreditaufnahmen, der Haushaltsansatz auf 1.217.627.400 DM, wie wir eben schnell errechnet haben - besser gesagt: die Verwaltung errechnet hat.

Wir kommen zur Schlußabstimmung. Wer dem Haushaltsbegleitgesetz 1998, dem Gesamtplan und den Einzelplänen in der vom Finanzausschuß empfohlenen Fassung mit den beschlossenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Haushalt 1998 mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Peter Gerckens [SSW] - Martin Kayenburg [CDU]: Herr Möller, wo sind die Blumen? Gibt es diesmal keine Blumen?)

Damit sind wir mit den Haushaltsberatungen am Ende. Weitere Tagesordnungspunkte werden heute nicht mehr aufgerufen.

Ich unterbreche die Tagung bis morgen früh um 10:00 Uhr. Wir werden dann mit dem Tagesordnungspunkt 4 beginnen.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß: 17:48 Uhr**